

Jahr zirka 1000 Bauern zu verlieren und auf der anderen Seite für den Personalaufwand um 10 Millionen Schilling mehr zu bekommen, das heißt 152 Millionen Schilling im ganzen zu bekommen. Die jährliche Steigerungsstufe bei diesen Personalaufwandsentschädigungen beträgt übrigens 10 Millionen Schilling, die jährliche Steigerungsstufe. Abgesehen davon, daß die Reisekosten so veranschlagt sind, daß sie sich nur in einem Jahr, von 1991 auf 1992, von 6,4 Millionen Schilling auf 17 Millionen Schilling erhöhen sollen. Man wird sich daher auch dahin gehend Gedanken machen müssen, in unserer Interessenvertretung die Bereiche der Beratung, die sehr wichtig ist, und den Bereich der Förderung zu trennen und gemeinsam einen objektiven Weg finden, wie wir der Interessenvertretung durch ein Arbeitsentlastungsprogramm helfen können. In Blickrichtung EG bleibt mir jetzt noch festzustellen, daß die Beibehaltung der Bestandsobergrenzen bis zum EG-Beitritt als falsch und nicht gerechtfertigt zu erachten ist. Dieses ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Dieses ist auch in einer EG-Studie der Landwirtschaftskammer Steiermark zu lesen, und zwar auf Seite 36. Sie können bitte nachschlagen, ganz anders jedoch im Fünf-Jahres-Programm der Landwirtschaftskammer, wo man an der Beibehaltung der Bestandsobergrenzen unter dem Vorwand der Preissicherung festhält. Jetzt Rücklagen bilden bei dieser Marktlage, wo jeder von uns weiß, wie gut oder wie schlecht – ich würde eher sagen – wie schlecht es uns Bauern geht, und dann beim Eintritt in die EG erst aufstocken, wird für die heimischen Betriebe wohl nicht möglich sein, da auch der Konkurrenzdruck von außen wachsen wird. Außerdem könnte man auch annehmen, daß sich hinter dieser Beibehaltung der Bestandsobergrenzen vielmehr ein gezieltes Hintanhalten der Produktion verbirgt, so daß dies als Rechtfertigung für vermehrte Agrarimporte dient. Die Weichenstellung in der Landwirtschaft muß jetzt vor sich gehen. Und aus diesem Grund darf ich Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, bitten, den land- und forstwirtschaftlichen Ausschuß dieses Landtages, der ja Arbeitsinstrument der politischen Meinungsbildung sein sollte und mit der Abhandlung beißender Hunde sicherlich nicht ausgelastet ist, so einzusetzen, daß man gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer das bestehende Fünf-Jahres-Programm überdenkt und versucht, ein steirisches Agrarprogramm zu erstellen, was effektiv hilft, den Arbeitsplatz Bauernhof zu sichern. Denn wir steirischen Bauern wollen und dürfen nicht die Letzten von gestern sein, wir müssen die Ersten von morgen sein. Danke! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 14.10 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (14.10 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Schon wieder ein Bauer!“) Es ist natürlich ungewöhnlich, wenn ein Arbeitnehmervertreter im Bereich der Bauern das Wort ergreift. Ich glaube aber, daß es darum geht, alle jene in den Vordergrund zu rücken, die fleißig sind wie eine Biene. Wir wissen, daß die Biene einen besonderen Fleiß an den Tag legt, und wir wissen im Endeffekt auch, daß die Bienen ein Bereich sind, der

oft vom Begriff her weit unterschätzt wird. Der Kollege Grillitsch hat in seiner Rede erwähnt, daß auch eine Förderung durch den zuständigen Landesrat für Imker erfolgt. Nun, ich habe mir das herausgesucht, was hier an die Imker an Förderungsmitteln fließt. Aus dem eigenen Bilanzbericht des Jahres 1991 darf ich zitieren, daß 250.000 Schilling Zuschuß der Landesregierung an die Imkerschule erfolgt und 200.000 Schilling über den Grünen Plan als Kammerzuschuß hineingehen. Nun, meine Damen und Herren, vielleicht nur einige Worte zum Wert der Biene in der Landwirtschaft überhaupt. Man hat uns heute am Morgen wunderschöne steirische Äpfel auf den Tisch gestellt. Ich meine, man sollte dabei denken, daß dieser steirische Apfel nie zustande käme, gäbe es nicht Bienen. Man würde staunen, wenn man den Wissenschaftlern glaubt, daß weltweit zirka 20.000 Wildpflanzenarten die Insekten für die Bestäubung brauchen und nur 20 Prozent der Pflanzenarten durch den Wind bestäubt werden können. Das heißt also, 76 Prozent der Blüten-sucher und damit der Bestäuber sind die Honigbienen. Meine Damen und Herren, diese Leistung ist für die Umwelt Goldes wert. Das darf ich wohl hier auch einmal sagen. Und man kommt sicherlich ins Staunen, wenn man dieses transportierte Zahlenmaterial ansieht und wenn es jedem einzelnen nahegebracht wird. Nur einige Beispiele: Eine Biene muß bis zu 50mal ausfliegen, um ein Gramm Honig einzubringen, und bis zu 100 Blütenbesuche sind notwendig, einmal die Honigblase zu füllen. Im Jahr bringt es ein Bienen-volk auf eine Milliarde Blütenbesuche und bewirkt dabei die Befruchtung von etwa 700 Millionen Blüten, meine Damen und Herren. Eine Biene legt 150.000 Flüge zurück, der Erdumfang wird also viermal umrundet, und 150.000 Kilometer sind wohl eine besondere Leistung, wenn man bedenkt, daß ein Auto in seiner Lebensdauer nur ungefähr das Doppelte zurücklegt. Der Wert der Bestäubung – und das möchte ich bitte auch einmal mit aller Deutlichkeit jedem einzelnen sagen, der hier zur Frage der Bienenarbeit und Befruchtung lächelt – ist der zehnfache Wert dessen, was der Honig ausmacht. Und wenn Sie sich, die sich heute mit der Landwirtschaft befaßt haben, anschauen, was in diesem Bereich entsteht, daß es keinen Samen gäbe, ohne daß hier die Biene zuerst die Befruchtung durchführt, wären wohl alle sehr erstaunt über die Frage, die an der Arbeit der Imker im Grunde genommen hängt. Nun, meine Damen und Herren, warum habe ich das eigentlich alles vorausgeschickt? Der Steirische Landesverband für Bienenzucht bemüht sich seit dem Jahre 1989, für den Umbau seiner Imkerschule Geldmittel vom Land zu erhalten. Wir opfern für landwirtschaftliche Schulen im Jahr über 400 Millionen Schilling, und wir haben hier nicht einmal eine Million Schilling, um den Imkerverband zu unterstützen, dem steirischen Landesverband die Möglichkeit zu geben, hier die Ausbildung der zukünftigen Imker vorzunehmen. Herr Landesrat, ich darf dich bitten, es hat ja inzwischen schon eine Vorsprache der Imker bei dir stattgefunden, entweder diese Imkerschule vom Land aus zu übernehmen oder ihr wenigstens in den nächsten Jahren so viele Mittel zufließen zu lassen, damit sie ordentlich auch ihre Imkerschule wieder instandsetzen können. Meine Damen und Herren, es haben die Imker im vergangenen Jahr bewiesen, daß sie in der Lage sind, über ihre Forschung und Entwicklung

in diesem Bereich der Schule mit dem Problem der Varroa-Milbe fertigzuwerden, und das Auftreten der Brutkrankheit wird auch direkt durch eine in dieser Schule entwickelte Methode im Endeffekt in den Griff bekommen. Ich darf Sie daher bitten, diese wesentliche Bedeutung der Imkerschule nicht nur für die steirischen Imker, sondern für die gesamte steirische Landwirtschaft zu sehen und in diesem Bereich Ihre Unterstützung den Imkern und damit der Schule zu gewähren. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 14.15 Uhr.)

Präsident: Eine perfekte Bestäubung! Nun ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Kowald.

Abg. Kowald (14.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen im Landtag!

Die Themenbereiche sind sehr interessant, die Mitarbeiter werden größer. Lieber Kollege Vollmann, ich freue mich für deine verständnisvolle Haltung für die Landwirtschaft und für die Bauern, ich freue mich, daß du das gerade zum Ausdruck gebracht hast. Vieles haben wir heute schon gehört, manche sind selbstverständlich hier auch im Auftrage unterwegs, wie es halt bei einer Heuarbeit ist, wenn sie ein paar Schöberl haben irgendwo, daß sie ein paar Schöberl mit nach Hause nehmen, damit sie auch etwas zu Hause haben, worüber sie sich freuen können in diesem Zusammenhang, weil sie es auch brauchen.

Ich möchte vielleicht eines sagen. Wenn man da heute so manchen Leuten zuhört, könnte man meinen, daß eigentlich die negativen Schlagzeilen, wie halt üblich, leichter wahrgenommen werden als jenes, wo man halt auch etwas Gutes berichten könnte. Die Frau Kollegin Kaufmann hat gesagt, daß der Herr Landesrat Ing. Ressel so gutmütig zu den Bauern ist. Zu mir hat sie vor kurzem gesagt, „der Pörtl kämpft zuwenig“. Also, du hast ja ihm zuvor die Bestätigung gegeben, weil es mehr Geld gibt für die Landwirtschaft, unser Kämpfer hat sich durchgesetzt, und der Herr Landesrat hat Verständnis gezeigt. Lieber Herr Kollege Pörtl und Landesrat Pörtl, ein herzliches Dankeschön!

Du hast auch eines gesagt, Mut zum Wassertrinken. Wir trinken Wasser zu Hause, weil es ja gut ist, ohne daß ich Angst dabei habe, und ich lade jeden dazu ein, hier auch die Kostprobe zu nehmen.

Wenn man hier auch feststellt, daß selbstverständlich Förderungsmaßnahmen notwendig sind, um vieles innerhalb der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten, so ist das mit Recht immer wahrgenommen und Gott sei Dank von den Praktikern mitgestaltet worden. Daß selbstverständlich immer die Möglichkeit wahrgenommen werden wird, daß ich sage, ich möchte von dieser Torte, die gut ist, ein größeres Stück, und von der anderen Mehlspeise, die mir auch recht schmeckt, auch mitnaschen, das ist uns längst bekannt.

Lieber Kollege, du hast das Wort Trittbrettfahrer heute schon angezogen. So geht es uns halt. Leute, die gut arbeiten, die sich bemühen, müssen damit rechnen, daß es solche Leute gibt, na, die auch gelobt werden – so wie du es sehr öffentlich tust, sei ehrlich und gib es zu –, daß auch oft halt die Sonnenstrahlen, die auf uns alle herunterkommen, daß man halt versucht, auch einen Strahl mitzukriegen, weil man sieht, daß diese Wärme eigentlich guttut. (Abg. Dipl.-Ing. Chi-

bidziura: „Das ist Lebensqualität!“) Richtig, danke für diese Zustimmung. Wir haben selbstverständlich immer wieder im Laufe der Jahre und der Jahrzehnte, und alle, die damit vorher zu tun gehabt haben, die Aufgaben in der jeweiligen Zeit wahrzunehmen, und zwar so, wie sich die Situation ergibt. Waren früher einmal verschiedene Tätigkeiten im Betrieb notwendig und Aufgabenbereiche zu erfüllen, so wird es immer wieder so sein. Jedes Zeitalter hat seine Leute, und die Leute haben ihr Zeitalter – ein altes Sprichwort. Deswegen wird keiner daran gehindert werden, konstruktive Arbeit zur gegebenen Zeit mitzugestalten. Die Fruchtfolgeförderung ist zum Beispiel, um in diesen Bereich einzugehen, eine Maßnahme, die auch dazu beitragen wird, hier die positiven Akzente hervorzuheben und zur Überschußproduktion hier einen Beitrag zu leisten. Und zwar in der Form, wenn man die Fruchtfolgeförderung wahrnimmt, beansprucht, muß man auch eine Begrenzung von Mais und Getreide in Kauf nehmen, sehr wohl auch Alternativen anbauen, hat aber die Möglichkeit, hier in Form einer Förderung wieder eine Rückerstattung zu bekommen.

Sie wissen ganz genau, daß etwas Einkommensneutrales notwendig ist und Ausgleichsleistungen auch notwendig sind. Ich darf vielleicht auch eines feststellen, daß gerade die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft immer wieder schon praxisgerechte Maßnahmen gesetzt hat. Im allgemeinen muß aber festgestellt werden, daß sie, weil sie oft kritisiert wird von manchen Leuten, die sich aber sehr gerne bemühen und tummeln und mitarbeiten wollen in der Kammer – und deswegen ist es –, auch immer wieder die Vertretung der Bauern wahrgenommen hat. Sie hat auch die Beratung der Kammerzugehörigen immer wieder forciert und ist selbstverständlich mit der Förderung der Landwirtschaft in engster Verbindung gestanden.

Die Bezirkskammer zum Beispiel, draußen in den einzelnen Bezirken, erfüllt die Aufgabe einer Anlaufstelle, einer Servicestelle, um hier Leute zu beraten und dementsprechend zu unterstützen. Ich bin so froh darüber, daß ich diesen Lernprozeß mitmachen konnte und noch immer wahrnehme, hier mit den Bauern auch Gespräche zu führen. Es würde so manchem die Augen aufmachen, wenn man sieht, mit welchen Anliegen Leute kommen, welche Zusammenhänge zu finden sind, mich wundert es, daß sie die Wahrheit nicht erfragen wollen, aber das ist nichts Neues. Die Bänke sind meistens in der Früh leer, und am Abend sind sie leer, und wenn sie manchmal in einem Zustand anzutreffen sind, brauchen wir nur die „Kleine Zeitung“ lesen.

Aber nur hätte ich gerne gesagt, gerne gezeigt den Freunden, daß Beratung dazugehört zur Förderung, weil es hilft mir nichts, lieber Freund, es hilft mir nichts, wenn jetzt nur ein Formular auszufüllen ist und dazugehörige Fragen gestellt werden. Deswegen sind Beratung und Abwicklung der Förderung eine Einheit. Mich freut es zwar, wenn er sich hinterher korrigiert und gemeint hat, zuerst Beratung gehört getrennt, Förderung gehört getrennt, aber da müssen wir einen gemeinsamen Weg wieder finden. Freilich, vielleicht Bürokratismus aufbauen. Wir machen da nicht mit, wir werden das verstärkt wahrnehmen, um hier

konstruktive Arbeit zu leisten. Deswegen ist es auch gerechtfertigt, und ich bin froh darüber. Es ist nämlich die Verbundenheit mit den Bauern vorhanden und mit den ganzen praxisbezogenen Gegebenheiten.

Ich möchte da nur ein paar Beispiele aufzählen, daß das ja nicht so ohne Folgen geblieben ist, daß sie wichtige Bereiche in der Entwicklung unterstützt hat, die Beratung und auch die Förderung. Man denke, jeder hängt sich bitte an diesen Erfolg vom steirischen Obst. Das ist ja nicht von ungefähr gekommen, weil die Leute gemeinsam Konzepte erarbeitet haben, gute Waren und Obstsorten erzeugen und auch dementsprechend vermarkten. Sie wissen, daß der steirische Wein heute einen Ruf hat, worüber wir uns alle freuen. Erstens trinken wir selber ein gutes Tröpfelr gern, und zum anderen ist es so, daß dort eben Bauern ihre Existenzberechtigung haben. Es ist erfreulich, die Begeisterung innerhalb der jungen Weinbauern festzustellen in den Gesprächen – die Fachkenntnisse, die da zum Ausdruck kommen – und ich habe Gott sei Dank immer wieder dieses Erlebnis nach wie vor miterlebt und freue mich auch darüber in der Zukunft, daß das so ist.

Denn die Zusammenarbeit zwischen den Praktikern und den Beratern ist in dieser Richtung so fortschrittlich, daß die Qualität des steirischen Weines uns alle miteinander freut und dementsprechend Anerkennung findet. (Abg. Tasch: „Gott sei Dank!“) Ich weiß, du freust dich, weil du ein Weinhändler bist, freuen wir uns mit! Man möge auch andere Gesichtspunkte aufzählen, wenn ich heute gehört habe „kein Verständnis für den Maschinenring“, auch hier gibt es Trittbrettfahrer. Ich selber darf das sagen, ich habe vor zwölf Jahren auch mit den Kollegen in unserer Umgebung einen Maschinenring gegründet, wo man auch die Vorteile für alle hat schaffen können, und noch viel früher habe ich auch gesehen, hallo, gemeinsam können wir es schaffen, haben eine Schweineerzeugergemeinschaft gegründet, wo heute praktisch in weiteren Zusammenschlüssen es möglich ist, Marksteine zu setzen, gemeinsam abzusetzen. Hier war es der größte Erfolg und für uns die größte Freude, daß es keine Preisunterschiede gibt zwischen den einzelnen unterschiedlichen Verkaufsmengen und Stückzahlen, daß es keine Unterschiede gibt in der Qualitätsbezahlung und auch hier Fortschritte in der Richtung zu verzeichnen sind, daß es Wertschöpfungen ergeben hat für die Landwirtschaft, worüber wir uns freuen und auch in Zukunft unsere Existenzen haben.

Selbstverständlich, in den verschiedenen Sparten die Zusammenschlüsse, die gemeinsame Arbeit und Ziele werden uns auch weiterhelfen und auch animieren dazu, neue Wege genauso in Angriff zu nehmen, wie wir sie bisher gemacht haben. Man darf eines nicht übersehen, daß Steiermark in vielen Bereichen der Landwirtschaft federführend ist in Österreich und weit darüber hinaus, man denke – da wiederhole ich mich jetzt – das Obst, der Wein, Schweinehaltung, genauso wie in der Bioenergie und auch in der ganzen Wasserqualität. Nicht umsonst kommen so viele Leute zu uns, ich habe es gestern erwähnt. Warum kommen mehr als 7000 Leute zu dieser Rapsanlage und schauen sich das an? Weil es hier Leute gibt, denen etwas einfällt.

Mich hat es sehr gefreut, daß du mir heute, Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, die Zustimmung gegeben hast und daß du deine Freude zum Ausdruck gebracht hast, daß so viele Möglichkeiten aus Eigeninitiativen zusammen mit den Beratern der Landwirtschaftskammer entstanden sind. Ich bedanke mich auch für diese Anerkennung der jahrzehntelangen Arbeit. Es getraut sich nicht ein jeder das zu sagen, was du mir gesagt hast. Danke schön, persönlich tut einem das auch einmal ganz gut. Ich glaube, daß es notwendig ist, diese Beispiele dementsprechend aufgezeigt zu haben, weil wir es auch brauchen, hier weitere Wege voranzutreiben. Österreich war schon immer besser als die anderen, und es ist auch gelungen, die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft mitzugestalten. Ich glaube, daß ein Herauslösen der Förderungsaufgaben und der Beratungsarbeiten aus dem Kammerbereich wahrscheinlich auch das Aus für viele Bauern wäre, weil sie sich wo anklammern. Es gibt verschiedene Maßnahmen und Investitionsförderungen genauso, wenn man sich nur vorstellt, welche Aufgabenbereiche es gibt in der Investition, so sei es in erster Linie die Sicherung der Qualität, aber auch bei der Ernte dementsprechende Absicherung mitzugestalten, man denke nur an die Hagelnetze, daß selbstverständlich auch die Erweiterung der Einkommensmöglichkeiten wahrgenommen wird, die Direktförderung. Bitte, das wurde geschaffen unter Zeiten von Riegler, dieser hat das in die Wege geleitet. Wir haben das aufgestockt, ich habe die Entwicklung miterlebt in den letzten Jahren in der Steiermark hautnah im eigenen Bezirk. Ich weiß, mit welcher Aufgabe man es hier zu tun hat und wie notwendig es ist, daß diese Leute auch dementsprechend unterstützt werden, sonst würde es passieren, daß dort unten in diesen Bereichen, wo es schwierige Arbeitsbedingungen gibt, oder in anderen Teilen von der Steiermark wahrscheinlich schon eine Verödung der Landwirtschaft und der Landschaft geschehen wäre. Investitionssteigende – das möchte ich auch sagen – Förderungsmaßnahmen werden seit Jahren ja nicht mehr unterstützt und wahrgenommen. Aber insgesamt kann man feststellen, daß mehrere tausend Investitionsanträge in verschiedenen Bereichen auch immer wieder wahrgenommen werden. Daß selbstverständlich Hofzufahrtswege mitunterstützt werden, so ist das auch insofern zu erwähnen, weil hier gemeinsam die Aufgaben mit der Landesregierung und gemeinsam mit der Landeskammer wahrgenommen werden. Produktorientierte Förderung, wie wir das zum Beispiel schon gestern auch gesagt haben bei den Alternativen, bringen immer wieder Vorteile auch in verschiedenen Richtungen. Und wenn man so denkt, daß hier in den Wasserschongebieten Maßnahmen gesetzt worden sind, die in Form der Beratung ihren Ausschlag gefunden haben, und ich habe mich gefreut, daß wir bereits die Zustimmung bekommen haben, nachdem der Erfolg auch in der Qualität des Trinkwassers zu merken ist. Viele kommen hier in unser Leibnitzer Feld und schauen, was geschieht. Ich kann Ihnen eines sagen, wir haben auch Bauern, die unter Existenzproblemen leiden, weil sie nicht mehr die Möglichkeit einer dementsprechenden Wirtschaftsweise vornehmen können. Aber es ist einmal so, daß man die Möglichkeiten in dem jeweiligen Aufgabengebiet im Interesse der Leute wahrnehmen muß, und ich darf vielleicht eines

sagen, daß die Beratung so gut ist, daß unser Umweltberater auch ein Angebot aus Oberösterreich bekommen hat, um dort den Weg auch aufzubauen. Also, wir haben ihn Gott sei Dank behalten und haben auch geschaut, daß er weiterarbeitet im Sinne der Bauern, im Sinne der Bevölkerung und der Konsumenten. Aber ich meine, der Weg ist richtig. In weiterer Folge gibt es auch die Leistungsentgelte für verschiedene Arbeiten, ob das die Almerhaltungsaktion ist, Bergbauernausgleichszahlung, ich hätte auch gerne mehr Geld – die Monika Kaufmann ist nicht da –, wie die ganzen Bauern, aber leider Gottes ist es eben so, daß wir alle miteinander hier auch unseren Beitrag für die Zukunft werden leisten müssen. Wenn ich vielleicht sagen darf in diesem Zusammenhang, daß Förderung und Beratung auch in der Zukunft in gemeinsamer Form bestehen sollen, daß das Ziel, die bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten, im ersten Aufgabenbereich stehen und daß auch wir hier alles unternehmen müssen. Ich darf vielleicht in weiterer Folge ein paar Maßnahmen sagen: Das Marketing, das auch im Rahmen der Arbeit der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft aufgebaut worden ist, hilft vielen in der Qualitätsproduktion und im Absatz der Produkte, den richtigen Weg zu gehen. Die steirische Landwirtschaftskammer gemeinsam mit den Bauern hat in dieser Richtung wirklich zielführende Akzente gesetzt. Man denke hier an die Hauptziele der Verbesserung der Ausgangslage und auch an eine verbesserte Absatzlage der Agrarprodukte. Es ist auch notwendig, daß wir die Zeichen der Zeit erkennen und gerade in dieser jetzigen Zeit der Ostöffnung auch die Verlagerung der Warenströme berücksichtigen müssen. Es wird notwendig sein, daß Österreich eingebunden wird und daß es notwendig ist, auch hier zur Verteidigung des Inlandsabsatzes entsprechende Maßnahmen zu setzen. Und Steiermark hat hier immer Impulse gegeben. Ich bin auch davon überzeugt, daß die Leistungskraft in dieser Richtung nicht nachlassen wird. Die verschiedenen Vermarktungsgemeinschaften beweisen es, in welcher Form seit Jahren und seit Jahrzehnten gearbeitet wird, und ich bin froh darüber, daß es auch gelingt, Innovationsschübe zu erreichen, Qualitäten für den Konsumenten hervorzubringen, der auch immer wieder seine Freude damit hat, und ich glaube, daß in diesem Zusammenhang gerade der Verein der bäuerlichen Selbstvermarkter Aktionen setzt, die sich bemühen und in dieser Richtung auch immer federführend sind. Ich möchte das auch heute zum Anlaß nehmen, daß man auch feststellen kann, hier, bereits jeder Abgeordnetenkollege hat eine Kostprobe von Äpfeln bekommen. Sie glauben nicht, die Produktpalette läßt sich selbstverständlich ausweiten, und man sehe auch hier, wer eine Freude hat damit, kann das auch nachher wieder anschauen, einen Osterkorb, was die bäuerlichen Selbstvermarkter aus der Steiermark hier gespendet haben, zur Verfügung gestellt haben. Ich meine, daß wir heute auch Grund genug haben, uns über die gute Qualität der Lebensmittel zu freuen. Und stellvertretend für die ganzen Verantwortlichen im Lande darf ich wohl auch einer Frau, die die Verantwortung im Lande trägt für die Fremdenverkehrswerbung und auch für das gute Florieren der Fremdenverkehrswerbung, im Namen der selbstvermarkteten Bauern diesen Osterkorb überreichen. Liebe Frau Landesrat! Wenn das möglich ist und ich

dir den Korb geben darf. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du kannst doch nicht der Frau Landesrat einen Korb geben!“) Es ist auch ein Zeichen der Verbundenheit. Die Bauern möchten das damit zum Ausdruck bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine lieben Freunde hier im Landtag! Zum Budget insgesamt eine persönliche Feststellung. Ich freue mich darüber, daß es Leute gibt, die sagen, wir müssen erneuern, und wir müssen schauen, daß etwas weitergeht. Ich bin auch froh darüber, daß es Leute gibt, die anderen eine Chance geben. Der Herr Landesrat Ing. Ressel ist leider nicht da, aber ich glaube, er hat sich sicherlich bemüht in seinem Arbeitsbereich, hier auch dementsprechend den Versuch zu unternehmen, daß die Rahmenbedingungen auch überschaubar sind. Nur ist es eben so, daß wir alle miteinander unseren Beitrag leisten müssen, liebe Freunde. Da gehe ich über alles drüber hinweg. Es ist selbstverständlich auch notwendig, daß die parteipolitischen Spiele, um das Erreichen einiger Schlagzeilen zu ermöglichen, nicht immer richtig postiert sind. (Abg. Vollmann: „Mache einen Vorschlag!“) Lieber Freund, es ist auch so, daß es dir einmal nicht schaden täte, einen Betrieb zu führen, damit du weißt, daß man nicht mehr ausgeben darf als man einnimmt! (Abg. Vollmann: „Da hast du recht, das mußt du jedem ins Stammbuch schreiben!“) Und unter diesen Grundsätzen muß auch in Zukunft die Erstellung eines Budgets wahrgenommen werden. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Warum stimmt Ihr zu? Jetzt kenne ich mich wieder nicht aus!“) Und so sehe ich das auch, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, die rosa Zeitung war auch ein Zeichen für mich. Wie ich sie bekommen habe, drei oder vier Tage später, nachdem es in der Landesregierung eine Einigkeit gegeben hat, daß man bereits aus ist, hier der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es nur mehr zwei Personen gibt, die in der Steiermark das Budget erstellen.

Da muß ich feststellen, daß man in gewissen Bereichen ja nicht mehr zufrieden ist und in anderer Form das Positive nur in gewissen Ressorts zu sehen ist und in anderen nicht. Darf ich jetzt euch etwas sagen, ich sage das als einfacher Bauer.

Wendehälse, die zuerst die Zustimmung geben in der Landesregierung und nachher die Zustimmung im eigenen Bereich nicht durchsetzen oder nicht bekommen, das ist alles nicht einfach.

Aber eines, Herr Landesrat, darf ich schon sagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was hast du für ein Demokratieverständnis: daß ich als Regierungsmitglied das durchsetzen muß und daß der Landtag nichts zu reden hat!“) Es ist so, lieber Herr Landesrat, daß das nicht Ihr Ziel war. Grundsätzlich dazu eine klare Sache, wir müssen aufpassen alle miteinander, daß uns das nicht entgleitet, und es würde manchem nicht schaden, daß er auch dafür die Verantwortung trägt, wenn er oft in Form von Aktionen Beschlüsse faßt. Wenn ich als Bauer zu Hause langfristig so arbeite, daß ich immer mehr ausbebe wie ich einnehme, dann werde ich den Bankrott anmelden und vom Hof gehen müssen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann darfst du heute nicht zustimmen!“) Deswegen fordere ich alle hier auf, ich fordere alle hier auf, Maßnahmen zu set-

zen. Lieber Herr Landesrat, Sie genauso wie andere im gesamten Bereich.

Ich fordere alle auf, Maßnahmen zu setzen, daß wir eine konstruktive Arbeit machen und daß wir weniger Show liefern zum Wohl unserer Bevölkerung, und in diesem Sinne bitte ich auch in der nächsten Zeit um dementsprechende Unterstützung, und wenn Ihr wirklich wieder etwas braucht, wir helfen euch weiter und werden es euch erzählen! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Frieß.

Abg. Frieß (14.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich übernehme jetzt ganz bewußt den Part der eins, zwei, drei, vierten Gruppe, und zwar der Gruppe Konsument. Ich glaube, daß das bitte in der Zukunft unser eigentliches Problem ist, heute schon unser eigentliches Problem ist. Da würden wir eine einige Meinung brauchen und eine Einigkeit brauchen, um diese Überzeugungsarbeit zu leisten, und nicht eine Meinung dividiert durch drei. Das soll ein sehr ernstes Wort der Mahnung von dieser Stelle aus sein, weil ich glaube – ich bin selber keine praktizierende Bäuerin, aber im Herzen eine Bäuerin –, daß wir in der Zukunft gemeinsam vorgehen müssen. Da sind halt einmal sehr gescheite Leute am Werk, die wissen seit Jahrzehnten, wie es geht. Da können wir uns bitte, wenn wir klug sind, natürlich auch ein bißchen anschließen. (Abg. Dr. Wabl: „Frau Kollegin, was der Bauer nicht kennt, ißt der Konsument!“) Tatsächlich ist es so, daß Gesundheit und Umwelt in den Meinungsumfragen an erster Stelle stehen. Die künftige Entwicklung der Agrarproduktion muß sich im starken Ausmaß an den Ernährungstrends der Verbraucher orientieren. Tatsächlich ist es so, und damit komme ich zu einem sehr aktuellen Thema – einige Vorredner haben es schon angesprochen –, daß eine Überproduktion und ein Überkonsum von tierischen Fetten besteht. Damit bin ich auch beim Fleisch, und das ist ein wesentliches Thema, wo wir auch sehr viel an Vermarktungskosten haben. Die Diskussionen über den Cholesterinspiegel sind in der Hitparade der Konversationsthemen immer ganz, ganz vorne zu finden. Wir haben gestern über Gesundheit gesprochen, auch das wäre eine Sache, wo wir sagen müssen, das ist unser Problem, da müssen wir hin, da müssen wir gemeinsam das als Punkt sehen.

Und wenn wir schon darüber reden, ganz speziell, natürlich haben wir alle das „Wissen Spezial“ angesehen. Viele haben es gesehen, und wir wissen, wie es darum steht. Nämlich die Verunsicherung der Konsumenten ist eine sehr große, wenn man diese Tiertransporte gesehen hat, das wäre einiger Überlegungen wirklich sehr wert. Da spricht man natürlich vom Schnitzel vom glücklichen Schwein, aber bitte, ich muß schon ganz deutlich sagen – und Ihr wißt es selber als praktizierende Bauern –, es ist natürlich sichtlich auch so, daß größte Bemühungen da sind, aber bitte, gemeinsam müssen wir da in der Zukunft schon noch eine klare Strategie entwickeln und eine ehrliche Antwort darauf geben, wie es ist. Da ist es wirklich wichtig, in Einigkeit das auch zu präsentieren.

Für die Zukunft ist es schon auch wesentlich, und wenn wir an Europa denken und an unsere Tiereschützer denken, die uns bitte immer wieder sagen wollen – da setze ich mich wieder in den Part der Landwirtschaft –, wie wir vorgehen sollen, dann ist es klar ersichtlich, daß wir speziell diese Lebendtiertransporte anreden müssen. Wenn wir daran denken, daß das über ganz Europa geht, heute geht und in Zukunft gehen sollte, dann dürfen wir das auch klar sagen, um auch unsere heimische Produktion hervorzuheben und am Ort zu lassen, daß ich persönlich – dazu stehe ich eigentlich – gegen diese Lebendtiertransporte durch ganz Europa bin und speziell auch für die Zukunft, das sage ich auch bewußt als Tierschützerin. Bei Menschen ist es ja wirklich ein bißchen anders, da sind wir fast ein bißchen zu unklug. Wenn ich an unsere Urlaubsreisen denke, da ist es eigentlich erforderlich, daß es in der Zukunft auch Menschenschützer gibt, die wider den Geist der Masse sprechen und handeln. (Abg. Trampusch: „Die Menschentransporte sehen meist anders aus als die Tiertransporte. Das kann man nicht vergleichen!“)

Ich möchte aber zum Fleisch zurückkommen. Wir sprechen von einer neuen Schlachthöfeordnung, die angebracht ist, die notwendig ist, um zu einer einwandfreien Nahversorgung in diesem Bereich zu kommen. Nämlich, wir müssen wirklich auch danach trachten, wir sind alle hellhörige Leute und wissen, wie sehr gefährlich da auch die jetzige Meinung und die immer wieder auftretende Meinung ist bezüglich Fleischkonsum. Wir müssen danach trachten, ehrliche Antwort darauf zu geben, um die Abnahme von heimischen Produkten auch in der Zukunft zu garantieren. Das ist ein wahres Problem in der Zukunft. Ich kann auch persönlich als Konsument zu Almo stehen, zu Porky stehen, zu Styrian Beef, zu Kitz und Schaf und vielem, vielem mehr. Da gibt es wirklich gesunde, ehrliche Klasseprodukte.

Zur Tierfütterung vielleicht auch noch ein Wort, weil das natürlich auch dabei ist. Da muß ich wieder sagen, da sind wir in der Tierfütterung auch schon wieder sehr weit. Da gibt es genaue Berechnungen über Spurenelemente, essentielle Fettsäuren, Vitamine und alles. Da muß ich sagen, es ist so, daß wir in der Tierfütterung weiter sind als in der Menschenfütterung. Ganz ehrlich sage ich das auch, beim Menschen wird zwar wirklich auch berechnet, aber die Einsicht fehlt in unseren Bereichen. Da wäre auch wirklich aufmerksam zu machen, wo es langgeht und wo bitte wirklich auch gesunde Produkte sind. Dazu ist natürlich zu sagen – auch für die Zukunft, auch für eine neue Ordnung –, der lokale Markt ist einfach ein frischerer Markt. Dazu ist natürlich im Fleischkonsum und speziell bezüglich Fleisch zu sagen, daß der Qualitätsschlachthof eine Forderung ist, eine wesentliche Sache ist, der gute wesentliche vor- und nachgelagerte Bereiche hat, wo wir auch ein gesundes Lebensmittel Fleisch anbieten können und wir da so anbieten können, daß auch die Konsumentin mit einer leichten Verarbeitung rechnen kann. Das werden wir bitte ganz klar auch ansprechen müssen, diese weitere Produktion unserer Lebensmittel. Da fehlt es noch, und das sind die Hausaufgaben der Zukunft, und wenn wir gescheit sind, müssen wir diese Hausaufgaben vorher

machen, nämlich vor dem Beitritt, dem ersten Beitritt zur EG.

Soviel zur aktuellen Diskussion um das Fleisch. Nur, wenn unsere Konsumenten auch den hohen Wert unserer Agrarprodukte erkennen, werden sie diese im großen Supermarkt EG auch kaufen. Aus persönlicher Überzeugung kann ich grundsätzlich ohnehin nur sagen, auch durch unser strenges Lebensmittelkennzeichnungsgesetz und Lebensmittelgesetz, ruhigen Gewissens können wir unseren Konsumenten sicherlich nur sagen: Kauft made in Austria, kauft made in Styria. Das müssen wir bitte wieder in gemeinsamer Art und Weise machen, weil das ist unser wirklich vierter Partner.

Es gibt eine Studie zu den Kaufgewohnheiten. 90 Prozent – da wurden Jugendliche befragt – beurteilen die Qualität bäuerlicher Erzeugnisse mit sehr gut bis gut. Ich kann auch als Konsument wirklich dahinterstehen. 84 Prozent davon sagen, daß sie sich für ein österreichisches Produkt entscheiden, auch wenn es um 5 Prozent teurer ist. 62 Prozent davon sagen, daß sie sich auch dafür entscheiden, wenn es um 10 Prozent teurer ist.

Allerdings, der Haken ist, 85 Prozent der Österreicher kaufen fast ausschließlich im Supermarkt ein. Das heißt, daß wir vermehrt Projekte entwickeln müssen, die die Vorzüge des Einkaufens im Supermarkt mit denen des Einkaufens beim Bauern verbinden, wie immer wir es auch nennen wollen, Ökoinseln im Supermarkt. Da ist es auch wieder eine Forderung und eine Notwendigkeit in der Zukunft, Vermarktungsstrukturen auch im Großen – ich sage es noch einmal sehr deutlich – aufzubauen. Es ist natürlich wichtig, daß wir im kleinen Bereich auch arbeiten, und die Direktvermarktung ist ein Weg. Allerdings ehrlicherweise, ganz ehrlich, wenn wir darüber reden, ein sehr mühsamer, besonders für die Bäuerin ein sehr, sehr mühsamer Weg. Grundsätzlich müssen wir feststellen, der Konsument will den Bezug zum Bauern, er will mehr Einsicht, er will mehr Produktionsinformation, er will mitreden. Und da muß er bei uns allen offene Türen einreden. Er soll und darf und muß mitreden können. Und die Gegenforderung ist, das bäuerliche Produkt muß stimmen, muß ehrlich und echt sein. Und das auf allen Linien. Und eines noch dazu, weil man natürlich auch da wieder Geld dazu braucht, sogar das beste Produkt muß beworben werden. Das kostet was, und dazu brauchen wir ein gescheites Landwirtschaftsbudget. Das haben wir dank unserem Erich Pöttl. Landwirtschaft besteht wirklich aus Land und Wirtschaft. Und ich begrüße in dem Zusammenhang – bei uns ist es ja so, daß man wirklich alles sagen darf, was man sich denkt – den Ab-Hof-Verkauf der Milch ohne große Schwierigkeiten, der ist konsumentenfreundlich und bauernfreundlich. Und das Risiko dürfen sich beide Teile selbst abschätzen.

Zur flächendeckenden Landwirtschaft: Da erwarte ich von jeder Seite, daß das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. Die Bauern geben ihre Leistung. Und ich bin fast immer ein bißchen böse, wenn Bauern als Umweltbelastung dastehen. Die Wahrheit ist, wer schaut denn auf Feld, Wald, Wiese, Hecke und sonst noch was? Nur Außenstehende bitte wissen nicht um die Nachhaltigkeit, um das zusammenhängende Denken seit Jahrtausenden, das die Bauern haben. Wovon man

nichts versteht, so sagt man, soll man nicht reden. Aber wenn man es versteht, dann muß man schon sehr deutlich sagen. Eine Frage stelle ich noch. Wie viele Bauern leistet sich die Gesellschaft, leistet sich die Steiermark? Und auch da wären Einigkeit und Zusammenstehen notwendig. Und auch da muß man sehr deutlich sagen, es muß einem jeden leicht genug sein. Nämlich dem Bauern, daß er sich erhalten kann, daß er leben kann, und uns Budgetverantwortliche, daß wir es bezahlen mögen. Das wird sicherlich auch der Fall sein. Weil auch die bäuerliche Familie angesprochen wurde, nur ganz klar und mit klaren Zahlen, der Wert der bäuerlichen Familie. Die Bäuerin zieht im Durchschnitt für die Gesellschaft 3,3 Kinder groß, um nahtlos anschließend im Durchschnitt wieder – und das sind Zahlen, wahre Zahlen – einen alten, kranken Menschen bis zur letzten Stunde zu pflegen. Und das sollten wir einmal gemeinsam ausrechnen, was das für die Gesellschaft bringt. Zum Abschluß, wir haben auch eine sehr aktive außerschulische Jugendarbeit im ländlichen Bereich, und die haben längst erkannt mit ihrem kritischen verantwortungsvollen Bereich und ihrer äußerst positiven Arbeit, daß sie die integrative Aufgabe, nämlich Bauer, Arbeitnehmer, Konsument, wirklich längst erkannt haben und wirklich auch dahinterstehen und arbeiten daran und tagtäglich ihren Dienst machen. Die Schulen und die Landwirtschaftskammer, die ja wirklich auch zum Beispiel im biologischen Landbau wirklich dahinterstehen, tun ihr Übriges dazu. Und das wäre auch unsere Chance für die Zukunft. Eine Zukunft mit gegenseitigem Vertrauen. (Allgemeiner Beifall. – 14.52 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (14.52 Uhr). Herr Präsident! Hohes Haus!

Eine große Mahnung – kürzer, ich habe es heute schon einmal probiert, es ist gelungen. Ob es mir jetzt auch gelingt, weiß ich nicht, weil die Problematik der Bauern mir schon am Herzen liegt.

Als praktizierender Bauer und bäuerlicher Interessenvertreter muß ich ein paar Worte zur Budgetdebatte sagen. Meine Frau in erster Linie und ich ein bißchen bewirtschaften eine Landwirtschaft mit 10 Hektar, ein Betrieb, wie es viele Betriebe in der Steiermark gibt und der – um einen volkstümlichen Ausdruck zu gebrauchen – zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig ist.

Herr Kollege Wabl, interessiert Sie die Landwirtschaft überhaupt nicht?

Das heißt, daß unser Betrieb auf ein zweites Einkommen angewiesen ist, und trotzdem bin ich gerne Bauer. Ich muß ein paar Worte sagen zu dem, was vorher gesagt wurde. Die Frau Abgeordnete Kaufmann hat uns kritisiert und hat uns verlassen, schaut es aus. Ein paar Bemerkungen dazu: Ich glaube, daß sie mit dem Budget nicht zufrieden ist, weil sie die Forderungen ihrer sozialdemokratischen Parteifreunde genau kennt. Und ich erinnere mich leider Gottes, meine Herren, an die Belangsendung des Gewerkschaftsbundes, wo massiv gefordert wird, die Bauern müssen mehr Steuern bezahlen. Ich sage das ohne Polemik. Die nächste Aussage mußte ich leider selbst mit-

anhören von einer Kollegin der Frau Kaufmann, von der Frau Landeskammerrat Kerschbaum aus Oberösterreich, die wortwörtlich gesagt hat, „eine zügige Erhöhung der Abgabe für land- und forstwirtschaftliche Betriebe wird verlangt“. Wir wollen Leistungszahlungen als Preisausgleich, und nicht als Ausgleich für zusätzliche Belastungen.

Lieber Herr Kollege Peinhaupt! Mehr Bauern in den Vollerwerb! Super! Weniger Produktion, nicht schlecht! Ein höherer Preis, noch besser! Kein Budgetdefizit! Diese Zauberformel müssen wir erst finden! Ja, gemeinsam können wir das vielleicht zusammenbringen. Helfen wir alle mit! (Abg. Dr. Ebner: „Er hat ja gesagt, wie es steht! Nicht zugehört!“) Haben unsere bäuerlichen Familienbetriebe Zukunft? Diese Frage haben wir uns zu stellen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist zurückgegangen, das wissen wir alle. In den letzten 20 Jahren, wovon wir in 16 Jahren einen roten Bundeskanzler gehabt haben, einen sozialistischen Finanzminister und einen sozialistischen Landwirtschaftsminister. Und wenn Ihr es so ernst mit uns gemeint hättet, müßten wir jetzt den Himmel auf Erden haben. (Abg. Dörflinger: „Seit 1945 einen schwarzen Landesrat für die Landwirtschaft, und es werden immer weniger Bauern!“) Kennst du eine Kuh von einem Ochsen auseinander? Neben dem Bundesbudget haben wir auch mit dem Landesbudget eine Möglichkeit, die Entwicklung zu stoppen. (Abg. Dörflinger: „Das ist eine Kindesweglegung, Herr Abgeordneter!“) Was ist eine Kindesweglegung? (Abg. Dörflinger: „So schlecht war Riegler auch nicht!“) Ist es euch vielleicht nicht mehr recht, daß Ihr so lange regiert habt? Wenn die Mittel ausreichend zur Verfügung stehen, werden wir es schaffen. Ich möchte in erster Linie auf die Notwendigkeit der Mittel für den Viehabsatz hinweisen. 151,903.000 Schilling sind vom Land Steiermark im Jahre 1991 für den Viehabsatz aufgewendet worden. Ich danke dafür beiden zuständigen Landesräten. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist einen Applaus wert.

393,035.272 Schilling hat auch der Bund dafür aufgewendet. Gott sei Dank! Zur Gegenüberstellung aber, das Landesbudget macht ein Sechzehntel vom Bundesbudget aus, eine Relation, die aufzeigt, daß der Finanzminister dem Landwirtschaftsminister noch recht viel geben kann. Momentan stockt der Viehabsatz, und die Steiermark verlangt ein zusätzliches Exportkontingent für den Monat Mai bei Rindern um 19.000 Stück.

Die steirische Bauernschaft, alle gemeinsam sind bestrebt, besonders hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen, ich denke an das Porky-Programm, die Styria-Beef, an Almo und so weiter. Insbesondere in unseren Berggebieten ist die Viehwirtschaft zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft notwendig. Orangen, Bananen, Zitronen wachsen leider in unseren Berg- und Hügelregionen nicht, und deshalb brauchen unsere steirischen Bauern diese Viehabsatzförderung wie das tägliche Brot. 35.000 bäuerliche Betriebe sind von dieser Viehabsatzförderung abhängig.

Herr Landesrat Erich Pörtl hat vom Herrn Landesrat Ing. Ressel um 60 Millionen Schilling weniger bekommen als er haben wollte. Es ist leicht, den schwarzen Landesrat zu kritisieren, wenn man weiß, daß der rote nicht gerne hergibt.

Ich kann nur hoffen, daß es bei Bedarf eine Nachbedeckung gibt im Interesse unserer Bauernschaft. Wir haben schon einmal einen um 6 Schilling höheren Stierpreis gehabt als jetzt. Unsere Betriebskosten sind gleichgeblieben oder gestiegen, und diese Einkommenseinbußen müssen einfach abgegolten werden.

Einige Worte auch zu den Direktzahlungen. Direktzahlungen – ein Wort, mit dem wir Bauern uns sehr, sehr schwer anfreunden können. Warum eigentlich? Weil wir damit immer als Almosen- und Subventionsempfänger degradiert werden. Mit den herkömmlichen Methoden der Agrarpolitik, darunter verstehe ich Preispolitik und Produktionsförderung, sind die Probleme von heute und morgen nicht lösbar. Das wissen, glaube ich, alle drei anwesenden Fraktionen.

Die Erzeugung von gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln ist zwar die wichtigste, aber nicht mehr die einzige Aufgabe und Leistung unserer Bauernschaft. Leistungszahlungen haben verschiedene Ziele: Leistungsabgeltung für Landschaftspflege und Umweltleistungen, dazu gehört der Bergbauernzuschuß, die Leistungszahlungen für Grenzland, Hügelland und Kleinbetriebe, die Flächenförderung für den Bergweingebiet und die Förderung unserer Almwirtschaft zur Erhaltung unserer grünen Almen.

Natürlich sind wir alle dafür, daß der fiktive Einheitswert für die Bewirtschaftungsprämie nicht angewendet wird. Das ist eine gemeinsame alte Forderung von uns. Wenn gesagt wird, das Budget für die Bergbauernstützung ist zuwenig, die 30 Millionen Schilling sind immer gleichgeblieben, dann muß gesagt werden, 10 Millionen Schilling hat unser Erich Pörtl mehr gefordert, es ist sich halt nicht ausgegangen, ich verstehe es. Aber bitte, nicht unserem Landesrat immer die Schuld geben.

Der nächste Bereich: Leistungszahlungen für Einkommensausgleich in Wasserschutz- und Schongebieten, Förderung der biologischen Landwirtschaft und Feuchtbiotope, Direktzahlungen für Marktentlastungen und Extensivierungsprogramme.

Zusammenfassend möchte ich sagen, Leistungszahlen als Entgelt für Preissenkungen sind überlebensnotwendig. Von steigenden Betriebskosten und fallenden Preisen kann kein Bauer leben. Nahrungsmittel aus Agrarfabriken können wir billig importieren, aber wollen wir es? Eine gepflegte Kulturlandschaft, unsere Almen, Äcker, Wiesen und Weiden können wir nicht importieren. (Präsident: „Meine Damen und Herren! Das Problem unserer Landwirtschaft ist ein sehr ernstes Problem. Es würde mehr Aufmerksamkeit im Hause und auf der Zuschauertribüne finden müssen!“) Wahrscheinlich bin ich zuwenig überzeugend! Nochmals, importieren können wir Äcker, Wiesen, Weiden und Almen, auch unser bäuerliches Kulturgut, nicht. Bitte schön, jeder möge das beachten. Deshalb muß auch unsere Sorge allen steirischen Betrieben gelten, mit den verschiedenen Strukturen, die wir Gott sei Dank haben. Nicht jeder kann und vielleicht nicht jeder will vollbiologisch erzeugen. Direktvermarktung ist nicht jedermanns Sache, weil es die Bäuerin sehr, sehr belastet. Wie soll ein Bergbauernbetrieb mit Milchwirtschaft in einer entlegenen Region direkt vermarkten?

Jede Investition für die steirischen Bauern ist eine Investition für die Zukunft unseres Landes. Wir stei-

rischen Bauern – und das ist heute schon zweimal gesagt worden, und ich sage es noch einmal, weil es wirklich wichtig ist – decken gerne den Tisch für unsere Mitbürger in Normal- und Krisenzeiten. Wir pflegen und gestalten unsere Kulturlandschaft, und wir sind die sicherste Krisenvorsorge. Wir brauchen eine vernünftige Preispolitik und Ausgleichszahlungen für unsere ökologischen und gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Bund und Land sind gemeinsam für uns verantwortlich. Die Schuld einander in die Schuhe zu schieben, weil es zu wenig Mittel gibt, bringt wirklich nichts. Mit der alten Weisheit „Hat der Bauer das Geld, hat es die ganze Welt“ möchte ich auf die Notwendigkeit der Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft hinweisen. Die Steiermark braucht ihre Bäuerinnen, ihre Bauern und ihre bäuerliche Jugend auch in Zukunft. Danke schön für das Zuhören! (Allgemeiner Beifall. – 15.01 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (15.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst möchte auch ich unserem Landesrat Pörtl sehr herzlich danken für die Äpfel, die er uns zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube, sie kommen von seinem eigenen Bauernhof, er ist ja Obstbauer, nein? – aber zumindest aus der Nähe. Ich glaube, wir werden die Vitamine, den Vitaminstoß noch sehr gut brauchen können angesichts der Länge der Rednerliste. Ich würde aber – vielleicht breche ich da mit einer Tradition – darum ersuchen, daß vielleicht beim nächsten Mal so zur Alternative zu den Idared und zu den Golden Delicious vielleicht auch einmal ein Maschanker und ein Lederapfel dabeiliegen, weil es mir jetzt zum Beispiel recht helfen würde, ein bißchen über Qualität zu reden. Qualität ist nämlich eine Sache des Spürens von etwas, was man unmittelbar physisch auch mitbekommen muß.

Vielleicht hören wir uns zuerst einmal das an, was der Minister für Land- und Forstwirtschaft, der Herr Dipl.-Ing. Fischler, zu Qualität sagt. Er hat schon mehrmals öffentlich festgehalten, daß es für die österreichischen Bauern und Bäuerinnen nicht darum geht, in den quantitativen Wachstumsstreit einzutreten und diesen zu gewinnen, sondern vielmehr darum, zum „Delikatessenladen der Gemeinschaft“ zu werden. „Das bedeutet, daß dem zukünftigen enormen Konkurrenzdruck nur dann adäquat begegnet werden kann, wenn wir rechtzeitig die Weichen stellen, ein ökologisch verträgliches qualitatives Wachstum zu induzieren.“ Das aber ist eben der Springpunkt: was heißt das eigentlich Qualität? Was ist dieses qualitative Wachstum? Darüber gibt es halt manchmal Auffassungsunterschiede.

Qualität hat jedenfalls etwas mit Menge zu tun. Das klingt zwar wie ein Widerspruch, ich glaube aber, daß die Produktion von großen Mengen jedenfalls die Qualität senkt. Die Qualität steht in einem negativen Verhältnis zur Quantität. Das ist ein erster wichtiger Punkt, und aus diesem Grunde sind all die Ansätze – die in dieser Debatte bereits diskutiert worden sind – wegzugehen von einer mengenorientierten Förderung der Landwirtschaft, sehr, sehr sinnvoll und sollten auf

Landesebene im Bereich unsere Kompetenzen, der Landeskompetenzen, wirklich realisiert werden.

Zweitens: Qualität hat nicht nur etwas zu tun mit Schadstofffreiheit. Natürlich, als Chemiker, der ich bin, liegt das sehr nahe, und man denkt sehr viel darüber nach über die Schadstoffe in Lebensmitteln, in tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln. Allerdings würde ich wirklich da bescheiden sein und sagen, Lebensmittelqualität hat nicht nur etwas mit dieser Schadstofffreiheit zu tun, sondern in allererster Linie mit diesem sorgsamem Umgang mit dem Boden und mit den Tieren, die die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion sind.

Dieser sorgsame Umgang – was bedeutet das eigentlich? Es hat viel zu tun – da tue ich mir ein bißchen schwer als Naturwissenschaftler, der immer in Parametern denkt, immer in Meßgrößen denkt – mit der Beziehung der Bauern und Bäuerinnen zum Boden und zum Tier. Das ist etwas, worüber wir hier nicht sehr viel reden können als gesetzgebende Körperschaft, sondern das ist etwas, was man tatsächlich den Bauern und Bäuerinnen überlassen muß und wo man nur hoffen kann, daß es eine gute, eine neue gute Beziehung zu Boden und zu den Tieren gibt.

Qualität hat auch nicht in allererster Linie etwas zu tun mit dem makellosen Aussehen der Lebensmittel. Auch deswegen habe ich ein bißchen das Beispiel mit den Äpfeln angesprochen. Sie sind wunderschön, aber oft ist der Geschmack nicht so optimal wie er sein sollte. Oft – ich spreche nicht von den steirischen Äpfeln, mir ist sehr bewußt, daß ich dann Prügel beziehe, wenn ich das sage – ist es so, daß Gemüse und Obst aus dem Ausland in erster Linie, ja beim Obst ist es so, wie Zuckerwasser schmeckt und eben nimmermehr wie ein Apfel oder wie eine Birne.

Aus dem Grunde sollte man darüber mehr diskutieren, wie Lebensmittel schmecken. Das ist für mich das wesentlichste und das primäre Zeichen von Qualität. Ich glaube, daß es dabei auch sehr um die Erziehung der Konsumentinnen und Konsumenten geht. Wir haben in unseren Reihen einige, denen das ein besonderes Anliegen ist. Ich glaube, daß daraus sozusagen ein Auftrag für sie folgt, daß man mit den Konsumentinnen und Konsumenten mehr wieder darüber spricht und versucht, Aufklärung zu betreiben, einen Erziehungsprozeß einzuleiten, woran man Qualität eigentlich erkennt. Daß es nicht die optischen Kriterien sind, nicht die Krümmung – die berühmte – der Gurke es ist, an der man die Qualität der Gurke erkennen kann, sondern schlicht und einfach am Geschmack.

Wie kommt man jetzt zur Qualität bei gleichzeitiger Erhaltung der Umweltqualität und unserer Natur? Ich bin da nicht ganz der Meinung der Kollegin Frieb – sie ist jetzt leider nicht da –, daß die Bauern auf Grund dessen, weil sie auf der Basis von Natur und Umwelt ihre Produktion vollziehen, automatisch auf die Grundlagen ihrer Produktion achten. Ich fürchte, daß in den letzten 20, 30 Jahren eine Art von Landwirtschaft eingerissen ist und Platz gegriffen hat, die diese Grundlagen auch zerstören kann, nicht in jedem Fall natürlich. Ich glaube, daß es da viele positive Gegenentwicklungen gibt. Ich habe es vorhin mit dem Kollegen Kowald diskutiert. Das ist alles sehr erfreulich. Aber es geht mir auch um die Masse, und nicht nur um

die Avantgarde in der Bauernschaft, nicht nur um die Randerscheinungen.

Also, wie gesagt, die ersten Garanten der Qualität sind die Bäuerinnen und Bauern selbst, aber auch der Landtag hat einige Aufgaben und einige Instrumente zur Verfügung, die uns die Verfassung in die Hand gibt. Und unter anderem gibt es hier das Landwirtschaftsförderungsgesetz von 1976. Es muß schon einiges heißen, wenn man ein Gesetz hat von 1976 und seither keine Novellierung zustandegebracht worden ist. Das bedeutet nämlich, daß eben – was mir und der Monika Kaufmann, die wir uns das angesehen haben, aufgefallen ist –: keine ökologischen und umweltbezogenen und auf diesen Qualitätsbegriff bezogenen Aspekte sind in diesem Gesetz berücksichtigt. Ich glaube allerdings, wenn ich den Reden vom Kollegen Grillitsch, vom Kollegen Peinhaupt, vom Kollegen Kowald richtig gefolgt bin und wenn ich sie richtig verstanden habe, daß wir da tatsächlich gemeinsam eine umweltorientierte, naturorientierte Novelle dieses Gesetzes zuwege bringen werden.

Ganz kurz die wichtigsten Anforderungen, denen das neue Landwirtschaftsförderungsgesetz entsprechen soll:

Erstens: Hohe Produktqualität und verminderte Umweltbeeinträchtigung lassen sich gleichzeitig durch forcierten biologischen Landbau erreichen. Diese Form der Landwirtschaft im Einklang mit der Natur soll insbesondere durch direkte Zuschüsse, Unterstützung für Arbeitsgemeinschaften von Biobauern, intensive Beratung, aber auch durch Kontrolle gefördert werden.

Meine Damen und Herren, es gibt mittlerweile 661 Biobauern in der Steiermark. Ich persönlich verstehe sie wirklich als die Avantgarde in der Bauernschaft. Diese Leute legen sich selbständig und selbstbewußt Lasten auf, die fast übermenschlich sind unter diesen ökonomischen und ökologischen Bedingungen, unter denen Landwirtschaft stattfindet. Das sind die Bauern, denen ich an allererster Stelle Anerkennung zolle. Es ist nicht so, wie manche glauben mögen, daß ich überall im Bereich der Landwirtschaft versuche, ein Haar in der Suppe zu finden. Aber die Suppe ist mir zunächst einmal einfach zu dünn. Und darüber möchte ich sprechen, über die Sache selber. Es gibt mir einfach noch zu wenig Biobauern. Und aus dem Grund glaube ich, daß eine entsprechende Novellierung des Landwirtschaftsförderungsgesetzes ansteht, so daß diese Zahl, die mittlerweile im Steigen begriffen ist – da gibt es tatsächlich so etwas wie einen exponentiellen Anstieg –, wahrscheinlich weil die EG vor der Tür steht, verstärkt ansteigt. Allein über 300 Biobauern gibt es im Ennstal. Das erklärt vielleicht ein bißchen meine persönliche Sensibilität im Hinblick auf Straßenbauprojekte im Ennstal. Diese Bauern erlegen sich selbst auf, keinen Mineraldünger zu verwenden und keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel. Im Gegensatz dazu vielleicht: Derzeit werden 11.000 Tonnen mineralischer Dünger und zirka 5000 Tonnen Nitratdünger in die steiermärkischen Agrarböden eingebracht. Die Frau Kollegin Dr. Karisch hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Trinkwassergrenzwert für Nitrat stetig im Sinken begriffen ist. Bald wird der Grenzwert von 25 Milligramm pro Liter Gültigkeit haben. Die Nitrosamine, die aus

diesem Nitrat gebildet werden, sind krebserregende Substanzen. Da gibt es einen Grenzwert von 0,01 Milligramm pro Liter. Diese beiden Zahlen müssen wir gegenüberstellen, 5000 Tonnen werden eingebracht in die landwirtschaftlichen Flächen, Grenzwert 25 Milligramm pro Liter. Daraus ergibt sich für die Landwirtschaftsförderung und das entsprechende Gesetz eine klare Aufgabenstellung.

Ich komme zum zweiten Punkt unseres Novellierungsvorschlages: Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sichert einerseits den direkten Kontakt zwischen Produzenten und Konsumenten, ein hohes Anspruchsniveau hinsichtlich der Produkte, andererseits eröffnen sich für Bäuerinnen und Bauern durch das Wegfallen des Zwischenhandels Chancen für ein gerechteres Einkommen. Vor allem bäuerliche Organisationen zur Förderung der Direktvermarktung sollten Unterstützung finden.

Ich glaube tatsächlich, daß durch die Direktvermarktung gerade auf der Seite der Konsumenten sehr, sehr wichtige Lernprozesse in Gang gesetzt werden, Lernprozesse auch hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern, also dort, wo unsere Lebensmittel ihren Ursprung haben. Aber auch Lernprozesse hinsichtlich ökologischer Bedingungen, unter denen diese Produktion stattfindet. Ich glaube auch, daß verschiedene Ansprüche der Konsumentinnen und Konsumenten im Hinblick auf gesunde Lebensmittel dadurch an die Bauern herantgetragen werden könnten. Also: Wegfall des Zwischenhandels beziehungsweise auch Wegfall dieser Quersubventionierung, die es nunmal auch gibt bei Lebensmitteln – etwa daß die Butter durch die Milch subventioniert wird. Wobei ich den Einwand der Kollegin Frieß sehr, sehr ernst nehme, daß es durch diese Direktvermarktung nicht zu zusätzlichen Belastungen von Bäuerinnen kommen soll. Gerade aus dem Grunde sollte im Rahmen dieses Gesetzes die Förderung von bäuerlichen Organisationen, autonomen Organisationen und Verbänden zur Direktvermarktung explizit vorgesehen werden.

Ich komme zum dritten Punkt. Das ist ein Bündel, das in erster Linie umweltpolitisch orientiert ist.

Erster Punkt: Verstärkte Nutzung und Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Hier gibt es tatsächlich einige Fortschritte im Bereich der Biomasse. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig ist, einen kontinuierlichen Mittelzufluß in den Landesumweltsfonds sicherzustellen, um diese relativ hohen Investitionskosten zum Teil abdecken zu können und auf der anderen Seite innovative Projekte der Biomassenutzung gezielt fördern zu können. Im Bereich der Solarenergieförderung schaut es noch ein bißchen schlechter aus. Auch da, habe ich gesagt, gibt es ein Antragspaket von unserer Fraktion. Ich kann nur hoffen, daß es demnächst eine Direktförderung auch in bäuerlichen Bereichen geben wird. Ich glaube, daß wir das auch über dieses Gesetz initiieren könnten, wenn man sich anschaut, wieviel Strom – die teuerste und hochwertigste Energieform – in die Trocknung landwirtschaftlicher Produkte fließt, in diesem Bereich effizient Solarenergie zu nutzen.

Der zweite Punkt in diesem Ökopaket: Da geht es um den Einsatz dezentraler Formen der Abwasserbehandlung. Da sage ich nicht mehr viel dazu. Dazu ist

schon vom Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura einiges gesprochen worden. Auch da glaube ich, daß es in erster Linie um die Förderung von Pilotprojekten gehen sollte, und wiederum ist es der Landesumweltfonds, der als das Finanzierungsinstrument genutzt werden könnte.

Dritter Punkt, der Bereich Naturschutz: Schaffung und Erhaltung von Hecken, Rainen und Biotopverbänden. Da habe ich es mit einiger – ja fast – Verbitterung und Verärgerung zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Ökoflächenförderung, dieses Programm, das es im Bereich des Landwirtschaftsbudgets gibt, eingeführt worden ist auf 2,4 Millionen und diese Förderung praktisch schon im Vorhinein vergeben worden ist, bereits Verträge bestehen, die diese Mittel zur Gänze binden, so daß keine weitere Ausweitung dieser Flächen im heurigen Jahre möglich sein wird. Ich glaube, daß man aus diesem Grunde den Punkt der Schaffung von Hecken, Rainen, Biotopverbänden, ökologischen Ausgleichsflächen in dieses Gesetz aufnehmen sollte, um auch der Regierung für etwaige Verhandlungen im Zusammenhang mit neuen Budgets das Signal zu geben, daß es der Landesgesetzgeber jedenfalls wünscht, daß in diesem Bereich auch finanzielle Schwerpunkte gesetzt werden.

Und der vierte und letzte Punkt: Es geht um das Anlegen einer permanenten Gründecke auf Feldern, da sich herausgestellt hat im Rahmen der landwirtschaftlichen Versuchstätigkeit, daß das ein sehr, sehr probates Mittel ist, das Nitratproblem zu verringern.

Nicht nur das Einbringen von Nitrat auf den landwirtschaftlichen Flächen beziehungsweise die Verminderung des Einbringens kann da dieses Problem lösen, sondern es muß im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Flächen zu einer Änderung kommen. Es geht darum, so etwas wie eine Immergrünkultur in der Steiermark einzuführen und dauerhaft zu machen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 15.17 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der „männliche Kaufmann“.

Abg. Ing. Kaufmann (15.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, daß der Herr Präsident auch am Äußeren meine Kollegin und mich unterscheiden kann, denn auch in der Meinung sind wir nicht immer einer Sache. Aber trotzdem möchte ich zu den heutigen Agrardebatten einige kurze Anmerkungen finden.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Agrardiskussion, daß wir Bauern zur Erhaltung einer bäuerlichen Landschaft, zur Erhaltung einer lebenswerten und lebenswerten Umwelt und zur Erhaltung von Nahrungsmitteln, die es wert sind, gegessen zu werden, brauchen. Genauso zieht es sich auch durch die Diskussion, daß wir ein gewisses Unbehagen verspüren – je nach politischem Standpunkt und Ansicht zum Bauernstand mehr oder weniger stark ausgeprägt – über die Situation der Landwirtschaft.

Ich glaube, um diese Situation etwas aufzulisten, müssen wir einige Fakten sachlich diskutieren. Fakten, die einmal unsere Umgebung außerhalb Österreichs betreffen, das ist das politische Umfeld der

Agrarpolitik in Europa. Wir wissen um die geänderten Verhältnisse im Osten, wir wissen um die Veränderungen im Westen, und wir wissen auch, daß wir vor der Frage stehen: Wie geht es mit der österreichischen Wirtschaft, mit Österreich, mit der österreichischen Agrarpolitik weiter? Nehmen wir an einem gemeinsamen Markt teil oder nehmen wir nicht teil? Wenn ich also in einigen Entwürfen zu einer zukünftigen Agrarpolitik lese, daß die Zukunft einer Agrarpolitik sozialorientiert, regional ausgewogen, ökologisch verträglich, marktorientiert und bäuerlich sein soll, da sind sehr viele Begriffe in die Landwirtschaft hineininterpretiert, die ich etwas hinterfragen möchte.

Beginnen wir beim Begriff „marktorientiert“. Was bedeutet Markt? Markt ist ein Platz, an dem ich Ware verkaufe und wo sich durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage der Preis regelt. Markt setzt also voraus, daß ich Ware habe. Ist Landwirtschaft eine Ware? Aber eines ist sicher, wir haben uns in vielen Bereichen nach dem Markt orientiert. Wir bieten Qualität an, Kollege Dipl.-Ing. Getzinger hat sie angesprochen. Ich nenne nur Schlagworte – integrierte Produktion im Obstbau, die alternativen Haltungsformen in der Tierhaltung – aber eines, Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, haben Sie dazuzusagen vergessen: Wir Bauern sind sofort bereit, diese Qualität im nicht nur Avantgardestil anzubieten, sondern breitflächig, wenn der Konsument bereit ist, dafür den Preis zu bezahlen, den wir bekommen müssen, um davon leben zu können.

Dasselbe gilt auch für das Schlagwort „bio“. Ich bin sehr froh, wenn ich keinen Handelsdünger verwenden muß, aber ich muß meine Ertragsminderung durch einen erhöhten Preis abdecken können. Ein Beispiel aus unserem Raum: Ein Betrieb, ich sage Gott sei Dank ein Gewerbebetrieb, hat ein Pilotprojekt mit Volierenhaltung der Legehennen versucht. Legehennen, das ist ungefähr des Teufels Großmutter für jeden Konsumentenschützer. Was war der Erfolg? Nur 20 Prozent der gelegten Eier konnte er zum erhöhten Preis absetzen, die übrigen 80 Prozent mußte er zu jenem Preis absetzen, der in der Batterie erzielt wurde, und damit wäre er als bäuerlicher Betrieb zum Sterben verurteilt gewesen. Der Konsument muß bereit sein, für jene Ware, die er fordert, auch jenen Preis zu bezahlen, der es uns ermöglicht, sie herzustellen.

Das Zweite: Markt beinhaltet Menge. Die Menge haben wir reduziert, denken wir nur an die Milch. Wir sind von 130 Prozent Inlandsversorgung auf derzeit 111 Prozent und haben sogar schon leichte Versorgungsengpässe, weil ungefähr bei 114 Prozent der Label liegt, um eine Dauerversorgung zu haben. Wir Bauern haben uns eingeschränkt, aber mit welchem Erfolg? Daß das Agrarhandelsbilanzdefizit in den letzten Jahren von einer Milliarde auf 10 Milliarden Schilling angestiegen ist.

Ich nenne nur runde Summen, ist einfacher. Das heißt also, die Rücknahme der Menge, die Eigenbeschränkung bei uns, hat uns nichts gebracht, weil um die rückgenommene Menge mehr importiert wurde. Was wir schon lange forderten und was leider nie durchsetzbar war, weil eben sozialistische Minister, zum Beispiel Handelsminister Staribacher damals, gegen Schwerpunktzollämter war, gegen eine Kontingentierung der Importe war, und wir haben an

der Grenze dagegen demonstriert, obwohl ein schwarzer Landwirtschaftsminister da war, Herr Kollege Vollmann – der leider nicht da ist.

Das Nächste ist der Preis. Markt heißt auch Preis. Nun frage ich, von welchem Preis gehen wir aus? Von jenem Preis, der Erzeugungskosten abdeckt, von jenem Preis, der als regulärer Verkaufspreis mit einem gewissen Gewinn gestaltet ist, oder von ausgleichsorientierten Interventionspreisen? Denn wirtschaftlich gesehen sind Weltmarktpreise ausgleichsorientierte Interventionspreise, die nur einen Preis darstellen, um ein Abfallprodukt dem anderen zu unterjubeln. Was ist die Preisbasis? Ich glaube, das ist der springende Punkt. Wenn ich daher im SPÖ-Entwurf zum Landwirtschaftsgesetz lese, daß die agrarische Produktion marktorientiert auszurichten sei, um volkswirtschaftlich problematische Überschüsse abzubauen, dann stelle ich hinter diese Formulierung nicht nur ein Fragezeichen, sondern sehr viele, da sie mir zu nebulös erscheint. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Reden Sie doch über die Landeskompetenzen, nicht über die Bundeskompetenzen!“) Ich komme schon dazu! Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger, ein Schlagwort, das sich durch die Diskussion zieht, ist die Direktförderung. Direktförderung soll den Einkommensverlust der Bauern ausgleichen, den wir durch verminderte Preise bekommen. Ich stimme dem zu, ich bin sehr froh, obwohl ich das Problem der Direktförderung im psychologischen Moment des Bauern kenne, der sich sehr schwer tut damit, plötzlich erkennen zu müssen, daß er auch für die Pflege der Landschaft bezahlt werden soll. Aber noch schwieriger wird es für mich, wenn ich im Entwurf unter Paragraph 2 lese: „Der Bund kann unter Bedachtnahme auf die im Paragraph 1 genannten Ziele bäuerliche Betriebe fördern.“ Kann unter Bedachtnahme durch produktionsneutrale direkte Einkommenszuschüsse, durch weitere Maßnahmen unter der Voraussetzung fördern, daß andere Gebietskörperschaften – ich interpretiere Länder, Gemeinden oder sonst irgendwer – für denselben Zweck Mittel bereitstellen.

Und drittens die Gewährung von Bundeszuschüssen gemäß Zahl 2 hat weiters zur Voraussetzung, daß dadurch die Ziele gemäß Paragraph 1 besser erreicht werden können als auf der Ebene der übrigen Gebietskörperschaften. Wenn ich also diesen Paragraph 2 interpretiere, dann heißt das, daß wir die versprochenen Direktzahlungen bekommen können, aber nicht müssen. Das ist für uns eine sehr laxe Formulierung, der wir nicht ganz glauben. Denn als gelernte Österreicher wissen wir, daß oft sehr viel versprochen wurde, das später nicht gehalten hat. Gehen wir also weiter in diesem Unbehagen, dann zeigt sich natürlich ganz klar, daß, wenn man solche Landwirtschaftsgesetzesentwürfe vorgelegt bekommt, ein jeder junge Hofübernehmer sich fragt, hat es noch einen Sinn, Bauer zu werden? Ich darf hier schon Ergebnisse der bisherigen Agrarpolitik der ÖVP mit einem Satz herausstreichen. Wäre die ÖVP-Agrarpolitik so schlecht, wie sie dargestellt wurde, dann würden wir mit Freude in die EG hineinrennen. Tatsache ist, daß es den EG-Bauern weit schlechter geht als uns. Das heißt, daß der von uns in der österreichischen Agrarpolitik eingeschlagene ökosoziale Weg der richtige war. Und die EG beginnt ja darüber bereits nachzudenken. Das

Nachvollziehen wird etwas schwierig sein. Denn wir wissen ja, daß es ein menschliches Problem ist, Erkanntes, auch wenn es richtig ist, in die Tat umzusetzen.

Noch ein paar Worte zu dir, liebe Monika. Monika, du hast die Bäuerinnenpension angeschnitten und hast gesagt, die dient nur dazu, die Sozialversicherungsanstalt der Bauern zu sanieren, wenn ich dich richtig verstanden habe. Ich bin eigentlich betrübt, denn dein Mann übt einen Zweitberuf aus. Du bist höchstwahrscheinlich mit ihm im ASVG mitversichert und bist daher versicherungsrechtlich keine eigene Persönlichkeit, so wie es den meisten – (Abg. Dr. Wabl: „Sie ist eine starke Persönlichkeit!“) versicherungsrechtlich, Herr Kollege Dr. Wabl! Das Nachwort habe ich betont!

Und daher, liebe Monika, ist der große Vorteil der Bäuerinnenpension, daß die Bäuerin zum Ersten als eigener Berufsstand anerkannt wurde, auch wenn wir eigentlich viel mehr für die – (Abg. Peinhaupt: „Die Bäuerin ist als Einheitswert des Betriebes anerkannt worden!“) So würde ich es nicht formulieren!

Ein Computerzeitalter hat es in sich, daß auch der Bauer eine Versicherungsnummer ist, Herr Kollege Peinhaupt, gleich wie die Bäuerin. Nur, liebe Monika, wir hätten sehr gerne viel mehr herausgeholt, nur leider hat der Herr Sozialminister dem nicht zugestimmt. Ich glaube daher, daß wir dieses Beginnen einer eigenen Pension für eine Berufsgruppe, wie sie die Bäuerin ist, nicht unbedingt so negativ darstellen, sondern es als positiv bewerten sollten. (Abg. Kaufmann: „Es geht um die Betriebe, die belastet werden!“) Über die Beitragsgrundlage könnten wir lange diskutieren. Wir haben zig Modelle durchgerechnet, es gibt, wie überall im Leben, Plus und Minus. Wenn du die Negativbeispiele herausnimmst, gebe ich dir recht, genauso könnte ich dir Positivbeispiele aufrechnen, in Summe, nachdem die Beitragsgrundlage halbiert wird, wird es auf dasselbe hinauskommen.

Ich glaube also, wenn wir Resümee ziehen, dann müssen wir eines sagen: Wir Bauern haben eine Chance, in einem gemeinsamen europäischen Markt unter einem veränderten Umfeld unsere Höfe weiterzubewirtschaften, unter einigen Voraussetzungen. Eine dieser Voraussetzungen wäre, daß wir vielleicht – das sage ich ganz bewußt – in der Zukunft mehr betriebswirtschaftlich denken müssen. Du weißt, was ich meine, Monika – erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wir werden von der öffentlichen Hand mehr Verständnis für unsere Minderheit verlangen müssen. Wir dürfen also nicht damit zufrieden sein, daß Bauern als Almosenempfänger hingestellt werden. Und in diesem Sinne darf ich den schon oft zitierten Dank an das Land Steiermark aussprechen, das 105 Millionen Schilling mehr im Landesbudget hat. Ich würde hoffen, der Bund macht dasselbe.

Und drittens, wir müssen Mut fassen. Mut, auch in der Zukunft Bauer zu sein, die Probleme anzupacken, sie gemeinsam anzupacken, dann werden wir sie auch bewältigen für uns und unsere Kinder! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.33 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Wenn die restlichen in der Gruppe 7 vorgemerkten Redner, insgesamt 24, dieselbe Redezeit beanspruchen wie der Herr Kollege

Ing. Kaufmann, dürften wir noch etwas mehr als fünf Stunden das Vergnügen haben, den Abgeordneten zur Gruppe 7 zuzuhören.

Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm der Herr Kollege Alfred Prutsch.

Abg. Ing. Kinsky (15.33 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Präsident! Ich nehme Ihre Worte ernst, ich werde mich kurz fassen. Ich glaube aber, wenn wir gestern sehr ausführlich diskutiert haben über unsere Umwelt und alle Wortmelder ihre Sorge über die Umwelt geäußert haben, dann spannt sich ein Bogen zu dem, was ich jetzt sagen möchte, nämlich einige Bemerkungen zu unserem steirischen Wald, der – und dessen sollten wir uns bewußt sein – ja die Grundvoraussetzung für unser gesundes Leben ist, denn er stellt den natürlichen Filter für uns Menschen dar. Und schließlich und endlich haben wir in der Steiermark 60,5 Prozent unserer Fläche mit Wald bedeckt, und die Urproduktion dieser Forste verschafft insgesamt, das wird oft nicht beachtet, in der weiteren Verarbeitung in der Forstwirtschaft rund 130.000 Menschen in diesem Land einen Arbeitsplatz. Um auch die Wertschöpfung zu erkennen: laut Forstbericht hat die steirische Forstwirtschaft im vergangenen Jahr insgesamt 3,24 Millionen Festmeter Holz eingeschlagen. Das ergibt einen Bruttoproduktionswert von 3 Milliarden österreichischen Schilling. Und österreichweit steht die Forstwirtschaft an zweiter Stelle des Devisenüberschusses hinter dem Fremdenverkehr. Auch unsere Zahlungsbilanz wird deswegen maßgeblich von der Forstwirtschaft positiver gestaltet.

Kurz zu ein paar Problemen, die die Forstwirtschaft heute auch in der Steiermark beschäftigt. Die Forstinventur, die nun vorliegt für die Jahre 1986/90, weist aus, daß die steirischen Forstwirte wie in der Vergangenheit hervorragend gewirtschaftet haben. Der Zuwachs des stehenden Holzes ist in den letzten fünf Jahren in der Steiermark um 9 Millionen Festmeter stehenden Holzes gestiegen, das heißt, die steirischen Forstwirte ernten weit weniger Holz als Zuwachs, es wird also äußerst nachhaltig gewirtschaftet.

Probleme gibt es im Bereich des Schutzwaldes, der insgesamt 160.000 Hektar in der Steiermark ausmacht. 300.000 Hektar dieses Schutzwaldes liegen in der Dringlichkeitsstufe 3 zur Sanierung. Was bedeutet das? Diese Schutzwälder sind über 140 Jahre alt, weisen überdurchschnittliche Blößen bereits auf und drohen zusammenzubrechen. Sie liegen weiters in Regionen neben Wildbächen oder wo öffentliche Straßen verkehren und im Tal Wohnungsregionen sind.

Wir stehen nun in der Forstwirtschaft vor dem großen Problem, daß diese 30.000 Hektar Sanierung zirka 3 Milliarden Schilling kostet, und dies kann die Forstwirtschaft allein nicht gestalten. Ich möchte deswegen den Appell richten an den Herrn Landesrat Ing. Ressel, wenn wir für zukünftige Budgets hier auch Positionen brauchen, dies zu berücksichtigen. Denn würden wir diese Schutzwälder nicht sanieren, dann würden die Folgeschäden in der Natur und für die Menschheit weit größer sein als die öffentlichen Mittel, die wir hier benötigen.

Zu den Schäden, die wir im Wald vorfinden:

Erstens Wildschäden: Laut Forstinventur wird festgestellt, daß 7,6 Prozent unseres Holzvorrates vom Wild geschädigt sind, nach wie vor eine beachtliche Menge, aber es wird gleichzeitig festgestellt, daß die Wildschäden in der Stammzahl abnehmen, es hat sich also der höhere Abschluß der Jägerschaft bezahlt gemacht.

Ich glaube, wir sollten auch hier einmal der steirischen Jägerschaft einen Dank aussprechen, daß sie die Problematik der Waldschäden erkannt hat und uns hier hilft, die Schäden hintanzuhalten.

Zweiter Punkt: Die beachtliche Menge von 19,5 Prozent unseres Waldes weist Ernte- und Steinschlagschäden auf. Ich danke hier dem Herrn Landesrat Pörtl für seine Initiative, in Zukunft den Einsatz von Pferden bei der Holzdurchforstung zu fördern. Deswegen sage ich das, weil sich herausstellt, daß es von den Forstwirten sicherlich ein Fehler war, mit gigantischen Maschinen in die Holzerte zu gehen, und diese Erkenntnis ist bei allen Forstwirten heute durchgedrungen. Wir brauchen also wieder pflanzenschonende Erntemaßnahmen.

Nächster Punkt: Umweltschäden. Wir haben in der Steiermark bei 2000 Bäumen ein flächendeckendes Bioindikatorennetz, das die Schwefelgrenze mißt. Nur 20 Prozent unserer gesamten Waldfläche weisen normale Schwefelwerte auf, alle anderen erhöhte, und 7,1 Prozent der Waldfläche Grenzüberschreitungen nach der Forstverordnung. Wir müssen also die dringende Bitte an alle Industriestellen richten, die die Hauptverursacher des Schwefelausstoßes sind, den weiter zu verringern.

Letzter Punkt der Holzwirtschaft: Ich muß Sie darauf hinweisen, daß unser Holzmarkt sich derzeit in einer äußerst angespannten Situation befindet. Der Holzexport ist nur mehr mit äußerster Mühsal aufrechtzuerhalten, und im Inland entsteht eine große Konkurrenz. Es ist zu befürchten, daß im Laufe dieses Jahres und im nächsten Jahr eine ganze Reihe von mittleren und kleineren Sägewerken schließen wird müssen, und das wollen wir Forstwirte nicht. Denn wir fürchten, es könnten dann nur die Giganten übrigbleiben, und die würden uns ähnlich schlecht behandeln wie die Papierindustrie, nämlich mit Preisdiktaten.

Und letztlich zum Abschluß, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich vier Vorschläge einbringe in diesen Raum, die kein Budget belasten, weder das Landesbudget noch das Bundesbudget. Ich sage das mit Absicht, weil mir irgendwo manchmal die Sinnhaftigkeit abgeht, wenn wir alle wissen, wie angespannt das Budget ist – und hier wende ich mich auch an die freiheitliche Fraktion, die ja sicherlich mit Berechtigung diese angespannte Situation besonders herausgestrichen hat –, aber gleichzeitig bringen wir eine Anzahl von Anträgen hier in das Hohe Haus ein, und wenn ich mir diese hochrechne, es sind Milliardenbeträge notwendig, um sie in Erfüllung zu bringen.

Erster Vorschlag:

Wir brauchen in der Steiermark eine holzfreundliche Bauordnung, kostet nichts. Wir lassen derzeit im Holzwirtschaftsrat eine schriftliche Expertise ausarbeiten, Unterschied zwischen der Vorarlberger und der steirischen Bauordnung. Deswegen, weil die Vorarl-

berger Bauordnung die holzfreundlichste in Österreich ist. Es ist nicht einzusehen, daß die Steiermark als holzreichstes Bundesland die mit Abstand holzfeindlichste Bauordnung besitzt.

Zweiter Vorschlag:

Ich ersuche die Landesregierung, auf den Herrn Finanzminister, der das oberste Aufsichtsorgan des Versicherungsverbandes ist, dahin gehend einzuwirken, daß unsere Versicherungen Holzbauten in den Prämien nicht nach wie vor noch benachteiligen. In ganz Europa stehen wir hier allein da, daß unsere Versicherungen Holzbauten in der Prämiengestaltung benachteiligen.

Dritter Vorschlag:

Ich habe hier mit der Agrarabteilung Bautechnik bereits Gespräche geführt, und es freut mich, daß ich die Nachricht bekommen habe, daß hier Versuche ad hoc angestellt werden. Dahin gehend, daß ich glaube, daß wir bei den landeseigenen Maschinen einmal als Pilot alle Hydraulikgeräte mit Bioöl zu betreiben haben. Technisch ist das möglich. Ich habe bereits die Erkundigung bekommen, daß die Abteilung Iie-Agrartechnik bei den Produktionsfirmen der Baumaschinen ein grünes Licht für so etwas bekommen hat. Wir in der Forstwirtschaft haben ab 1. Mai dieses Jahres die Verordnung, daß nur mehr Biokettenöl bei den Motorsägen benützt werden darf. Ich weiß, daß am Anfang auch die Forstwirtschaft gejammert hat, daß das Bioöl teurer ist wie das herkömmliche. Nachgewiesen ist aber, daß in der gesamten Unkostenkalkulation diese Beträge keine Rolle spielen. Wenn man nämlich überlegt, wieviel Baumaschinen allein im Wasserbau tätig sind und wie oft es passiert, daß dort ein Hydraulikschlauch platzt, dann sieben bis acht, zehn Liter Öl ad hoc in das Wasser sausen, müßten wir hier für die Umwelt etwas tun. Bioöl einsetzen, und damit bekommen wir in der Landwirtschaft weitere Flächen für Bioölproduktion.

Letztlich, und hier appelliere ich an die Sozialdemokraten, vor allem an die Damen und Herren, die Einfluß auf den Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer haben. Wir brauchen für die Bauernschaft speziell für Spezialkulturen eine generelle Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Ich sage das deswegen, weil ich aus einer Region komme, wo das Zentrum des Obstbaues liegt und auch ein Zentrum des Gemüsebaues, sprich Chinakohl.

Wenn Sie heute einem dort tätigen Bauern schlecht gesinnt sind, können Sie ihn im Zuge der Ernte jederzeit anzeigen. Warum? Weil er mehr oder weniger illegal nach Jugoslawien fährt, weil er es nicht anders kann, er muß sich dort Arbeitskräfte holen. Ich bin der letzte, der sagt, wir brauchen Ausländer, wenn wir österreichische Arbeitskräfte haben. Aber weder in der Gemüseernte noch in der Obsternte finden wir eine Dame oder einen Herrn in Österreich, der bereit ist, diese Arbeit zu tun, und die übliche Bürokratie, bis ich die Genehmigung bekomme, ist viel zu langwierig. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß heute jeder deutsche Obstbauer nicht gefragt wird, wieviel Türken, Rumänen oder welche Nationalitäten er anstellt. Er kann anstellen, wen er will, und er braucht sie nur anmelden, und dann sind sie unfallversichert, auch diese Gefahr ist dann beseitigt.

Ich glaube, das sind Vorschläge, die das Budget nicht belasten und die mit etwas gutem Willen für unsere Bauernschaft durchzusetzen sind. Ich danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 15.46 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Wenn jeder sich an die Redezeit des Kollegen Ing. Kinsky halten würde, würden wir tatsächlich ungefähr eine dreiviertel Stunde weniger brauchen.

Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Kollege Alfred Prutsch. Nach ihm der Herr Kollege Wabl.

Abg. Alfred Prutsch (15.46 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich spreche nur einen Punkt an: ländlicher Wegebau. Hier hat das Land Steiermark sehr früh erkannt, daß hier die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen draußen in den Gemeinden, daß für die Erhaltung hier keine öffentlichen Mittel vorhanden sind, außer Bedarfszuweisung in dem einen oder anderen Fall seitens des Landes. Das österreichische ländliche Wegenetz beträgt 66.000 Kilometer, davon liegen 23.000 Kilometer in der Steiermark. Von diesen 23.000 Kilometern sind 13.000 Kilometer ausgebaut, 10.000 warten noch darauf. Und man muß wirklich alle Bestrebungen dahin gehend ausrichten, den Bund hier in die Erhaltung miteinzubinden, weil es eben bundesgesetzliche Regelungen gibt, die das Benützen dieser Straße dann voraussetzt. Ich glaube, daß hier die Fachabteilung Iie mit ihren Beamten daran arbeitet, ein Förderungsmodell zu erarbeiten. Es wird diskutiert das Salzburger Modell, wo Bund, Land und Gemeinden miteingebunden werden. Ich glaube, das ist nicht immer zu vergleichen, weil Salzburg weit weniger Wege hat als die Steiermark und daher auch größere Beträge herauskommen würden. Meine Forderung wäre, den Bund miteinzubeziehen für die Erhaltung der Straßen im ländlichen Raum, das ländliche Wegenetz. Ich glaube, das muß unser gemeinsames Interesse sein, und darum bitte ich Sie. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 15.48 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster Redner ist der Herr Kollege Dr. Wabl gemeldet. Nach ihm der Herr Kollege Tasch.

Abg. Dr. Wabl (15.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde dem Herrn Kollegen Prutsch nacheifern, werde versuchen, mich auch an die Redezeit zu halten; nur ein paar Gedanken zur Landwirtschaft. Ich möchte gleich vorausschicken, der Kollege Riebenbauer hat es mir gesagt, ich komme nicht aus der Landwirtschaft, aber ich glaube, daß sich die Meinung durchgesetzt hat, daß die Landwirtschaft uns alle angeht, weil wir alle von der Landwirtschaft leben, und hier hat doch ein Umdenken stattgefunden. Es hat ja lange Zeit die Einstellung gegeben, die Landwirtschaft sei die Angelegenheit der Bauern oder der Genossenschaften – heute wissen wir, daß unsere Zukunft und unser Leben und die Zukunft unserer Kinder davon abhängt. Ich möchte nur einen Satz zum möglichen oder bevorstehenden EG-Beitritt sagen. Ich sage das hier aus ehrlicher Überzeugung, daß ich persönlich beim jetzigen

Wissensstand, den ich habe, gegen den EG-Beitritt bin und stütze mich auch auf das, was der Herr Kollege Riebenbauer gesagt hat, daß wir in der Landwirtschaft in Österreich, unter dem Strich gesehen, einen Weg gegangen sind, vor allem in den letzten Jahren, wo wir von der Überproduktion, von der Verwüstung der Landschaft abgegangen sind, wo wir eine qualitative Steigerung erreicht haben. Ich sage das auch, warum ich hier ganz persönliche Schlüsselerlebnisse habe. Das ist ein Grund, die Entwicklung der Landwirtschaft und die Gefahren für die Landwirtschaft, die von allen – dort wie da – zugegeben werden. Aber es gibt noch andere Gründe, warum ich gegen den Beitritt bin. Sie werden sich vielleicht noch erinnern, es war vielleicht am selben Abend in den Nachrichten im Fernsehen, auf der einen Seite in Frankreich Bauern, die Schweinehälften aus den Kühlhäusern herausgeholt und verbrannt haben, weil sie Angst gehabt haben, daß der Preis bei einem Überfluß in den Keller fällt. Wir leben eben in einer Überflußgesellschaft, wo es zuviel gibt. Und am selben Abend vielleicht war das damals, Bilder aus Albanien, aus Moskau, wo die Menschen sich angestellt haben, sich kilometerlange Schlangen gebildet haben, damit sie ein Stück Brot bekommen! In Albanien haben sich Menschen gegenseitig niedergetrampelt, Tote, Schwerverletzte, damit überhaupt ein Bissen Brot ins Haus gebracht werden kann. Und diese Situation, die manchmal all diese Widersprüche aufzeigt, hat mich veranlaßt, daß ich bei der derzeitigen Situation ein Nein zur EG sage. Und zweitens, ich habe vor kurzem einmal die Verordnung zur Güte der Gurken im EG-Raum in der Hand gehabt, wie Gurken beschaffen sein müssen. Angeblich hat diese Verordnung 100 Seiten, wo das genau katalogisiert ist, jedenfalls ist das fast ein Buch. Mir ist schon bewußt, daß in Brüssel viele Bürokraten sitzen, die sich Gedanken machen müssen, wie sie auch die Zeit verwenden. Aber wenn das die Zukunft der Landwirtschaft ist, daß wir von dem weggehen wollen, wo man hier derartige Reglementierungen vornimmt, dann habe ich Angst davor, und daher wiederhole ich noch einmal, daß ich skeptisch genug bin im Interesse unserer Landwirtschaft, aber im Interesse der gesamten Bevölkerung. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.52 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Kollege Tasch. Nach ihm Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Tasch (15.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege hat sich nach meinem Motto gehalten: „Tritt frisch auf, mach's Maul auf und hör' bald auf!“ Ich bin froh, daß diese Floskel bereits gut angekommen ist.

Die österreichische Landwirtschaft steht vor einer der größten Herausforderungen, war schon immer die Situation des Bauern eine besondere, wenn auch keine leichte. So steht die Bauernschaft von heute vor Aufgaben und Problemen, die sie ungemein belastet und vor schier unlösbare Aufgaben stellt. Noch nie zuvor in der Geschichte waren Österreichs Bauern wohl so unmittelbar mit einer Vielzahl internationaler Entwicklungen so hautnah betroffen, konfrontiert. Und da

möchte ich sagen, da habe ich einen Vers gelesen, der paßt so gut auf die Freiheitlichen, und darum fällt mir das gerade ein: „Der Apfel ist rosarot, inwendig faul, bei den Freiheitlichen ist es gerade so, das Beste ist das Maul!“ Viele Gründe haben die Bauern in dieses Dilemma geführt. Zum einen ist die Frage eines angepeilten EG-Beitritts, die bei den Bauern große Sorgen und Befürchtungen hervorruft. Skepsis, Unsicherheit und große Angst sind es, die einen fruchtbaren Boden für Bedrohungsbilder der unterschiedlichsten Art darstellen. Die agrarindustrielle Dampfwalze werde uns überrollen; die bäuerliche Struktur sei in Gefahr; nur mehr bäuerliche Großbetriebe haben eine Chance, ein gewaltiges Bauernsterben wird einsetzen, hat bereits eingesetzt; unsere Bauern müßten mit holländischen und norddeutschen Großbetrieben konkurrieren; unsere Märkte würden mit Billigprodukten und Lebensmittelimitaten überschwemmt. Diese Verunsicherung geht quer durch die gesamte Bauernschaft, ist so arg und läßt viele Bauern verzweifeln – im Durchschnitt geben heute zwei Bauern pro Tag ihren Betrieb in der Steiermark auf. Und das hat mehrere Ursachen. Den Bauern wird in den letzten Jahren ständig Angst eingeflößt, sie werden mit Beispielen konfrontiert, die mit unseren Verhältnissen und unserer Struktur aber überhaupt nichts gemeinsam haben. Die Riesenbetriebe mit einer Mindestkuhanzahl von 60 Stück im Norden Deutschlands oder in Schweden wurden als Drohbild hingestellt. Starke Einkommensverluste bei Milch und Fleisch, Getreide, Einkommenseinbußen insgesamt in der Größenordnung von minus 30 bis 40 Prozent. Es muß wohl allen klar sein, daß bei derartigen Horrorziffern und ständigen Negativwerbungen die Bauernschaft und in weiterer Folge die Bauernjugend es mit der Angst zu tun bekommt. Hier aber möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen, daß auch wir selbst als politischer Mandatar und als bäuerlicher Interessenvertreter große Schuld an dieser Entwicklung tragen. Es kann doch nicht angehen, daß bäuerliche Interessenvertreter bei allen nur denkbaren Anlässen ständig nur auf die negativen Auswirkungen eines EG-Beitritts hinweisen, selten oder gar nie darüber reden, was es für die Bauernschaft bedeuten würde, würde Österreich außerhalb dieses 270 Millionen Menschen umfassenden Wirtschaftsraumes stehen. All diese Fakten müssen ganz einfach dazu führen, daß die Verunsicherung innerhalb der Bauernschaft ständig wächst und niemand mehr so richtig weiß, wie er sich verhalten soll.

Eine große Bedeutung kommt in dieser Hinsicht unseren Landwirtschaftsschulen zu. Auch hier muß sich in der gesamten Ausbildung vieles ändern, das heißt, in vielen Schulen hat sich auch bereits so manches verändert. Es wird in Zukunft, meine Damen und Herren, nicht mehr genügen, rein fachlich hochqualifizierte Bauern auszubilden, sondern den jungen Menschen muß ein umfangreiches theoretisches und praktisches Wissen in möglichst vielen Bereichen vermittelt werden.

Der Anteil der Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbauern nimmt Jahr für Jahr zu. In vielen Gebieten unseres Landes hat die Zahl der Zu- und Nebenerwerbsbauern bereits die 90-Prozent-Marke weit überschritten. Dies bedeutet aber, daß es zuwenig ist, wenn unsere Jugend in den Fachschulen schwer-

punktmäßig landwirtschaftsorientiert unterrichtet wird. Es wird dringend notwendig sein, diesen jungen Menschen auch die Möglichkeit des Erlernens eines oder mehrerer qualifizierter Zweitberufe zu ermöglichen.

Diesen Nebenerwerb hat es auch in den vorigen Jahrhunderten bereits gegeben und ist also nichts Neues für unsere Landwirtschaft. Dies deuten die Vulgonamen im oberen Ennstal an, wie zum Beispiel Wagner, Schmied, Weber, Müllner und so weiter. Hier haben wir in unseren steirischen Fachschulen eine Vorreiterrolle eingeschlagen. Seit einigen Jahren haben die Schüler der steirischen Fachschulen die Möglichkeit, sowohl in Land- und Forstwirtschaft gründlich ausgebildet zu werden, als auch während der Schulzeit auf die Erlernung eines qualifizierten Zweitberufes vorbereitet zu werden.

Dies hat bereits die Fachschule Gröbming aufgenommen. Hier gibt es die Möglichkeit, zwischen zwei und drei Fachrichtungen zu wählen. Ich hoffe, daß mehrere Fachschulen dieses Modell übernehmen werden. Der Vorteil dieser umfassenden Ausbildung in unseren Fachschulen liegt darin, daß die bäuerliche Jugend, die eben zum Großteil in späteren Jahren einen anderen Beruf ergreifen muß, die Voraussetzungen für die Berufswahl in der Fachschule vermittelt bekommt. Ein Übereinkommen mit der Handelskammer ermöglicht es, daß diesen Mädchen und Burschen insgesamt ein Lehrjahr ihres angestrebten Berufes erlassen wird.

Dies ist umso notwendiger, als dadurch – wie es bisher so oft der Fall war –, daß Zu- und Nebenerwerbsbauern auf Grund der geänderten Situation mit ihren Höfen allein nicht mehr das Auslangen finden und sich um zusätzliche Einnahmequellen umschauen müssen, dann nicht lediglich als Hilfsarbeiter irgenwo einen Zuerwerb suchen müssen. Ein erlernter Beruf in Verbindung mit einer gründlichen landwirtschaftlichen Ausbildung ermöglicht ihnen nicht nur eine andere Lebensqualität auf ihrem Arbeitsplatz, sondern ist auch ein wesentlicher Schritt zur Erhaltung unserer bäuerlichen Kulturlandwirtschaft.

Es wird daher eine der wesentlichen Aufgaben von uns Politikern, aber auch von allen Interessenvertretern in den Medien sein, der Bevölkerung in den nächsten Jahren die Bedeutung einer flächendeckenden Landwirtschaft näherzubringen. Wir wissen beispielsweise heute, daß der Fremdenverkehr in Österreich der Devisenbringer Nummer eins ist. Dies alles wird als Selbstverständlichkeit hingenommen. Niemand aber kümmert sich darum, wer die Voraussetzungen für diesen florierenden Fremdenverkehr setzt. Kaum jemand weiß, daß eine weitere Aufrechterhaltung nur dann möglich ist, wenn auch die Landschaft, in die die Gäste reisen, liebenswürdig, reizvoll und gesund erhalten bleibt. Nur die wenigsten begreifen, daß es hier wiederum der Bauer ist, der die Grundvoraussetzungen dafür schafft. Natürlich wird es dieser Berufsstand allein nicht schaffen, auch in Zukunft vor allem bei einem erwarteten EG-Beitritt die Probleme allein zu meistern. Es ist dringend an der Zeit, hier wirkliche Abhilfe zu schaffen. Es darf nicht so sein, daß die Bauern weiterhin als Subventionsempfänger in der Meinung der Öffentlichkeit dastehen, sondern ihnen

jene Hilfe zuteil wird, die sie verdienen und die letztlich der Gesamtbevölkerung zugute kommt.

Was die österreichischen Bauern angesichts all dessen in Zukunft daher dringend brauchen, sind a) entsprechende finanzielle Unterstützungen, um die Einkommensverluste ausgleichen zu können, b) endlich klare Aussagen der Verantwortlichen in der Agrarpolitik – Kammern – über ihre Zukunftsaussichten ohne Schönfärberei und ehrlich.

Es wird notwendig sein, mit finanziellen Anreizen vor allem die bergbäuerlichen Betriebe in ihrer Existenz zu erhalten. Es wird notwendig sein, durch gezielte Aktionen dem Bauern selbst wieder jene Freude an seiner Arbeit zu vermitteln, die es ihm erleichtert, seine ungeheuer schwierige Aufgabe auch zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, es ist bereits zu diesem Thema sehr viel Stroh gedroschen worden, und daher komme ich zum Schluß. Ich möchte schließen mit den Worten eines bekannten Agrarexperten, der kürzlich meinte: „In spätestens zehn Jahren werden wir um jeden Bauern trauern, den wir in der Wüste zurückgelassen haben. Derzeit benimmt sich unsere Gesellschaft und in ihr die Bauern wie ein Dürrenmatt-Schauspiel ‚Biedermann und die Brandstifter‘. Die plündernden Ausrottungsmechanismen werden weggeleugnet, weil das Bevorstehende zu ungeheuerlich erscheint. Die notwendigen Strategien der Hoffnung setzen aber nicht nur Bewußtseinsbildung voraus, sie erfordern auch aktives Engagement. Wenn wir die Dinge treiben lassen, werden wir nackt aufwachen ohne Versorgungssicherheit, ohne Kulturlandschaft, die das Gesicht eines Volkes ist. Nur ein gesunder Bauernstand sichert ein gesundes Österreich.“ In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 16.04 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als vorläufig letzter Redner in dieser Untergruppe der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (16.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben nunmehr zirka 37 Stunden Debatte hinter uns und ich glaube fünf Stunden Landwirtschaftsdebatte. Ich glaube, daß es unfair ist, wenn man gerade den Freiheitlichen vorwirft, daß ein paar freie Sitze da sind, wenn ebenso bei ÖVP und SPÖ freie Sitze da sind und, lieber Freund Kowald, ich glaube, das war ein bißchen unfair.

Zur Debatte selbst. Es ist für uns Freiheitliche irgendwo interessant, daß wir fünf Stunden darüber debattieren und zuhören dürfen, wie Schwarz Rot und Rot Schwarz das vorwirft, was nicht geschehen ist, was gemeinsam in der großen Koalition beschlossen worden ist, in der Sozialpartnerschaft beschlossen worden ist, in der Präsidentenkonferenz einstimmig beschlossen worden ist, natürlich auch in der Paritätischen Kommission beschlossen worden ist. Es trifft natürlich, wenn gesagt wird vom Kollegen Kowald „ja, die Freiheitlichen haben ja noch nichts geleistet in der Landwirtschaft.“

Aber eines ist, wenn er nachher auf der anderen Seite groß vom guten Wein der Steiermark spricht – wo

das auch richtig ist, es gibt einen guten Wein, und wir sind froh darüber, daß der Wein so gut ist und daß hier der steirische Wein zu einem Weltmeister aufgestiegen ist –, aber das Weingesetz dazu ist ja im Jahr 1985 beschlossen worden von SPÖ und FPÖ, wogegen die ÖVP demonstriert hat, und wir wissen noch alle, wie die Traktorendemonstration in Spielfeld aufgefahren ist.

Es freut mich auch, daß ein Lernprozeß eingetreten ist. Wir haben immer für die Biobauern Position bezogen. Ich kann mich noch selbst erinnern, wie in den 60er Jahren in der steirischen Beerenobstgenossenschaft die Ideen für die Biojohannisbeeren, die Bio-ribisel da waren, wie man in der Kammer gesagt hat, das ist ein Rückfall in das schwärzeste Mittelalter, das ist ein Rückschritt. Heute – Gott sei Dank – schon allgemein anerkannt.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe unsere freiheitliche Aufgabe immer so gesehen, daß man Benachteiligungen versucht zu vermeiden und dort, wo sie da sind, sie aufzuzeigen, um Verbesserungen herbeizuführen. Ich muß leider feststellen, ich möchte ein Beispiel herausnehmen in der Kürze, daß bei Grundzusammenlegungen Probleme auftreten. Hier werden die Ziele oftmals nicht befolgt, geradezu umgekehrt, nämlich die Förderung der Landwirtschaft ist Sicherung der Landwirtschaft. Und wenn dort einer aufsteht und Privilegien der obersten Herrschaften aufzeigt, dann wird er bewußt benachteiligt. Und das möchte ich hier einbringen, und ich hoffe, daß sich hier einige Verbesserungen ergeben, denn es kann ja nicht sein, daß – wenn jemand sich ein bißchen dagegen auflehnt – hier eine falsche Punktierung gegeben ist. Daß man ihm einfach den allgemeinen Verkehr in den Hof hineinlegt, den alten Gemeindegeweg aufläßt und daraus dann ein Bauland macht. Das ganze unter dem Titel einer Grundzusammenlegung!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin am Ende, ich möchte nur noch dem Kollegen Kowald, der leider jetzt nicht da ist, die Landesverfassung überreichen, damit er ein bißchen einen Nachhilfeunterricht hat in der Aufgabenstellung der Regierung beziehungsweise des Landtages, weil er vorher und gestern, als unser Präsident Mag. Rader ein bißchen über die Aufgaben gesprochen hat, es scheinbar verschlafen hat. (Beifall bei der FPÖ. – 16.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Erich Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (16.09 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die heutige Debatte, das muß man ganz offen sagen, ist ein Spiegelbild der Vielfalt unseres Landes und vor allem auch der Interessen der Land- und Forstwirtschaft. Ich möchte wirklich herzlich danken für jede Wortmeldung, vor allem auch den Avantgardisten. Wenn ich den Vollmann Heinz anschau, der ganz gemütlich über die Bienen redet, und zum Schluß geht es um den „Flieder“. Das ist ein direkter Zusammenhang. (Abg. Vollmann: „Bei den Bienen geht es ja um die Blüten, bitte!“) Ich bin dankbar für deine Wortmeldung. Das ist an und für sich eine Linie, wo man vor allem auch diese raffinierte Form des Verpackens von Ideen präsentiert, und man kann wirklich dazu-

sagen, nicht oft haben wir über diese Tiergattung geredet. Das sind die meisten Tiere, die wir in Wahrheit in unserem Land haben. Auf der anderen Seite möchte ich sagen, daß es selbstverständlich ist, daß es bei so einer Diskussion kalt und warm gibt, weil hier manche sehr empfindlich sind, wenn es Klarstellungen und wieder neuerliche Klarstellungen gibt. Es gibt natürlich auch das Prinzip der Selbstüberlistung, über das muß ich dann auch ein paar Worte reden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du warst schon ein paarmal dran!“) Ja, da ist so deine Firma dran, da werden wir gleich hinkommen. Ich möchte aber trotzdem sagen, ohne daß wir uns aufblasen, über den wahren Wert der steirischen Agrarpolitik der Bauernvertreter – (Präsident Dr. Klauser: „Ich bitte die Kollegen Flecker und Tasch, die Unterhaltung draußen weiter fortzuführen! Erich, du bist am Wort!“) Wenn sie gerade Wein handeln, ist es noch erlaubt, weil das Agrarprodukte sind.

Das heißt, die steirischen Bauern in einer demokratischen Vertretung entscheiden dann über Plus oder Minus, und ich glaube, daß wir im Grunde die ganzen Dinge wahnsinnig ernst nehmen müssen. Ich will hier doch einen Satz sagen: Strukturwandel ist eine unheimlich harte Sache für die Landwirtschaft. Wir haben einen Strukturwandel seit 1848, den wahrscheinlich gar nicht viele kennen. 1848 hatten wir 149.300 Bauern in der Steiermark, Bauernbefreiung, und das ist die große Last der Liberalisierung, diese Befreiung, die heute manchmal angesprochen wird. Heute haben wir 60.000 Bauernbetriebe und wieder der volle Druck, einfach durch die Weltmarktstrukturen, die Liberalisierungen, daher diese Urängste, wie es Dr. Wabl ausgesprochen hat. Leider können wir das nicht so einfach abhandeln. Wenn wir das so machen könnten wie in Wien bei der Weltausstellung. Wir stimmen ab, und dann ist die EG nicht da, und Osteuropa ist auch nicht da, und GATT ist auch nicht da, dann bin ich bereit, nicht nachzudenken, sondern wir bleiben in unserer Kiste, hauen alles raus, was wir zuviel haben, und fertig. Wir müssen die Sache wahrscheinlich tiefer angehen. Ich bin überzeugt, daß wir in Wahrheit jetzt wahrnehmen, daß der Kreislauf wieder kommt. Das heißt, wir sind geschichtlich wegmarschiert von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft mit Wohlstandsgesellschaft, Freizeitgesellschaft, und jetzt sind wir inmitten einer Informationsgesellschaft, wo wir hoffentlich diese Ökologisierung der Gesellschaft als Basis haben, damit das stimmt, was die Monika Kaufmann zum Schluß gesagt hat, flott zickzack gefahren, aber nachher hat sie gesagt, die Gesellschaft entscheidet, wieviel Bauern übrigbleiben. Daher müssen wir ganz massiv draufbleiben, daß wir eine breite Spur fahren. Es ist nichts mehr selbstverständlich. Ich will hier nicht zu weit ausholen, weil manche gesagt haben, bleiben wir in der Steiermark. Es ist gar nicht lange her, beim Golfkrieg bin ich beim Schaller Hermann oben gesessen, über den Viehabsatz, als Kammerpräsident, weil wir zuviel haben. Dann fahre ich ins Josef-Krainer-Haus, in die Landakademie – dort ist schon eine gesunde Kiste. Wir haben sie nicht verkaufen müssen. Sei vorsichtig mit den Zwischenrufen. Das ist ja wahr! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe ohnehin geklatscht!“) Und auf einmal kommt der Anruf, sensationelle Panik, zum Teil Notpakete durch Großmärkte, die Leute fürchten sich, daß zuwenig Nahrungsmittel da sind. Mittel-, kurz-,

aber vor allem auch langfristig. Krisengipfel! Und dort haben wir uns ein bißchen gebadet in dem Gremium, weil wir auf einmal wichtig waren. Kurz vorher waren wir noch die Überschußproduzenten, und auf einmal steht die zentrale Frage im Raum: Haben wir genug Fleisch, haben wir genug Getreide? Wie schaut es mit dem Obst aus? Wie schaut es mit der Milch aus? Vor allem auch langfristig, wenn das Ölrohr sozusagen durchgezwickelt wird, wenn dieser Transport im Grunde nicht mehr möglich ist. Daher glaube ich, daß in erster Linie Lebensmittel und Ernährungssicherung für das Land erste Priorität haben müssen, aber vor allem auch die Frage der Lebensgrundlagen nach dem Prinzip „Schützen und nützen“. Da, glaube ich, haben wir relativ klare Partnerschaften. Ich möchte das gleich vorwegnehmen. Kollege Dipl.-Ing. Getzinger hat in einer sympathischen Art vor allem zuerst einmal die Einladung ausgesprochen, daß man einfachere Äpfel dazulegen soll. Schade, daß du es nicht früher gesagt hast, ich hätte von daheim welche mitgenommen: Boskop, Krummstiel, Kronprinz hätten wir noch gehabt, ein wenig faltig sind sie, aber das hätte nichts gemacht. Nur eines steht schon fest. Leider diktiert der Markt. Und der Markt haut bis zum Boden seine Gesetze durch. Das ist ja die beinharte Situation, das möchte ich dazusagen, ich bin auch gerne in einem Rechtsstaat, wo alles paßt. Aber wenn wir auf das Gesetz gewartet hätten, auf das Novellieren, da wäre es schon längst zu spät. Wir fahren schon längst die grüne Haube steiermark- und österreichweit mit dem Prinzip „Gesundheit, Tourismus, Hotellerie, Gastronomie und lokale biologisch-naturnahe Versorgung“. Und wir sind da mit starken Schritten. Die Äpfel sind naturnah erzeugt mit Nützlingen, wo die Nützlinge den anderen biologisch das Wasser abgraben. Das heißt, wir sind auf dem Gebiet an und für sich in einer starken Phase, wo wir vor allem auch in dieser Regierungserklärung enthalten haben, daß wir für eine flächendeckende Land- und Forstwirtschaft sorgen, was die Integration betrifft.

Ich glaube vor allem, daß diese Gelder, die im Budget ausgewiesen sind und verwendet werden, bestens angelegt sind. Ich möchte doch ein paar Worte sagen zu Monika Kaufmann. Sie hat es auch nicht anders gemacht – ich habe ja einen Zwischenruf gemacht –, du hast ziemlich das gleiche erzählt, was der Zellnig uns da erzählt hat, daß wir zuviel Geld ausgeben für die Bürokratie. Nur, wenn wir halt mächtig wären in der Landwirtschaftskammer, das Beamtenehaltsschema zu verbiegen. Wir haben also massive Eingrenzungen, das heißt, um 20 Prozent haben wir also einen Personalarückgang in den letzten 20 Jahren gehabt, das heißt jeden Tag – (Abg. Peinhaupt: „50 Prozent Rückgang bei den Vollerwerbsbauern!“) Ja, ja, nehme ich selbstverständlich alles zur Kenntnis, nehme ich alles zur Kenntnis, überhaupt kein Problem. Nur, bitte, frage ich, wie sollen wir die zukünftigen Herausforderungen packen ohne beste Fachberatung, ohne beste Vertretung, ohne Management? Da lasse ich mich überhaupt nicht irritieren, weil dann müßten wir die Schulen auch langsam zusperrern, wenn wir nicht die geistige Voraussetzung haben, das ist ja viel wichtiger, und wir haben sie geschlagen auf weiten Strecken. Schauen wir an die Burschen in Osteuropa. Flächen, Boden, alles da; Maschinen, sogar die Vermarktungsstrukturen, und trotzdem mausetot, weil es da oben nicht ge-

stimmt hat und beim Herz auch nicht gestimmt hat. Da geht überhaupt nichts.

Jetzt komme ich auch zur Selbstüberlistung. Ich bin dankbar für das Lob, daß ich so gut gekämpft habe. (Abg. Grillitsch: „Chibi, stehe auf!“) Na, der Chibi ist momentan nicht dran. Das Lob, daß wir um 17 Prozent mehr Mittel zur Verfügung haben. Nur, ich muß ein wenig kritisieren. Da mitstimmen, daß wir das alles gerne getan hätten, und wenn es um die Bedeckung geht, das heißt, daß man es in den Geldsack hineintut, dann nicht aufzeigen, da kann es euch passieren, daß so mancher bei irgendeiner Veranstaltung sagt: „Ihr seid da nicht dabeigewesen bei den Voraussetzungen, wie wir fördern und Grundlagen schaffen.“ Überdenkt das, vielleicht wäre das im Grunde ein Weg. (Abg. Peinhaupt: „Wir haben bewiesen, daß es falsch ist!“) Ich muß das dazusagen, weil ich verlasse mich nicht auf die Erfolge des Sonderlandtages, wir haben ja schon einen gehabt. Was ist denn herausgekommen in Wahrheit, liebe Freunde? Auf den verlasse ich mich überhaupt nicht.

Ich sage, wir kämpfen um jeden Bauernhof, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, wir kämpfen in Wahrheit vor allem auch um jede Tierart und um jede Pflanzenart. Da brauchen wir überhaupt nicht sektoralisieren. Ich sage ganz ehrlich, der Strukturwandel, so bitter er ist, ich will da keine Argumente liefern für andere, daß sozusagen die Reduzierung eventuell einen Vorteil hätte – er hat auch Positives bewirkt. Schauen wir hinein in das Gewerbe, schauen wir hinein in andere Strukturen, was sich alles an Veränderungen tut, und nur in der Veränderung haben wir die Chance gehabt, vor allem auch durch die außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeit, daß unsere Höfe in dieser Anzahl noch da sind. Bitte, reden wir auch über die kurze Generationenfolge. Zu Hause beim Pörtl Erich: Ich werde 50, der Erich wird 22. Ja, liebe Freunde, es ist ja nicht von heute auf morgen das Einkommen verdoppelt worden. Wir haben ja heute nicht mehr die Voraussetzungen, wie wir sie früher gehabt haben – eine Stube –, sondern die junge Familie will eine Wohnung haben, heiratet meist schon berufstätig ein, daher diese starke Nebenerwerbsentwicklung. Selbstverständlich ist die Einkommensdisparität ein bitteres Faktum, und viele Dinge werden in Wahrheit sozusagen – (Abg. Trampusch: „Dafür haben sie dich ja zum Landesrat gemacht, daß du frühzeitig übergeben kannst!“) Nein, diese Spekulationen habe ich nicht gemacht, weil dieser Stuhl ist heißer als der Kammerstuhl, wenn ich so gerechnet habe!

Ich muß dir ganz ehrlich sagen, wenn es ganz privat hergehen würde und wenn ich sozusagen zu Hause einen Familienrat machen würde, wäre ich mir nicht sicher, wie es ausgeht, wenn sie abstimmen. Da wäre ich wieder ganz gern sozusagen zu Hause auf meinem Betrieb und Weingarten. Nur, diese Aufgabe ist eine hochinteressante. Ich habe nie Spekulationen über Einkommen gemacht, sondern – ich will da nicht irgendwelche Dinge sagen – das ist halt auch eine Leidenschaft, das ist eine Leidenschaft, und im Grunde kann man so eine Leidenschaft auch nicht ohne finanzielle Grundlage machen.

Nur eines steht schon auch fest: Wenn wir über diese öffentlichen Mittel reden in der Vertretung, in der Ausbildung, ja bitte, gerade die Nebenerwerbs-

bauern brauchen die spezielle Beratung. Denken wir an die Linie Mutterkuhhaltung, arbeitsexensiv, Boden intensiver bearbeiten, an die Extensivierungsbestrebungen, die brauchen ja zum Teil mehr Beratung, weil die Gefährdung der Fehlinvestition in Wahrheit da ist. Daher ist für uns die Frage Nebenerwerb wichtig. Ich will da nicht noch einmal zu weit ausholen, aber der Kollege Riebenbauer hat das ja angesprochen. Euer Huber-Modell, na gute Nacht, liebe Welt, wenn man das genau durchliest! Das müßt Ihr zeitig weglegen oder einstampfen, so ähnlich wie der Mansholtplan. Er ist einmal nicht „in“, da geht die Geschichte im Grunde auch verkehrt. Dort haben wir sozusagen im Grunde unsere dramatische Geschichte. Wir würden gerne in der Steiermark bleiben, nur bitte, wir haben das Grünland da.

Wir haben also gewisse Probleme mit der Überproduktion, und wir haben sie selbstverständlich. Ich will nicht alles sozusagen fesch aufdoppeln, aber zeigt mir einen Berufsstand, der sich selbst beschränkt, der zum Beispiel so eine Schongebietsverordnung verkräften muß, wo laut Bescheid vorgeschrieben wird, wie es zu tun ist. Das möchte ich wissen, wie lustig das ist, das war ein blutiger Weg, daß wir dorthin gekommen sind. Aber wir wollen langfristig jene Basis schaffen, daß wir integriert bleiben, daß wir aufgenommen sind in der EG, sehr viel ist danebengegangen. Gerade das französische Beispiel ist abschreckend zum Quadrat. Sie haben es ja dort mit der Schwerindustrie ganz gleich gemacht, das heißt, die zentralistische Politik. Daher haben wir Skepsis, vor allem auch was die EG betrifft, ob wir einfach diese Eigenverantwortung ebenfalls haben können.

Wir sehen aber, daß es Länder gibt, dort fängt es ja an, wenn das eigene Land nicht will, wenn der eigene Staat nicht will, daß es Bauern gibt, dann kann die EG überhaupt nichts machen. Das heißt, wir haben zu Hause genug zu tun, und ich bin sehr froh, daß wir da im Landtag dieses Klima haben, vor allem auch, wenn es um das Ganze geht, daß wir einfach die Gesamtzusammenhänge für die Land- und Forstwirtschaft im Grunde genau kennen.

Vielleicht noch ein paar Dinge, damit vor allem ein paar Sachen klargestellt werden, weil wir gewisse Dinge angeblich parteipolitisch betrachten. Wir sind auf diesem Gebiet auf weiten Strecken in vielen Bereichen nachweislich in der Lage zu sagen, daß bei uns die Sachinteressen im Mittelpunkt stehen. Wir können das auch nachweisen. Wo gibt es solche Organisationen, die in der Frage Marketing, in der Frage Bioenergie, in der Frage biologische Landwirtschaft und vor allem in der Frage Öffentlichkeitsarbeit diese breite Spur fahren?

Wir haben einen steirischen Slogan: „Gesunde Landwirtschaft, gesunde Menschen.“ Das ist eine Basis, die uns vor allem die Voraussetzung zum Leben gibt. Es gehört dazugesagt, weil allgemein in den Raum gestellt wurde, daß sozusagen die Genossenschaft das eigentliche Elend für die Bauernschaft ist, ja bitte, Karten auf den Tisch, Karten auf den Tisch. Es heißt ja, die Genossenschaften haben das Geld und die Bauern die Schulden. Warum haben wir rundherum fusioniert? Warum haben wir diese brutalen Konzentrationssituationen? Bitte Licht ins Dunkel: 80 Prozent des Viehhandels macht der gewerbliche Vieh-

handel, 80 Prozent der Obstvermarktung machen die Gewerblichen, und wenn irgendwo etwas ist, wären wir die einzigen, die sozusagen mit Monopol die Dinge konstruieren.

Der nächste Schritt: Ja, bitte, wir müssen ja wahn-sinnig dahinter sein, daß uns der Markt erhalten bleibt, weil die Produkte sind im Grunde im Supermarkt zu verkaufen. Das heißt, wenn ich mit Marketing, wenn ich mit Voraussetzungen – du, Vesko, du brauchst dich nicht wundern, du kommst von der Öllobby, ist ganz die gleiche Geschichte zusammen-gerichtet, es gibt nur mehr einige Ölmultis, fünf oder zehn gibt es weltweit organisiert. Ich möchte wissen, die Stadt Graz, Hartberg, jede Region hat bereits Billa, hat Spar, hat Konsum, hat ADEG, na ja bitte noch ein paar Sachen, das ist der Vertriebsapparat für einen weltweiten Agrarhandel, wenn wir da nicht dahinter sind, mit diesen Produkten so quasi mit „frisch, saftig, steirisch“. Da sind wir schon bei der Frage AMA. (Abg. Peinhaupt: „100 Milch, 50 Rind, 20 Sau – und das zahlt der Bauer!“) Das ist der Entwurf, da wird noch geredet. Ich weiß nicht, ob du die neuesten Zeitungsmeldungen hast. Da gibt es nicht „Eitel-Wonne-Grießschmarrn“. Fragen wir heute die Obstbauern, fragen wir heute die Weinbauern. Die sind selbst bereit, einen Marketingbeitrag zu leisten. (Abg. Peinhaupt: „Die Weinbauern zahlen ihn ohnehin schon!“) Jawohl! Und das sage ich ja! Wir fordern, wenn das kommt, bitte retour für jene Innovationen, die regional durchgeschlagen haben. Das heißt, eine Rückkoppelung. Nur, weil wir glauben, daß wir ohne Marketingstrategien in diesem europäischen Schlachtfeld der Konzentration auskommen. Wer genau hinausschaut, warum wir das Agraraußenhandelsdefizit haben, weiß ganz genau, daß der Hauptgrund in der Frage bezüglich Verarbeitung von Produkten liegt. Reden wir deutsch, die Damen werden das wissen. Es gibt ein neues Konsumverhalten über Energie oder über Wohnung, die Singles werden immer mehr, Einpersonenhaushalt heißt das auf Deutsch. Natürlich hat der ein anderes Konsumverhalten. Der kauft doch nicht ein Kilo Rindfleisch. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du wirst unser neuer Parlamentsdolmetscher!“) Ich beschäftige mich selbst. Ich sage es zuerst so wie ich glaube, und dann erkläre ich es. Das ist eine interessante Geschichte. Das ist manchesmal so wie in der Bürokratie, die rennt im eigenen Kreis, und es geht wunderbar dahin. Nur bitte, denken wir nach, es gibt auf weiten Strecken die Fertig- und Halbfertigprodukte. Wenn du mit dem Schnitzel, wenn du mit den Pommes frites, wenn du mit dem Halbfertigprodukt nicht in der Vitrine bist, bist du nicht da. Da kannst du dich brausen gehen. Das heißt, wenn wir nicht Partnerschaft mit unseren Verarbeitungsbetrieben haben, ist dieses Match verloren. Wir haben nach dem technischen Fortschritt, nach dem ökologischen Fortschritt in letzter Zeit den organisatorischen Fortschritt, den wir brauchen, damit wir diese neuen Strukturen in der Richtung durchkreuzen. Die zweite Linie ist die Frage der Direktvermarktung. 5000 bis 6000 Direktvermarkter in der Steiermark. Der Lind Seppl war einmal dabei bei so einem Buffet, und er hat gesagt „ich ersauf im Mundwasser“, so eine Vielfalt und ein derartiges Angebot war da. Er ißt so gern.

Ja, das ist wahr. Ein derartiges Angebot, und bitte, macht einmal einen Spährtrupp im Interkauf. Im Inter-

kauf gibt es die Koje „Drei Bauern“. Das müßt ihr euch anschauen, das ist sozusagen die Apparatschik administrative Verkaufsstrategie, daß ich schön schiach sage, und dort ist sozusagen die heimelige bäuerliche Lebensmittelecke, die alle Stückeln spielt. Ganz raffiniert, genau gleich, wie heute der Konsument verzogen wird, müssen wir ihn auch anködern, liebe Freunde. Ist ja nicht wahr, wenn wir für Kosmetik 8,5 Prozent ausgeben in der Schweiz, und für das Futtern, für das Tschappi, 12,5 Prozent, und die hauen fast 80 Prozent in die Werbung, 80 Prozent, und nur ein bißchen für die Produktion, so muß ich ja auch bei dem Verführungsspiel dabei sein als Bauer. Schau doch das Mutzikatzi-Futter an, wie wichtig das doch ist im Fernsehen. Das ist ja ganz dasselbe! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Schließen!“) Ich muß jetzt aufhören, mir hat gestern ein Journalist gesagt, ich hätte einen „Löwinger heruntergehaut“, bitte – das ist nicht wahr!

Nur, in Wahrheit leben wir in einer Zeit, wo wir einfach die Bildersprache brauchen. Ich möchte da eine Gegenantwort haben, ob es anders ist. Es ist so, Gott sei Dank. Daher ist auf diesem Gebiet volle Kraft und vor allem vollstes Interesse. Ich möchte nur noch abschließend folgendes sagen: Ich muß aufpassen, daß ich nicht etwas vergesse. In letzter Zeit ist relativ stark die Frage Grundverkehr in den Raum gestellt worden. Es ist nicht zum Spielen, denn es gibt Beispiele in Europa, wo die englischen oder irgendwelche Lords, der Geldadel einfliegt, und zum Beispiel in Aussee, im Ennstal oder im Thermenland sich den Boden unter den Nagel reißt, ganz locker geredet. Wir haben bereits einen Entwurf vorbereitet, der eine Regelung in dieser Frage der sensiblen Gebiete für den Grundverkehr über jeweilige Vertreter vorsieht. Erstens für alle, damit ist die EWR-Voraussetzung erfüllt, so wie im dänischen Modell, und zweitens ist vor allem der landwirtschaftliche Grundverkehr wie bisher an die Bewirtschaftung gebunden. Und das schaue ich mir an, wenn von Frankreich oder England einer daherfährt, hier Landwirtschaft zu betreiben. Da kann im Grunde eigentlich nichts passieren. Ich bin überzeugt, wenn wir wollen, wenn wir die Herausforderung annehmen, dann habe ich auch die Chance, mit dieser Entwicklung fertigzuwerden.

Ich möchte mich wirklich noch einmal herzlich bedanken bei der gesamten Regierung für die Bereitschaft, die Land- und Forstwirtschaft weiterhin in dieser Form zu unterstützen mit sehr viel Mitteln für die Direktzahlung, aber vor allem möchte ich abschließend sagen, wie Prof. Knapp dies einmal geschildert hat. Es gibt zwei Schandflecke im Sozialstaat Österreich: Der erste Schandfleck ist, daß die Leistung der Frau in der Familie nie ökonomisch berechnet worden ist und wir dort die größten Defizite haben. Wir sind gerade dabei, das aufzuarbeiten. Karenz im Bereich der Unselbständigen, nächste Geschichte, Bäuerinnenpension, weil sie angesprochen wurde. Und wir müssen das auch einmal offen sagen, weil so getan wird, daß hier über Bauerngelder die Versicherung sozusagen saniert werden soll. 14 Milliarden öffentliche Mittel des Staates und über 6,5 Milliarden eigener Beitrag. Das heißt, das ist eine Solidarität, die berechtigt ist. Aber das muß man auch dazusagen, daß wir doch auch von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Und der zweite Schandfleck – hat der Prof. Knapp

gesagt – ist die Nichtbeachtung und Nichtberechnung der Kulturleistung der Land- und Forstwirtschaft. Daher geht jetzt der verstärkte Weg in diese Richtung. Ich möchte daher (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Schließen!“) schließen – ja, gut eingesagt –, und vor allem möchte ich meinen Mitarbeitern einen herzlichen Dank sagen, Hofrat Ressi, Hofrat Kaltenegger und Hofrat Tauschmann, Hofrat Puntigam mit der gesamten Crew – beinhartes Match Land- und Forstwirtschaft, da ist immer was los, und wenn nicht, machen gewisse Fraktionen sozusagen Bewegung in der Geschichte. Aber leider sind wir auch an die Natur gebunden und an die Aus- und Einwirkungen der Natur, wo wir einfach von der Hüfte aus schnell reagieren müssen, wenn wir als Bauern oft in den Stall hinausgehen und nicht wissen, was uns dort begegnet. Ich bedanke mich für das Interesse, für die Beiträge und bitte um eine gemeinsame Zusammenarbeit bei all den Splittern, die in einer solchen Diskussion auch dazugehören! (Allgemeiner Beifall. – 16.32 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Wenn es das gäbe, würde ich jetzt die Verleihung des Iffland-Ringes des Landtages beantragen. Leider gibt es das nicht!

Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm, nach ihm kommt der Kollege Majcen.

Abg. Vollmann (16.34 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich lasse Ihnen gerade durch die Herren, die uns am Morgen immer so freundlich begrüßen und betreuen, den Aktivitätenbericht der Mitarbeiter der Steiermark-Werbung und den Sommer- und den Winterkatalog, den die Steiermark-Werbung seinerzeit herausgegeben hat, zu Ihrer Information verteilen. Ich habe gestern bei der Steiermark-Werbung darum gebeten, weil ich glaube, daß dem Bereich Fremdenverkehr in diesem Hause manchmal ein bißchen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ich komme in der weiteren Folge noch auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in unserem Bundesland zurück, meine aber auch, daß er als der größte Devisenbringer Österreichs sicherlich unserer besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Gestatten Sie mir aber, daß ich als Tourismussprecher meiner Fraktion zu diesem Kapitel etwas ausführlicher Stellung beziehe, weil ich glaube – und ich habe es eingangs begründet –, daß dies notwendig ist.

Der Tourismus hat im abgelaufenen Tourismusjahr, das immer vom 1. November bis zum 31. Oktober des nächsten Jahres läuft, seinen bisher quantitativ größten Erfolg, eine Nächtigungsstatistik von 9,5 Millionen Übernachtungen erzielt. Wir wissen auch – und es ist ja schon ein paar Mal in diesem Hause gesagt worden –, daß gerade der Inlandsfremdenverkehr im letzten Jahr besonders zugenommen hat und dort große Steigerungen zu verzeichnen sind, und wir wissen auch natürlich, daß dabei die sehr brenzlige Situation in Jugoslawien eine große Rolle gespielt hat, daß also doch viele der einheimischen Gäste bei uns geblieben sind.

Ich meine, das bedeutet aber auch im Rückblick, daß eine in den 60er und 70er Jahren permanent

ansteigende Kurve sodann stagnierende und schließlich in den 80er Jahren auch abfallende Tendenz gebrochen werden konnte. Der statistischen Talsohle folgte also nun schon seit einigen Jahren kontinuierlicher, gesund-maßvoller Aufwind. Meine Damen und Herren, er endet vorläufig in einem Höhepunkt, der die Marken früherer Höhenflüge noch übertrifft und als bisher allerbestes Übernachtungsergebnis in der steirischen Tourismusgeschichte ja gesehen wird. Herauszustreichen wäre in diesem Zusammenhang bei diesem Spitzenergebnis der letzten Jahre vor allem, daß sie nicht durch weitere Überhitzungen der Saisonspitze, also nur in den Sommer- oder Wintermonaten, erreicht worden ist, daß beispielsweise in den Sommersaisonen die besseren Ergebnisse durch saisonelle Ausdehnungen, also früher und länger, durch bessere Herbst- und bessere Frühjahrsergebnisse erzielt wurden. Insgesamt also durch eine günstigere, ausgeglichene Kurve in den noch aufnahmefähigen Perioden der Vor- und Nachsaison.

Es ist aber auch von weiteren positiven qualitativen Kriterien und Indizien zu berichten. In der großen programmatischen Veranstaltung der touristischen Marketingorganisation unseres Landes, nämlich der Steiermark-Werbung – wie sie noch immer heißt –, wurden in deren für alle Interessenten offenen Vorstandssitzung am 11. Dezember des Jahres 1990 – wo ich das Vergnügen hatte, dabeizusein – vor rund 250 Diskussionsteilnehmern und im Rahmen einer profunden Präsentation wesentliche Grundsätze formuliert. Ich nenne den Vorrang qualitativer Kriterien vor den quantitativen, nicht nur beim Angebot, sondern auch bei dessen Bewerbung und bis hin zur Qualität des Fotomaterials. Lieber weniger, das aber gut – wurde dort als Generallinie formuliert, und sie hat sich bewährt, das dürfen wir heute feststellen.

Ferner nenne ich die Konzentration auf einige wenige Hauptherkunftsmärkte oder die Verjüngung der Zielgruppen, die Ausgewogenheit zwischen Ökologie und Ökonomie, damit verbunden Kernsätze zur positiven Tourismusgesinnung aller Bevölkerungsgruppen, damit es nicht zur Abneigung gegen Gäste – geläufig unter dem Schlagwort „Aufstand der Reisenden“ – kommen möge. Ich nenne das Marketinghandlungsprinzip „Verbesserung der Wertschöpfungen“, ein wichtiger Bestandteil, und das Bekenntnis zu touristischen Leitbetrieben. Man könnte hier noch weitere Beispiele anführen.

Es muß aber auch, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang Erwähnung finden, daß aus dem verlässlichsten marktforscherischen Kontrollinstrument Österreichs, der sogenannten „Gästabefragung Österreich“ – Sie finden im Katalog die Beispiele dieser Umfragen drinnen –, geradzum sensationelle Werte der Verbesserung hervorgehen. Und diese Befragungsergebnisse sind erfreulicherweise absolut identisch mit dem, was bei der erwähnten Großveranstaltung vom damaligen Geschäftsführer der Steiermark-Werbung in seinem Grundsatzreferat als Bündel von Zielen postuliert worden ist. Auch wenn es in der Steiermark-Werbung dramatische und noch nicht abgeschlossene personelle Entwicklungen gegeben hat, über deren unterschiedliche Bewertung, meine Damen und Herren, ich hier nicht näher sprechen möchte, will ich doch das Tabu beseitigen, daß diese Inhalte als Vor-

gaben nach wie vor volle Gültigkeit besitzen und insgesamt die Arbeit der Institution Steiermark-Werbung, ganz gleich, ob sie zukünftig eine Ges. m. b. H. ist, in den ersten drei Jahren ihres ausgegliederten Daseins in ein eindrucksvoll positives Licht rücken:

Laut GBÖ näherten sich im letzten Untersuchungszeitraum die Gästee Ausgaben sprunghaft an die österreichischen Durchschnittswerte an. Bisher lagen wir weit unter dem Österreichdurchschnitt. Auch die Attraktionswerte, meine Damen und Herren, der Steiermark bei jüngeren Publikumsschichten stiegen überdurchschnittlich an. Soviel, um nur zwei Positiva zu nennen und zu erwähnen.

Die Steiermark mit ihren sehr unterschiedlichen Fremdenverkehrsstrukturen, mit der sehr unterschiedlich ausgeprägten Tourismusintensität einzelner Regionen verträgt natürlich da und dort durchaus noch Kapazitätsausweitungen und somit quantitative Überlegungen. Aber gerade in den klassischen Tourismusregionen ist jedoch geboten, problematische, ja schädliche Entwicklungen, die sich in westlichen Bundesländern nur mehr mühsam in den Griff bekommen lassen, jetzt zu erkennen.

Ich denke daran – und ich nenne sie auch –, quasi an die dirigistischen Maßnahmen, wie Kontingentierung von Tageskarten in Arlberg-Schiorten, zu denen man dort greifen muß. Überbordende Massenentwicklungen sind in unserem Land so rechtzeitig, und das heißt jetzt gleich, ins Auge zu fassen und im Auge zu behalten, daß derart negative Begleitumstände des Tourismus erst gar nicht eintreten und später wieder bewältigt oder gegengesteuert rückgängig gemacht werden müssen. Ich darf auch erwähnen oder nicht unerwähnt lassen, meine Damen und Herren, daß die genannten qualitativen Kriterien sowohl für den Tourismus auf dem Lande wie auch im Städtetourismus, wie in Graz, anwendbar und gültig sein können. Wenn man sich beispielsweise das neue touristische Leitbild – der Kollege Vesko wird das also auch wissen, weil er sich ja stark im Fremdenverkehr engagiert – der Stadt Graz ansieht, das auch wertschöpfungsorientierten Tourismusformen, wie dem Kongreßtourismus und dem sogenannten Schautourismus oder dem Sektor der Incentive-Angebote, Priorität einräumt, so stimmt das Prinzip ebenso exakt: Klasse ist vor Masse zu reihen.

Um verbesserte Angebote im obengenannten Sinne aber auch zu kommunizieren, bei potentiellen Konsumenten zu plazieren, das Image der Steiermark in diese Richtung generell zu entwickeln, bedarf es zweifelsohne durchschlagender gewerblicher Anstrengungen. Jede noch so clevere Verkaufsförderungs- und touristische Öffentlichkeitsarbeit kommt ohne den Flankenschutz klassischer Werbemaßnahmen nicht aus, diese kosten – man kann das drehen und wenden wie man will – nun einmal Geld.

Und hier ist schon einmal ein eindringlicher Appell an die derzeitige Tourismusreferentin der Landesregierung angebracht, meine Damen und Herren. Ich darf auch in diesem Zusammenhang den Kollegen Pörtl zitieren, der gemeint hat, auch in der Landwirtschaft ist heute ohne die Werbung für die Produkte nichts mehr zu machen, und ist es nicht mehr drinnen. Du kannst den besten Käse erzeugen, wenn du ihn im Glasschuh stehen läßt, der also Buntglas trägt, wo ich den Käse nicht sehe, dann brauche ich oder kann ich

nicht verkaufen, weil der Konsument über die Augen und das Riechen und den Geschmack natürlich erst zum Konsum angereizt wird.

Ich darf, dabei zurückkehrend auf das, was ich der Frau Landesrätin sagen wollte, sagen und wiederholen, daß seinerzeit Ihr langjähriger Landtagskollege, Bürgermeister Kröll, also aus Ihren eigenen Reihen, Frau Landesrätin – ich habe mir also die Protokolle angeschaut –, ein Bürgermeister eines Tourismuszentrums, nämlich Schladming, an Sie, Frau Landesrätin, wiederholt den Appell gerichtet hat, die von Ihnen laut Protokoll mit 167 Millionen bezifferten Tourismusmittel umzuschichten. So umzuschichten – das habe auch ich damals verlangt –, daß innerhalb des Marketingmix endlich mehr für das Marketinginstrument Werbung bewerkstelligt werden kann; denn noch immer darbt die professionelle und ich sage auch kompetente Institution Steiermark-Werbung im Vergleich zu ihren Parallelorganisationen anderer Bundesländer beziehungsweise im internationalen Bereich relativ ausgehungert dahin, etwa bei der Hälfte oder einem Drittel vergleichbarer Organisationen anderer Bundesländer. Ich denke dabei nur an Salzburg oder Tirol, die beispielsweise um die 100 Millionen und mehr für die Werbung ausgeben. Ich gebe schon zu, natürlich aus dem Bereich Tourismus auch andere Einnahmen haben.

So gesehen grenzt es beinahe schon an ein Wunder, daß es dieser Organisation, meine Damen und Herren, in den letzten beiden Jahren gelungen ist, eine Reihe von Auszeichnungen für ihre Arbeit einzuheimen, die ich an dieser Stelle gerne einmal bewußt aufzählen möchte.

Ich habe eine Ablichtung für alle vorbereitet, damit Sie sehen, was die Steiermark-Werbung in dieser Zeit erworben hat. Die Steiermark-Werbung erhielt für den Winterprospekt 1990/91 vor einigen Monaten den Grünen Panther, als „Green Panther“ bezeichnet, für den besten steirischen Prospekt. Das gleiche Werbemittel wurde österreichweit als Prospekt des Monats ausgezeichnet. Bei einem Test der Funktionstüchtigkeit österreichischer Bundeslandorganisationen hinsichtlich Anfragenbeantwortung schnitt die Incoming-Abteilung als am flottesten reagierende Organisation Österreichs ab, die noch dazu mit den profundesten, wunschgerechtesten und konkretesten Angebotsstellungen aufwartete. Die neue Steiermark-Werbelinie mit der neuen grafischen Auflösung des Grünen Herzens Europas – ich muß gestehen, ich war seinerzeit bei der Präsentation auch ein bißchen skeptisch – wurde neben einem Tirol-Plakat als einzige touristische Arbeit innerhalb aller Wirtschaftswerbungsbereiche belobigt. Mit enormem Abstand wurde bei der Wiener Ferienmesse 1991 die bereits an der neuen Werbelinie orientierte Steiermark-Halle vom Publikum mit der Goldmedaille gekrönt. Ich war selber draußen, ich bin Zeuge davon, und ich habe die Begeisterung der Besucher auch gehört und gesehen. Und schließlich gewann der laufende Winterprospekt mit der „Bronzenen Venus des Creativclubs Austria“, das ist die kritische Selbstorganisation der besten österreichischen Prospektwerbeagenturen, die Wertung als bester österreichischer Prospekt ex aequo mit einem AUDI-Prospekt, also auch hier erneut in Konkurrenz mit allen anderen Wirtschaftsbranchen.

Meine Damen und Herren, mir ist heute mitgeteilt worden, und ich freue mich darüber, daß dazu eine weitere ganz hohe Auszeichnung kommt. Sie wird zirka in 14 Tagen verliehen werden. Es ist dies die „Goldene Reisekutsche 1992“, und ich darf hier sagen, daß diese Goldene Reisekutsche wohl der Oskar der Touristik ist. Seit ungefähr 30 Jahren gibt es hier eine Zeitung, die das immer wieder durchführt und macht, und ich freue mich darüber, weil es auch den Weg, den guten Weg, der in der Steiermark-Werbung besritten worden ist, auszeichnet.

Nun, meine Damen und Herren, ich erwähne das hier deshalb in diesem Haus, weil ich einmal gesammelt und konzentriert, und weil ich persönlich auch der Überzeugung bin, daß die Turbulenzen um die Steiermark-Werbung bislang sehr, sehr eindimensional – und ich unterstreiche, von den Verbandsorganen wohl auch bewußt als recht eindimensionale Schutzbehauptungen nach außen, dargestellt wurden, nämlich nur nach gefärbten formellen Gesichtspunkten. Nicht unter dem Aspekt der Qualität, welche von der Steiermark-Werbung zweifelsohne geliefert wurde, nicht unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und auch keineswegs in der Anerkennung der Ökonomie im volkswirtschaftlichen Sinne des bewirkten Steuerertrages, ich habe ihn schon einmal genannt. Damit will ich sagen, daß man gerechterweise in die Diskussion um eine Geschäftsführung schon einmal das Element in die Gesamtbewertung einbringen muß, daß es sich nicht um die Führung irgendeines isolierten Vereines handelt, sondern um dessen Auswirkung als Leiterorganisation für alle kommunalen und regionalen Organisationen – und wenn dieser Verein so plötzlich, wie dies im Dezember 1991 unter neuer Führung geschah, schon früher seine Aktivitäten in Frage gestellt hätte, dann hätte es auch schon vor einem Jahr negative Schlagzeilen in Österreich und im näheren Ausland gegeben. Dann hätte der Aufruhr in den Regionen, Resolutionen, politische Aktivitäten, die Drohung, sich in einen Verband rund um den Dachstein mit anderen Bundesländern zusammenzuschließen und so weiter, zum Schaden des Rufes der Steiermark schon damals ergeben und gegeben. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko, er lächelt ja, weiß, was ich meine. Und vielleicht wollte auch der damalige Geschäftsführer in seiner abgewogenen Gesamtverantwortung, die natürlich auch Kritik hervorruft, das ist gar nicht anders möglich, denn wenn jemand etwas bewegt, dann rührt sich auch etwas, die gesamtökonomischen Auswirkungen der Gratwanderung eben vermeiden.

Und, meine Damen und Herren, ich weiß, daß jedes Ding zwei Seiten hat. So gibt es auch hier eine Kehrseite der Medaille – in diesem Fall die positive Wirkung. Wir stehen vor einer echten Reform des Tourismus durch ein zwar nicht voll befriedigendes Tourismusgesetz, das – so hoffe ich, Frau Landesrätin – in den nächsten Wochen in dieses Haus kommen wird, auch zur Beschlußfassung, weil ich meine, daß die Beratung möglichst abgeschlossen ist, daß aber – wenn Sie mir gestatten zu sagen – nicht das Optimalste nach unseren Begriffen ist, daß es aber einmal ein Instrument ist, mit dem man arbeiten kann und mit dem man den örtlichen und den regionalen Verbänden auch Geld zuführen kann, mit dem sie selber arbeiten und wirtschaften können. Ich weiß schon, daß es ein allge-

mein bestehender, aber auch vertretbarer Kompromiß ist, was hier zustande kommt. Ich hoffe, wir werden auch mit den anderen Fragen, die noch ausstehen, Einigkeit erzielen. Wir stehen vor einer generellen Reform der touristischen Landestourismusorganisation, die ohne den noch lange nicht ausgestandenen Fall Pohl, um es auch einmal zu nennen, das darf ich hier wohl sagen, auch ein positiver Effekt vorhanden ist. Meine Damen und Herren, ich meine aber auch, daß es angebracht ist, wenn ich Steiermark-Werbung, Fremdenverkehr und Tourismus nennen, all jenen einmal zu danken, die dazu beigetragen haben, daß dieses ansehnliche Ergebnis, das ich Ihnen geschildert habe, nämlich diese neuen Auszeichnungen, zustande gekommen ist.

Und es zeigt auch, meine Damen und Herren, daß die Millionen, die wir hier beschlossen haben, für den Tourismus und für die Steiermark-Werbung im Endeffekt gut angelegt sind. Meine Damen und Herren, ich meine aber auch, daß die Frage des Deklarierens unserer Besucher aus den Herkunftsländern, die Frage der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Tourismus, aber auch besonderen Mitteleinsatz verlangt. Ich weiß schon, Frau Landesrätin, man kann sich damit ausreden, daß man sagt, es wäre kein Geld aus Tourismustöpfen vorhanden und geflossen, denn da gilt wohl das Prinzip – ich darf das auch einmal sagen –, öffentliches Geld ist eben öffentliches Geld, ganz gleich, ob ich es dem Verein Tourismuswerbung zur Verfügung stelle oder dem Tourismus allgemein als Unterstützungsgelder, wo ich gemeint habe, mit diesen 167 Millionen Schilling, sie müßten einmal anders verteilt werden. Frau Landesrätin, beachten Sie bitte auch diesen Grundsatz „öffentliches Geld ist öffentliches Geld“ künftig nicht nur bei vorsätzlichen, fahrlässigen, unhaltbaren Vorwürfen gegenüber anderen, sondern vor allem auch für die eigene Handlungsweise. Ich erlasse diesen Ruf aber auch an alle anderen, an mich selber auch, der im Tourismus als Sprecher unserer Fraktion tätig ist, weil ich glaube, daß wir diese Grundsätze alle zu beachten haben. Wir werden künftig als Fazit des Steiermark-Werbung-Eklats hoffentlich keine Politiker und Beamten mehr in einen Aufsichtsrat entsenden müssen, sondern in eine echte Aufgabentrennung: unabhängige Geschäftsführung, echtes Kontrollorgan. Das sind die Grundsätze, die eine zukünftige Werbung haben muß.

Ich meine, wir müßten auch gemeinsam in dieser Art diese Einrichtung sehen. Ich weiß, daß einer politisch Verantwortlichen, wenn sie als Landesrätin zuständig ist, im Endeffekt, wie ich es bei Spitalslandesrat Dr. Strenitz gesagt habe, die Endverantwortung niemand abnimmt, weder der Landesregierung noch der verantwortlichen Referentin, noch dem Steiermärkischen Landtag, trotz alledem sollte man die Leute arbeiten lassen, von ihnen die Vorlage der Ergebnisse dieser Arbeit verlangen. Man sollte aber nicht mit politischer Hand in die Geschehnisse der Werbung und des Tourismus eingreifen.

Meine Damen und Herren, zum Dritten. Es ist Ihnen, Frau Landesrat, oft nachgewiesen worden, daß wir als Mitglied der Österreich-Werbung diese Organisation auf Grund der schmalen Märktstreuung relativ wenig nutzen können. Dies, obwohl die Steiermark-Werbung derzeit über 11 Millionen, ich glaube 11,6 Millionen Schilling sind es, die wir hineinbezahlen, kaum weni-

ger als Tirol oder Salzburg, aber mehr als Wien – bitte, ich mache aufmerksam –, welche allesamt diese Organisation weltweit nutzen können. Ich halte es für falsch verstandene Solidarität – ich darf auch das hier sagen –, der Bundesorganisation so hohe Mittel zufließen zu lassen und bei Erhöhung in die 500-Millionen-Größenordnung, sie verfügt derzeit über 500 Millionen, immer mitzuziehen, solange Sie, Frau Landesrätin, die eigene Landesorganisation mit 30 Millionen abfinden, gestatten Sie mir den Ausdruck abspesen, und, wie schon erwähnt, nur mit der Hälfte oder einem Drittel anderer Bundesländerorganisationen dotieren können oder – ich will es Ihnen nicht unterstellen, ich sage es aber trotz alledem wieder wie beim letzten Mal – auch wollen.

Nun, meine Damen und Herren, das mag ja aus Solidaritätsgründen – das bedeutet das vielleicht auch – möglich sein, mit der Sie beim Minister Schüssel andere geldwerte Gefälligkeiten erkaufen – das ist möglich, das weiß ich nicht, aber wie gesagt nicht um den Preis der Unterschreitung der Existenz der landeseigenen Organisation. Sie muß stehen, sie muß halten und sie muß für den Tourismus da sein. Wenn Ihnen aber an dieser Solidarität zu Ihrem Parteifreund Schüssel, den Sie ja oft in diesem Hause als den Alleinunterstützer für Ihre Tätigkeit nennen, gegenüber schon so unermeßlich viel liegt, dann sorgen Sie bitte wenigstens dafür, daß beim Verein Österreich-Werbung eine Systemänderung in Gang kommt. Nämlich, daß statt des anonymen Mitgliedsbeitrages in den großen Schlund für den beliebigen internationalen Einsatz und der hinterfragenswerten Dienstreisen-Serien des Herrn Generaldirektors fast nur an exotische Ziele – das darf ich auch sagen – endlich die Möglichkeit geschaffen wird, daß die Steiermark in Österreich selber, in Deutschland, in Italien, in der Schweiz, im Benelux und so weiter, also in unseren Stammmärkten zu feststehenden Tarifen Gegenleistungen für ihre Zigmillionen bekommt, und sorgen Sie bitte dafür, daß diese Leistungen über den Kanal der Landesmarketingorganisation, also über die künftige Ges. m. b. H., geführt und auch kontrolliert werden, denn die Kontrolle dieser Mittel ist auch wichtig. Denn einfach nur 11,6 Millionen Schilling in den Schlund der Österreich-Werbung zu werfen und nicht einmal die Rückkoppelung zu kriegen, was dafür geleistet wird, das ist ein Versagen, das muß ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen!

Wenn Sie zusätzlich zur bisherigen Praxis den EDV-Bereich gefördert haben, wenn Sie die Angebotsbetreuer mit umgeschichteten Sondermitteln ausgestattet haben und wenn Sie bisherigen Steiermark-Werbungs-Einsatz mit Österreich-Werbungs-Leistungen in Hauptmärkten wie vorgeschlagen wenigstens teilweise substituieren oder gar bisherige Österreich-Werbe-Millionen sinnvoller in der Steiermark-Werbung ansiedeln, dann entlasten Sie, Frau Landesrätin, oder dotieren Sie möglicherweise unsere Ges. m. b. H. so weit, daß Sie auch mit den jetzt vorgesehenen Tourismusmitteln vorerst durchkommen.

Übrigens, meine Damen und Herren, das möchte ich zur letzten Abrundung auch einmal in diesem Hohen Hause richtigstellen. Und ich hoffe wirklich, daß es sich damit dann endlich, wie in anderen Bundesländern längst vollzogen, auch bei uns nicht nur in Lippenbekenntnissen erschöpft, sondern daß auch praktisch ausgeschaltet sein wird, daß parallel neben der

touristischen Fachorganisation der politische Referent allein oder mit Hilfe einer weisungsabhängigen Landesfremdenverkehrsabteilung nach Lust und Laune sowie ohne fachlichen Hintergrund sein ergänzendes Nebenmarketingwesen treibt und aus durchsichtigen Motiven seine umverteilende Gießkannenförderungspolitik fortsetzt. Ja selbstverständlich, Werbung muß aber bitte auch in dem Sinne eingesetzt werden, daß sie wirkt, und sie muß nicht verzettelt werden, denn, meine Damen und Herren, die Unterstützung dieser vielen, obwohl ich es verstehe – auch als einer jener, der aus einem kleinen Ort kommt, wo der Tourismus als sogenanntes zweites Standbein aufgebaut werden soll –, daß jeder kleine einzelne Dorfprospekt und Ortsprospekt, nur damit ich über meine eigene Kirchturmpolitik nicht hinaus schauen brauche, mit Hunderten Schillingen, mit Tausenden Schillingen, mit Zigtausenden Schillingen unterstützt wird. So geht es nicht, es muß bitte insgesamt etwas geschehen und groß eingesetzt werden, sonst gelingt es uns nicht, diese Bereiche der Großwerbung abzudecken, und es gelingt uns auch nicht, gemeinsam schlagkräftig zu werden auf den Märkten der Welt.

Meine Damen und Herren, wir haben gehört, daß es ohne Werbung nicht geht. Kollege Purr, wir wissen das auch, du kommst aus dem Bezirk Deutschlandsberg, und du weißt auch ganz genau, daß ohne Werbung im Endeffekt nichts zu machen ist, auch für deine eigene Region nicht, und wenn du dir das südsteirische Land anschaut oder wenn du dir das Thermenland anschaut, dann wissen wir auch, daß es ohne entsprechende Werbung einfach nicht funktioniert und daß es einfach nicht geht. (Abg. Tasch: „Ich habe mir schon gedacht, du machst Werbung für unseren Bereich!“) Natürlich, lieber Kollege, auch in der Wirtschaft bei deinem Produkt, das du verkaufst, Kollege Dr. Frizberg, ist es nicht anders, auch du mußt es bewerben. Du mußt über die Funktion, über die Darstellung, den Inhalt deines Produktes den Kunden ganz genau Auskunft geben. (Abg. Dr. Frizberg: „Aber nicht durch eine Zentralstelle!“) Ich rede von einer Zentralstelle, lieber Freund. Jetzt hast du, glaube ich, nicht aufgepaßt, ich war der Meinung, es geht um eine Zentralstelle Steiermark-Werbung. Ihr kennt ja bitte unseren Antrag, diese Tourismus-Ges. m. b. H. bitte soll also den größten Teil dieser Mittel auch verwalten, weil ja durch das neue Tourismusgesetz in die örtlichen, regionalen und überregionalen Organisationen hier zusätzliches Geld mitfließt, das auch wieder gemeinsam in Regionen für bestimmte Bereiche verwendet werden soll.

Nun, meine Damen und Herren, ich weiß, daß die Frage der Altlasten der Steiermark-Werbung ein penibler Bereich ist. Ich meine aber, man sollte auch in dieser Angelegenheit einmal mit aller Deutlichkeit feststellen, daß beispielsweise im Jahre 1992 der Steiermark-Werbung 30 Millionen wie bisher zufließen werden und zusätzlich zur Tilgung der Altschulden 14 Millionen Schilling, die die Landesregierung beschlossen hat, das heißt also, in diesem Bereich es 44 Millionen Schilling gewesen sind. Wenn Sie mir gestatten, daß ich Ihnen die Mittel aufzähle, die hier in den letzten drei Jahren subsumiert in die Steiermark-Werbung geflossen sind: nämlich 30 Millionen plus 26,9 Millionen plus 22,4 Millionen, und wenn ich dazu

noch die 14 Millionen, die ich gerade erwähnt habe, hinzuzähle, die also als Abdeckung gegeben werden, dann komme ich in drei Jahren auf 93,3 Millionen Schilling. Das heißt also, pro Jahr ein Betrag von 31,1 Millionen, die effektiv verbraucht wurden, und nicht die immer wieder herumgeisternden 50 Millionen pro Jahr. Wenn man davon noch die dem entlassenen Geschäftsführer nachweislich bitte – nachweislich, ich bin bereit, es nachzuweisen – aufgezwungenen drei Winterwerbemillionen sowie die selbst von der Frau Landesrat unbestrittenen 3,5 Millionen Altlasten, also 6,5 Millionen, subtrahiert, so ergibt das nach Adam Riese nur einen Jahresschnitt von 29 Millionen Schilling in den letzten drei Jahren.

Meine Damen und Herren, aus Fairneßgründen muß man schon einmal in diesem Haus auch ganz klar feststellen, daß die frühere Steiermark-Werbung-Geschäftsführung mit effektiv verfügbaren 30 Millionen im Drei-Jahres-Schnitt sehr wohl schuldenfrei gewirtschaftet hätte, wenn gewisse Dinge nicht vorangetrieben worden wären, die alle gewünscht haben und auch gemeint haben, sie würden die Verantwortung tragen.

Verzeihen Sie mir, wenn ich dem Bereich des Tourismus diesmal eine längere Zeit und einen längeren Part gegeben und geliefert habe, aber ich glaube, es war notwendig, einmal darüber zu reden. Weil ich glaube, wir sollten uns ein bißchen mehr mit diesem großen Standbein der Wirtschaft befassen, das uns zukünftig vielleicht auch die Möglichkeit bietet, in den Bereichen gemeinsam mit der Landwirtschaft und anderen Dingen noch mehr zu schaffen, stärker in den Umsatz zu kommen, aber – und ich sage das noch einmal dazu – unter Beachtung aller ökonomischen Bereiche und unter Beachtung aller ökologischen Ziele, die wir vor uns haben.

Ich habe schon einmal gesagt alles ist nicht Gold, was glänzt. Auch in diesem Bereich ist nicht alles Gold, was glänzt, denn das, was uns die Touristen zum Teil hinterlassen, müssen wir ja wieder beseitigen, das ist der Müll und das sind alle anderen Dinge, die wir also zu tragen und zu bezahlen haben. In der Gegenrechnung, darf ich aber auch sagen, kommt unter dem Strich noch immer ein großer Profit und Gewinn heraus. Ich darf Sie vielleicht, Frau Landesrätin, einmal ersuchen, nachdem wir schon so viele Untersuchungen über wirtschaftliche Belange und Bereiche gemacht haben, auch einmal eine Untersuchung zu machen, eine Steuerleistungsquote über den Tourismus, und zu sagen, soundso viel bringt uns der Tourismus, und soundso viel kostet er uns.

Meine Damen und Herren, der Kollege Pörtl hat in seiner freundlichen, netten Art, die jedem behagt und zum Schmunzeln veranlaßt, gesagt: „Ohne Geld und entsprechende Präsenz kannst du dich brausen gehen.“ So meine ich auch, es ist so, ohne Geld und entsprechende Präsenz kannst du dich brausen gehen. Daher gibt es für uns nur eines: sofortige Intabulierung unserer Werbungs-Ges. m. b. H.

Wir stehen – Kollege Vesko, ich glaube, auch du – zu diesem Bereich, und ich meine, wir sollten hier gemeinsam, ich meine das wirklich, gemeinsam, versuchen, etwas voranzubringen, daß endlich diese Streiterei aus dem Tagesgeschehen herauskommt und aus dem journalistischen Geschehen. Es dient uns

allen gemeinsam nicht, es dient aber vor allem dem Tourismus nicht und den Beschäftigten dort, den Unternehmerinnen und Unternehmern. Den Beschäftigten auch in der Tourismus-Ges. m. b. H. wünsche ich ein erfolgreiches Urlaubsjahr 1992. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 17.05 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Hohes Haus! Nach dem fast makellosen 32minütigen Preislied des Kollegen Vollmann hören wir nun den Kollegen Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.05 Uhr): Nicht 32 Minuten. Herr Kollege Vollmann, von Bienen verstehst du mehr als vom Fremdenverkehr. Ich gratuliere herzlich! (Abg. Vollmann: „Da befinde ich mich wahrscheinlich mit dir in guter Gesellschaft!“) Das ist durchaus möglich, aber du hast ja schon viel länger die Chance, dich um diese Dinge zu bemühen, und deine Direktinformationen durch den Herrn Pohl, die täglich erfolgen, damit du alles hast, sind natürlich wichtig. Mit mir redet er ja nicht. (Abg. Vollmann: „Ich halte ihn für einen tüchtigen Mann, der zu Unrecht entlassen worden ist!“) Du hast ja den Namen genannt. Du hast ja beim Tourismus nichts anderes getan, als zuerst einmal im Eilzugtempo über Dinge zu reden – und jetzt gestattet mir folgendes Szenario – da oben, wenn da ein sozialistischer Referent bei diesem Kapitel gesessen wäre, dann hättest du dich nach jeder Zahl, die zu nennen ist im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr in der Steiermark, verneigt und hättest gesagt „Herr Landesrat“, und nach jedem dritten Satz hättest gesagt „Herr Landeshauptmannstellvertreter“.

So funktioniert das nämlich nur, wenn ein hervorragendes Ergebnis zustande kommt in einem Bereich, der nicht von Dir so direkt in Anspruch genommen werden kann. Dann natürlich muß man alles niedermachen, dann nennt man schnell die Fakten, damit man nicht den Vorwurf bekommt, man hat sie nicht genannt, und dann greift man einen nebensächlichen Bereich heraus. Es ist nämlich ganz eindeutig so. Werbung kann man nur für ein ordentliches Produkt machen. Und dieses ordentliche Produkt gibt es im steirischen Land, in der Steiermark, im steirischen Tourismus. Und das ist einmal das Wichtigste.

Und das ist das Entscheidende, und die Ergebnisse können sich sehen lassen. 9,5 Millionen Nächtigungen, erster Rang bei den Inländernnächtigungen. Ein Kompliment an uns alle ist dieses Ergebnis, Kollege Vollmann, da muß man wirklich danken und froh sein, daß es ein solches Ergebnis gibt.

Dieses Ergebnis, Kollege Vollmann, du wirst mir sofort zustimmen, bedeutet, daß es den Menschen aus anderen Ländern in der Steiermark, in der wir leben, so gut gefällt, daß sie Geld dafür bezahlen, um hier ihren Urlaub verbringen zu können. Das ist etwas Herrliches, und da kann man eigentlich gut Werbung dafür machen. Dieses Ergebnis heißt auch, daß die Umweltsituation, die Preissituation und die menschlichen Komponenten in diesem Land stimmen und daß unser Bundesland, unsere Steiermark gemeinsam den Anforderungen des Konsumenten, des Königs Kunde, entspricht. Wir alle können und sollen uns darüber freuen, das wäre nämlich das, was wir tun könnten bei dem Kapitel, und nicht es niedermachen mit nebensächlichen und kleinlichen Nebenerscheinungen, die

es vielleicht auch gibt. Ich könnte da eine Menge Dinge zitieren, die in deiner Wortmeldung vorgekommen sind. (Abg. Vollmann: „Sage mir einen Satz, womit etwas niedergemacht worden ist!“) Du hast es dadurch entwertet, daß man schnell sagt, war so nicht schlecht, sehr gut, brav, aber dann, das ist gut! (Abg. Vollmann: „Nicht schlecht, sondern ausgezeichnet – entschuldige, neun Auszeichnungen!“) Wir können und sollen uns darüber freuen, weil dieses Ergebnis bedeutet, daß im Land Steiermark die Verantwortlichen eine große Entwicklung in den letzten Jahren behutsam aufgebaut haben. Und der Beginn liegt schon sehr lange zurück. Der Begriff des „sanften Tourismus“ könnte eigentlich in der Steiermark erfunden worden sein. Kein Massentourismus mit Identitätsverlust, wie in anderen Bundesländern mit Umweltschäden, sondern ein auf dieses schöne Land Steiermark verteiltes Gästeaufkommen, und zwar, wie du wirklich gesagt hast, verteilt über das ganze Jahr.

Die Eckdaten können sich sehen lassen. Die Eckdaten lauten: 18.000 unselbständig Beschäftigte im Land Steiermark in der Tourismusbranche, über 3200 Lehrlinge in dieser Branche, 5700 gastronomische Betriebe, 2300 Hotel- und Beherbergungsbetriebe, 64 Kur- und Heilbadeanstalten, 193 Bäder und so weiter. Daraus ergibt sich letztendlich, daß rund 30.000 Steirer und Steirerinnen entweder als Unternehmer oder als Arbeitnehmer ihren Erwerb im steirischen Tourismus finden. Der Umsatz im steirischen Tourismus beträgt über 7,7 Milliarden Schilling. Und hier, muß man einmal sagen, haben die Gemeinden auch einen entscheidenden Beitrag geleistet dafür, daß sie Geld aufgewendet haben für die Herstellung der Tourismusinfrastruktur. Auf lokaler und regionaler Ebene haben dann Verbände und Vereine im Marketingbereich auch große Arbeit geleistet. Das heißt, daß der Tourismus unser besonderes Augenmerk verdient und daß zu hoffen ist, bald eine gesetzliche Grundlage dafür zu haben. Und wenn ich so in Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten im Haus darauf zu sprechen komme, dann habe ich das Gefühl, auch nach der Wortmeldung von vorher, daß es vielleicht dieses steirische Tourismusgesetz wirklich bald geben wird. Es gibt einige, die haben keine Freude damit, aber es gibt viele, die freuen sich darauf.

Frau Landesrätin Klasnic, wenn dieses Gesetz zustande kommt, ohne dabei die vielen Touristiker und Idealisten zu vergessen, die durch bemerkenswerte, knochenharte Basisarbeit die Voraussetzungen dafür geliefert haben, dann ist das wirklich etwas, wozu man gratulieren kann, und zwar uns allen, dem Tourismus in der Steiermark. Es ist wichtig für die Arbeit in den Regionen, daß in Zukunft das dort aufgebrauchte Geld wieder zweckgebunden in den Tourismus der einzelnen Orte zurückfließt. Trotzdem wird um Hilfestellung gebeten, denn nicht jede Region hat bereits gut funktionierende Verbände. Es ist auch darauf zu achten, daß Randgebiete und Randorte nicht durch den Rost fallen.

Jetzt möchte ich noch ein paar Sätze dazu sagen, was mich regional auch irgendwie betrifft und berührt. Es sind im heurigen Jahr 20 Jahre her, daß in Loipersdorf, im Zuge einer Ölsuchbohrung, heißes Wasser herausgekommen ist. (Abg. Vollmann: „Welches Glück für Loipersdorf!“) Richtig!

Und durch diese Bohrung ist eigentlich in irgendeinem Sinn ein neues Kapitel auch des Tourismus in der Steiermark eingeleitet und einbegleitet worden. Auch dafür ist wirklich allen herzlich zu danken, denn wenn man sich anschaut, wie diese Region in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen hat, wie sie an Selbstvertrauen gewonnen hat, Gesamtinvestitionen modernster Art in Milliardenhöhe, wie ein neues Selbstverständnis sogar bundesländerübergreifend geschaffen haben, weil auch die Burgenländer davon profitieren. Aus dem Nichts entstandene Arbeitsplätze in großer Anzahl, viele qualifizierte Arbeitsplätze, wenn man sich das alles vor Augen führt, und die weitere Entwicklung, wie sie sich abzeichnet, dann kann man dem Land Steiermark nur dazu gratulieren. Der Schritt, „Gesundheits- und Aktivtourismus“ in schöner Landschaft herzlich zu fördern, war ein großer und richtiger Schritt. Ich möchte hier nur einen Namen nennen, der damit auch sehr eng verknüpft ist, Präsident Wegart, mit Hilfe des Herrn jetzt gerade präsidiierenden Landesrates Dr. Klausner. Manchmal kann ich daher die sozialistische Fraktion nicht verstehen, wenn sie sich in staatstragender Verantwortung und staats-tragender Form um den steirischen Tourismus sorgt, einziger Ausfluß jedoch letztendlich dieser Sorge eine kleinliche Personaldebatte ist. (Abg. Vollmann: „Das muß unsere gemeinsame Sorge sein! Du vergißt uns anscheinend!“) Diese lösen keine positiven Impulse aus.

Sehr geehrte Frau Landesrat, dir und allen Tourismusverantwortlichen im Land herzlichen Dank, verbunden mit der Bitte, große, unmittelbar bevorstehende, für die Thermenregion, angefangen von Bad Waltersdorf, über Loipersdorf, über Bad Gleichenberg nach Bad Radkersburg und vielleicht bald auch Blumau und andere, und damit für die ganze Steiermark wichtige Bemühungen mit deiner uns bekannten menschlichen Kraft zu unterstützen. Ich danke sehr herzlich für deine Bemühungen. (Allgemeiner Beifall. – 17.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko, ich erteile es ihm. Nach ihm der Kollege Dr. Flecker.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Ich möchte auf die Ausführungen meiner Vorredner nur insofern eingehen, als ich vorerst jene Dankeschuld abzustatten gedenke, die der steirische Tourismus seiner Landesrätin für die hervorragende Saison des vergangenen Jahres sowohl im Winter als auch im Sommer schuldig ist. Ich danke und verneige mich dafür, daß wir einen sehr schönen und heißen Sommer gehabt haben und somit unsere Bäderindustrie und unsere Seenindustrie im Tourismus den entsprechenden Erfolg gehabt haben.

Ich danke und verneige mich auch dafür, Frau Landesrätin, daß die Adria so verschmutzt war, daß es den Leuten doch lieber gewesen ist, das schöne Klima unserer schönen Heimat Steiermark im Salzkammergut, an der Thermenlinie und wo sonst immer im Norden, Osten, Süden und Westen zu besuchen. Sehr geehrte Frau Landesrätin, ich verbeuge mich auch und danke

Ihnen sehr herzlich, daß wir nun schon den zweiten Winter haben, der uns Schnee und Kälte beschert hat, die die wintersportfreudigen Menschen in unsere Heimat geführt haben, um ihrem Lieblingssport zu fröhnen, die Hotels zu füllen und den Gästen die entsprechende Voraussetzung zu geben, hierherzukommen. (Abg. Mag. Rader: „Sie ist aber nicht die Frau Holle!“) Ich hoffe, Frau Landesrat, daß ich damit jenen Fauxpas beendet habe. (Landesrat Dr. Strenitz: „Und auch die Spitäler!“) Und auch die Spitäler, Herr Landesrat, auch Ihnen danke ich sehr herzlich!

Aber bitte, meine Damen, Spaß beiseite. Wir können wirklich auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken und so, wie es jetzt aussieht, werden wir auch im heurigen Winter eine gute Ernte eingefahren haben. Wenn das Wetter will und wenn es uns gelingt, auf dem Weg fortzufahren, wie wir ihn bisher gegangen sind, dann wird auch der Sommer den entsprechenden Erfolg haben.

Es kommt noch etwas dazu: In den letzten Jahren ist eine absolute Veränderung im Gebaren der Menschen, ihren Urlaub zu verbringen, eingetreten. Sie sind heute nicht mehr daran interessiert oder nicht mehr so sehr daran interessiert, sich in Zentren des Tourismus zu begeben, um dort das High-life des Sommerurlaubes oder Winterurlaubes zu erleben, sondern sie beginnen, mangels an Lebensqualität in ihren Zentren, sei es nun im Industriegebiet des Ruhrgebietes in Deutschland oder in England und in Skandinavien oder wo auch immer, die Güte und Qualität von Ruhe, Geborgenheit, schöner Landschaft, guter Luft, gutem Wasser und dem Wesentlichsten von allem, freundliche Leute, hier bei uns in der Steiermark jenes Quentchen an Urlaubsfreude zu erblicken, das sie dazu bewegt, hierherzukommen.

Dorthin – und da gebe ich dem Kollegen Vollmann recht –, dorthin geht unser Dank. Zu den Wirten, zu den Hoteliers, zu den Schiliftbetreibern, zu den Bootsverleihern, zu den vielen Leuten, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, die durch ihr gesundes Volksbewußtsein, durch ihre Freundlichkeit unseren Gästen die Möglichkeit geben, hierzubleiben. Ich sage das ganz bewußt, weil ich weiß, daß diese Substanz noch viel mehr ausgebaut werden muß, und weil ich weiß, daß wir dieses Stück Wirtschaft, nämlich die Fremdenverkehrswirtschaft, noch viel, viel mehr brauchen werden in den kommenden Jahren. Weil wir bitter erleben müssen, und die Diskussionen der vergangenen Monate haben es bewiesen – und wir stehen erst am Beginn dieser Entwicklung –, daß nämlich der Tourismus das Substitut für jene Industrien wird, die wir sukzessive verlieren und für die wir keinen Ersatz finden können. Das heißt also bitte, meine Damen und Herren, wir müssen uns bemühen, den Tourismus in jene Position zu hieven und ihm jenen Stellenwert zu geben, den er braucht, damit er diese Substitutionsfunktion auch bringen kann.

Ich selbst habe das Glück, in einem Ort zu wohnen und zu leben, in dem andere Leute viel, viel Geld ausgeben, um dort ihren Urlaub verbringen zu können. Ich sage Ihnen, es ist für die Bewohner eines Ortes nicht immer alles eitel Wonne, Gießschmarren und Honiglecken, wenn man eine volle Saison mit allen Konsequenzen miterlebt hat. Es ist zeitweise verständlich, daß die Leute eine gewisse Distanz zu dem Trubel

suchen. Wir erleben durchaus auch schon Bereiche in Österreich – ich spreche da noch nicht von der Steiermark, aber in Österreich –, wo eine Umkehr in diesem Denken eintritt, weil die Grenzen der Belastbarkeit sowohl für die Bevölkerung als auch für die Natur bereits überschritten werden. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, hat aber die Kommune, die Gemeinde selbst ein gerüttelt Maß an Aufgaben, und sicherlich in zweiter Konsequenz das Land, um dafür zu sorgen, daß wir jenes Maß an Bekanntheit erreichen, und zwar jetzt einmal als Einheit Steiermark. Um zum Thema zu kommen, das in den letzten Monaten des vergangenen Jahres und auch sicherlich in Zukunft noch einige Male sehr heftig diskutiert werden muß, das ist der Bereich der Werbung, das ist der Bereich der Vermittlung des Angebotes und der Möglichkeiten an den potentiellen Kunden.

Meine Damen und Herren, es hat die Steiermark-Werbung als Organisation in dieser Werbung – und das hat Kollege Vollmann in sehr eindrucksvoller Weise dargestellt –, mit dem, was sie auf dem werberischen Sektor geleistet hat, sicherlich Gutes getan, Erfolg damit eingeheimst, und ich nehme an, daß die Goldene Reisekutsche, Frau Landesrätin, sicherlich Sie in Empfang nehmen werden, weil Sie ja bestimmt jener Weisung folgen werden, die Sie ja schon in der Steiermark-Werbung ausgegeben haben, daß Sie die positiven Meldungen selbst vorzunehmen gedenken.

Ich glaube aber, und das soll man hier sehr klar und deutlich sagen, daß dieser Erfolg im wesentlichen der Organisation Steiermark-Werbung und den Mitarbeitern mit der Spitze und unter der Führung von Herbert Pohl als Geschäftsführer gebühren würde. Ich stehe nicht an, das hier klar und deutlich auszusprechen, wobei ich nicht verhehle und durchaus auch dafür Verständnis habe, daß man nicht in allen Bereichen der große Kaiser sein kann. Es gibt vieles an Dingen, die Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin, an seiner Arbeit sehr bekrittelt haben, wobei wir nicht berufen sind, hier diese Dinge heute abzuklären. Es gibt dazu andere Instrumentarien, die dieses Haus bereits eingesetzt hat, und es sind auch die ordentlichen Gerichte derzeit damit beschäftigt. Ich erspare mir also Äußerungen dazu, ich weiß, meine Meinung ist in diesem Hause dazu hinlänglich bekannt.

Ich möchte aber zum Abschluß meiner Ausführungen noch einen Punkt herausstreichen: Die Steiermark-Werbung wird in einer neuen Form weiterbestehen, in einer Gesellschaftsform, die dem entspricht, was der Landtag sich unter ausgegliederten Gesellschaftsformen vorstellt. Sie wird nicht die einzige Gesellschaft sein, die wir aus dem Land heraus haben, und sie wird analog zu all diesen anderen Gesellschaftsformen geführt werden, wobei ich eine Anmerkung treffen möchte: Es ist nicht damit abgetan, nur die Steiermark-Werbung auszugliedern und sie damit auf der einen Seite dem parteipolitischen Einfluß zu entziehen und auf der anderen Seite jenes Maß an Autonomie für sie zu errichten, das es ihr auch ermöglicht, weisungsungebunden sich den Aufgaben zu widmen, die sie zu erfüllen hat, sondern es wird auch notwendig sein, andere Bereiche aus dem Fremdenverkehr in diesen Topf und unter diesen Schirm oder unter dieses Dach miteinzubeziehen.

Ich denke hier im wesentlichen an jenen Bereich, der die Förderungen betrifft und alles andere, was mit dem Tourismus zu tun hat. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir alles, was mit dem Fremdenverkehr zu tun hat, unter einen guten, starken Schirm stellen und damit erreichen, daß alle Kräfte, die zum Wohle dieses so wichtigen Wirtschaftszweiges arbeiten, in einer Organisation zusammengefaßt sind. Wenn uns das gelingt, dann haben wir den vielen dem Tourismus verbundenen und im Tourismus beschäftigten Menschen sicherlich einen guten Dienst erwiesen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.28 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hofrat Dr. Flecker. Ich erteile es ihm. Nach ihm kommt der Herr Abgeordnete Tasch.

Abg. Dr. Flecker (17.28 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich danke meinen Vorrednern für die Dankesworte, ich kann sie mir dadurch ersparen. Ich bin mir noch nicht ganz sicher, wem die Goldene Reisekutsche gewidmet ist und wessen Rückzug damit vergoldet werden kann. So was Goldenes hat es ja an sich, daß etwas verschönt wird. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Vielleicht gibt es für den Finanz-Ausschuß auch eine ‚Goldene Kutsche!‘“) Ich wollte gerade sagen, seit mir der Herr Schützenhöfer den „Goldenen Hofratsessel“ verliehen hat, fühle ich mich dort wohler, und seit Sie meinen Vorsitzessel so wichtig finden und dadurch vergolden, finde ich mich dort auch wohler und werde länger dort bleiben, als Sie sich das erhoffen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Rader: „Sehr begeistert sind deine Leute nicht!“) Sie sind nicht begeistert? Für meine Leute ist das selbstverständlich. Die brauchen mir Selbstverständlichkeiten nicht zu beklatschen.

Aber wir wollen jetzt Zeit einsparen, also tun wir weiter.

Es kann wohl kein Zweifel sein, daß dem steirischen Fremdenverkehr durch die Politik in der letzten Zeit einige Wunden geschlagen wurden. Und ich meine, Herr Abgeordneter Majcen, es ist ja nicht so, daß der ständige Wechsel in der Führung im Landesfremdenverkehrsverband nur eine leidige Personaldebatte ist. Ich glaube, generell geht es darum, wenn die Geschäftsführer permanent wechseln, daß das Image angekratzt wird. Und das kann man, glaube ich, objektiv so darstellen. Das ist tatsächlich eine Schädigung des Images. (Abg. Majcen: „So wie bei den SPÖ-Sekretären!“) Kann auch der SPÖ im Image schaden.

So, bevor wir eine Parteidebatte machen, reden wir über den Fremdenverkehr. Ich glaube auch andererseits, daß es eine politische Wunde war, daß wir so lange zuwarten mußten mit dem Fremdenverkehrsgesetz, weil einfach dadurch Chancen entgangen sind. Ich glaube aber trotz allem, daß irgendwann einmal der Zeitpunkt gekommen sein sollte, wo wir alle zusammenwirken sollten, um diese Wunden zu schließen, und in die Zukunft schauen sollen, daß wir zu einem günstigen Ausblick kommen. Und das wird dem Fremdenverkehr gut tun. Politische Verantwortungen werden sich an Gerichtsurteile zu knüpfen haben, ein unmittelbarer Anlaß für Konsequenzen ist meines Erachtens nicht gegeben, wenn wir zu einer guten Kon-

struktion der Steiermark-Werbung kommen und wenn wir für das Fremdenverkehrsgesetz einen vernünftigen Kompromiß erzielen. Und da bin ich so wie meine Vorredner durchaus zuversichtlich. Aber ohne der Debatte zum Gesetz selbst vorgreifen zu wollen, will ich doch einen Punkt herausstreichen, der die neuen Strukturen betrifft. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Bildung von gemeindeübergreifenden, regionsbezogenen Tourismusverbänden die vernünftigste Lösung ist. Warum? Erstens schaffen wir einen Rationalisierungseffekt in der Bürokratie. Wir brauchen nicht zwei Ebenen aufzubauen. Zweitens ist es dann, wenn die Region ein einheitliches Angebot hat, die Region selbst jene marktfähige Einheit, mit der man auf den Plan treten kann. Und drittens kommt es bei gemeindeübergreifenden Tourismusverbänden zu einem finanziellen Ausgleich zwischen dem Zentralort und den Umlandgemeinden, weil die Zentralorte naturgemäß durch das Gesetz bevorzugt sind. Und jetzt bin ich auch schon beim Thema der Dachstein-Tauern-Region, die mir natürlich besonders am Herzen liegt, und es wird auch der Abgeordnete Tasch dazu sicher einige Worte sagen.

Daß dort der Fremdenverkehr ein Lebensnerv ist, ist kein Geheimnis. Er hat sicher wesentliche Fortschritte gebracht. Aber wir sind in den Intensivgebieten des Fremdenverkehrs heute soweit, daß nicht nur die ökologische, sondern auch die soziologische Belastbarkeitsgrenze zu diskutieren ist. In diesen Orten, die einen nahezu industriellen Fremdenverkehr haben, beginnen sich vor allem durch die quantitativen Effekte, schädliche Wirkungen zu zeigen. So kommt es einerseits dazu, daß in Saisonzeiten die Touristenmassen die Einheimischen zurückdrängen, und wenn ich mir, übertrieben dargestellt, ein Szenario vorstelle, daß vielleicht in einiger Zeit die Einheimischen in der Saison nur mehr als Schuhplattler bei Heimatabenden für unsere deutschen Gäste auftreten dürfen, dann wird mir schwummelig. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Vor allem, wenn man denkt, daß Sie da auch partizipieren – wie werden Sie das schaffen?“) Wieso, ich tu nicht Schuhplatteln!

Und zweitens ist die Kluft zwischen jenen, die am Fremdenverkehr verdienen, und denjenigen, die die höheren Preise zu tragen haben, immer größer. Es ist ja zum Beispiel die Kaufkraft eines Beamtengehaltes in der Dachstein-Tauern-Region wesentlich niedriger, als sie zum Beispiel in einem südlichen Landesteil ist. Sie sehen also, welche Sorgen ich mir um meine Kollegen mache, und es gibt dafür auch kein entsprechendes Äquivalent. Wir haben wenige, die gut daran verdienen, und viele, die in erster Linie die höheren Preise zu tragen haben. Die Arbeitnehmer im Fremdenverkehr kommen zum größten Teil nicht aus der Region in der Dachstein-Tauern-Region, sondern sind Saisoniers oder Fachkräfte aus anderen Bundesländern. Daraus folgt, daß wir versuchen müssen, die Wertschöpfung des Fremdenverkehrs vermehrt auf die Arbeitnehmer aus der Region aufzuteilen. Ich glaube, daß eine große Chance darin liegen würde, wenn Ausbildungsstätten für Fremdenverkehrsberufe gerade in fremdenverkehrsintensiven Gebieten angesiedelt werden. (Abg. Pußwald: „Das ist ein anderes Image für die Auszubildenden beziehungsweise die Lehrlinge! Da müssen Sie in Ihrer Partei schon ansetzen!“) Ja, Sie haben

völlig recht. (Abg. Dörflinger: „Frau Abgeordnete, reden Sie einmal mit dem Abgeordneten Schützenhöfer darüber!“) Frau Abgeordnete Pußwald, ich bin durchaus Ihrer Meinung, daß man überhaupt die Lehrlinge im Image aufwerten muß. Ich bin auch dafür, daß der Beruf in der Gastronomie dadurch attraktiver wird, daß man die Bediensteten nicht so sehr ausnützt und vor allem die Lehrlinge nicht ausnützt, weil da gibt es ja genug Strafakten gerade oben in der Dachstein-Tauern-Region, und das sind gerade Unternehmer, die Ihnen ja bekannt sind.

Aber wir sind im Ziel einig, und wenn Sie auch ein bißchen in Ihrer Partei mithelfen, dann werden wir das durchaus schaffen. (Abg. Pußwald: „Ich kämpfe auch für den Fremdenverkehr, und ich kämpfe auch um die jungen Leute!“) Ich rechne das nicht auf meine Redezeit an! (Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Herr Kollege Dr. Flecker!“)

Ich bin überzeugt davon, wenn wir die Schulen und die Ausbildungsstätten in den Fremdenverkehrsgebieten hätten, würden auch mehr Einheimische bereit sein, diese Schulen zu besuchen und dann in der Region als Arbeitskräfte und aber auch als Unternehmer tätig werden. Ein weiterer Effekt läge im Steigen der Fremdenverkehrsgesinnung in der Region. Der Effekt wird in erster Linie dadurch erzielt, daß ich eine Umschichtung vom Arbeitnehmer aus anderen Bundesländern zu dem in der Region finde und daß ich eine Umschichtung von der Quantität zur Qualität durch die bessere Ausbildung finden könnte. Einen Qualitätssprung könnte die Dachstein-Tauern-Region für den Winterfremdenverkehr durch die Verbindung der Schiberge mit Aufstieghilfen machen.

Erstens würde die internationale Konkurrenzfähigkeit gehoben werden, zweitens würde eine Verkehrsberuhigung auf den Straßen erreicht werden, die dort oben dringend notwendig ist, und drittens scheint mir auch die einzige Maßnahme die zu sein, um weitere Steigerungen bei den Tarifen für Schipässe rechtfertigen zu können.

Ich freue mich in diesem Zusammenhang auch ehrlich darüber, daß die Frau Landesrat Klasnic das Projekt dieser Verbindung unterstützt, und ich bin mir auch der Unterstützung des Herrn Landesrates Ing. Ressel bewußt, mit dem ich persönliche Gespräche in dieser Angelegenheit geführt habe.

Es erscheint mir auch dieser Zusammenschluß, der sicher vorwiegend aus dem Eigenkapital der Schigesellschaften und allfällig hinzukommender Gesellschafter finanziert werden muß, ein Hauptgrund zur Rechtfertigung eines weiteren Engagements des Landes als Mehrheitsgesellschafter zu sein.

Bei allem Optimismus im Zusammenhang mit diesem Projekt will ich aber doch darauf hinweisen, daß es da und dort oben Gruppierungen und Personen gibt, die aus Eigeninteresse, unverständlichen Konkurrenzängsten oder einer über den Kirchturm nicht hinausgehenden politischen Sicht der Dinge diese Entwicklungen in der Region behindern und gefährden.

Wenn wir alle gemeinsam das Ziel der Verbindung dieser Schiberge gutheißen und es als Aufgabe des Landes sehen, diese Verbindungen zu fördern, dann werden wir das schaffen, und dann werde ich bei der

nächsten Rede, wenn das gelingt, sicher einigen Grund zum Dankesagen haben. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Tasch, ich erteile es ihm. Nach ihm der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Tasch (17.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man mit Schaum vor dem Mund spricht, dann tut man sich ein bißchen schwer, die Fakten auf den Tisch zu legen und bei der Realität zu bleiben. Wenn also Kollege Vollmann, der jetzt gerade schwätzt und nicht aufpaßt (Abg. Vollmann: „Wohl, ich passe bei dir immer auf, aber dich verstehe ich ja!“), die Fakten auf den Tisch gelegt und gelobt hat, was in der Steiermark alles positiv geschehen ist, daß wir im Inländerfremdenverkehr die Nummer eins geworden sind, daß wir auch insgesamt am Tourismussektor an vierter Stelle liegen – du hast also die Zahlen genannt, auch Kollege Dipl.-Ing. Vesko hat sie genannt, du hast also auch die anstehenden Auszeichnungen genannt –, und auf der anderen Seite die Frau Landesrat in einer miesen Art von beiden zu beschuldigen, daß also für alles, was negativ ist, sie schuld wäre, aber für alles Positive die Beamten zuständig wären oder die, die die Werbung gemacht hätten. (Abg. Vollmann: „Da hast du nicht aufgepaßt!“) Ich glaube also eines, das ist also wohl eine ganz schmutzige Art, und das hätte ich mir eigentlich heute, wo es also bisher eigentlich sehr objektiv zugegangen ist, von einem Staatsmann – wie du in der „Neuen Zeit“ bezeichnet worden bist – in keiner Weise erwartet, weil unter staatsmännisch stelle ich mir etwas anderes vor. (Abg. Vollmann: „Du meinst, staatsmännisch ist, wenn man nichts aufzeigt, wenn etwas schlecht ist!“) Ich habe also eigentlich immer eine Sympathie zum Kollegen Dipl.-Ing. Vesko gehabt, allein von der Statur her schaut er einem Mannsbild gleich, aber von der Art her, möchte ich also sagen, sind Untergriffe bezüglich unserer Frau Landesrat ein politisches Hickhack, das sich sicherlich die Bevölkerung in keiner Weise gerade am Tourismussektor wünscht. Tourismus ist wohl, und so ist es beiderseitig angeklungen, ein von wirtschaftlicher Seite her von höchstem Stellenwert wichtiger Faktor. Wir sind als Deviseneinnehmer Nummer eins, 165 Milliarden Schilling im Jahr Deviseneinnahmen in Österreich, und ich glaube, von der Beschäftigungsziffer her müssen wir also noch viel verstärkter als bisher auf den Tourismus setzen. Es ist bereits angeklungen, daß wir große Probleme in der Verstaatlichten haben, daß wir große Probleme haben mit dem Aufhören in der Landwirtschaft, und ich glaube, da ist gerade der Tourismus ein Garant, daß wir in Österreich die Beschäftigungspolitik in diesem Maß fortsetzen können, daß wir also nicht auf eine prozentuelle Rate sinken, wie wir uns doch alle nicht wünschen.

Herr Kollege Vollmann, was mich schon besonders in deiner Budgetrede gestört hat, daß du wieder einmal diesen miesen Untergriff auf die Verdienste der sogenannten Bediensteten in der Gastronomie und in den Beherbergungsbetrieben gemacht hast, also hingewiesen und gesagt hast, daß Sozialhilfeempfänger zum Großteil mehr verdienen als die Bediensteten in

der Gastronomie. Da möchte ich dir sagen, daß das vielleicht ein Grund ist, daß so wenige arbeiten wollen, daß eben Sozialhilfeempfänger mehr verdienen als die, die etwas arbeiten. (Abg. Vollmann: „Das ist nachweislich die Tatsache!“) Also so kann es doch bitte nicht gehen. Wegen einiger schwarzer Schafe, die es sicherlich überall gibt, einen ganzen Stand niederzumachen, von dem wir alle profitieren, das finde ich eine ganz, ganz miese Art! Das muß ich also schon einmal sagen. (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege Tasch, ich bitte Sie, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen, der Ausdruck ‚mies‘ ist nicht üblich in diesem Hause!“)

Herr Präsident, ich möchte also sagen, daß unsere Frau Landesrat sicherlich bei der Bevölkerung äußerst gut liegt. Sie führt den Fremdenverkehr mit Weitblick, mit großartigem Einsatz und vor allem mit sehr viel Herz. Ich glaube, gerade das wissen unsere Steirer, und darum stehen sie auch hinter der Tourismus- und hinter der Fremdenverkehrspolitik unserer Frau Landesrat.

Weil Ihr das wißt, glaubt Ihr, Ihr müßt politisches Hickhack spielen, müßt unsere Frau Landesrat überall anschütten, wo es immer nur möglich ist. Ich glaube, so dürfte es doch bitte nicht sein, wo die Zahlen und die Fakten ganz klar aufzeigen, wie erfolgreich die Tourismuspolitik in der Steiermark ist.

Ich hoffe auch, daß das Tourismusgesetz in Kürze kommt. Tourismusgesetz ist sicherlich etwas, auf das wir aufbauen können, auf das wir setzen können. Ich glaube, da müssen wir alle zusammen schauen und trachten, daß dieses Tourismusgesetz einstimmig und in Kürze vorgelegt und beschlossen wird. Ich glaube, daß auch ganz entscheidend in Zukunft für einen künftigen EWG-Beitritt sicherlich die Sicherheit in unserem Land ist, und ich glaube, für den Tourismus entscheidend ist auch, daß sich die Leute bei uns wohl und sicher fühlen. Da, glaube ich, müssen wir also auch ganz entscheidend dagegen auftreten, daß Gendarmerieposten geschlossen werden, weil ich glaube, daß für ein Tourismusland einfach ganz entscheidend ist, daß sich die Leute nicht nur wohl fühlen bei uns in unserer wunderschönen Gegend, sondern daß sie sich auch sicher fühlen. (Abg. Vollmann: „Beim Tourismus braucht man nicht so viele Gendarmen, die schlafen nur!“) Wir müssen alles tun, um den Tourismus zu fördern, vor allem auch in unserer Dachstein-Tauern-Region, aber auch Steirisches Salzkammergut, den Winterfremdenverkehr dort zu fördern, dort zu stützen, wo er hinpaßt. Ich glaube, das ist eine ganz, ganz wichtige Sache, auch das Murauer Gebiet oben, wo der Winterfremdenverkehr echt Fuß gefaßt hat, da müssen wir wohl alles unternehmen, daß sich der Gast bei uns wohl fühlt und daß er auch immer wieder gerne in unsere Region kommt. Ich freue mich immer wieder, wenn ich als Fremdenverkehrsobmann 20jährige und 30jährige Gäste bei uns ehren darf, die sich hier im Urlaub wie zu Hause fühlen.

„Frisch, steirisch, herzlich“ ist immer unser Motto gewesen, und hier, glaube ich, muß eines ganz klar gesagt werden: Wir müssen versuchen, daß wir unsere Tourismus- und Beherbergungsbetriebe, vor allem unsere Gastronomiebetriebe, besser unterstützen und besser fördern. Wir müssen alles tun, um das langsame Gastronamiesterben zu verhindern, sonst werden wohl einige McDonald's mehr aus dem Boden schießen, und

wir werden in Zukunft durch unsere Freizeitpolitik mehr als bisher vor geschlossenen Gasthöfen mit einer Wurstsemmel stehen und keine Möglichkeit haben, dort eine à-la-carte-Karte vorzufinden, um also genüßlich essen zu können und uns dort in diesen Betrieben wirklich wohl zu fühlen.

Nunmehr möchte ich eines sagen: Stehen wir hinter den Fremdenverkehrsbetrieben, stehen wir zum steirischen Tourismus und stehen wir zu unserer Frau Landesrat, die alles tut und mit großartigem Einsatz und Fleiß, um den Tourismus in der Steiermark weiter voranzubringen. Pioniere in unserem Tourismus und großartige Manager werden sie dabei unterstützen und alles tun, um auch weiterhin im Tourismus, im Fremdenverkehr erfolgreich zu sein. Ich glaube, eines muß uns gelingen, daß wir auch in Zukunft einen zufriedenen Gast in unserem Land haben. Es gehört ganz entscheidend dazu, daß wir unsere Landschaft erhalten, daß wir unsere Bauern erhalten, daß wir vor allem unsere schöne Gegend erhalten und unseren Gästen – wie bisher – die Lieblichkeit, die Freundlichkeit und die Herzlichkeit entgegenbringen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.47 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der Herr Abgeordnete Schinnerl hat auf seine Wortmeldung verzichtet. Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Minder. Nach ihr kommt der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Minder (17.47 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Fremdenverkehr ist – wie schon erwähnt wurde – einer der wichtigsten Devisenbringer der österreichischen Wirtschaft, und die mit Touristen importierte zusätzliche Kaufkraft wurde für viele Regionen zum unverzichtbaren finanziellen Standbein. Während aber der Trend im Hotel- und Gastgewerbe stetig zu qualitativ höherwertigen Dienstleistungen und damit auch zu höheren Preisen geht, hat sich in der Qualität der Arbeitsbedingungen der im Gastgewerbe Beschäftigten nur sehr wenig geändert. Wie selbstverständlich haben sich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Fremdenverkehr mit schlechten Arbeitsbedingungen abzufinden, ein niedriges Einkommen hinzunehmen, auf berufliche Aufstiegschancen zu verzichten und familiäre Verpflichtungen hintanzustellen. Dafür sind Freundlichkeit, Höflichkeit, Hilfsbereitschaft und Einsatzbereitschaft rund um die Uhr die in die Arbeitnehmer gesetzten Anforderungen. Weitere Kriterien sind: physische Beanspruchungen durch ständiges Stehen beziehungsweise Tragen von Lasten, durch schlechte Luft, Rauch, Lärm, Hitze, Temperaturschwankungen, Zugluft und dergleichen. Lange Arbeitszeiten und Erfahrungswerte haben ergeben, daß es noch immer durchschnittlich 60 Stunden pro Woche sein können, auch für unsere Lehrlinge, und das ist die Realität. Wie anders könnte der „Standard“ sonst schreiben „Urlaub bei Gesetzesbrechern!“

Herr Abgeordneter Tasch, wer immer sich für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen dieser Betroffenen einsetzt, leistet Wichtiges, allen voran Gewerkschaft und Arbeiterkammer. Auch dann, wenn Sie in Ihrer bemerkenswerten Jungfernrede warnend den Finger erhoben haben und mit Arbeitszeitverkürzungen eigenartige Rechenexempel aufgestellt haben.

Fest steht, wenn die Fremdenverkehrswirtschaft ihrem Grundsatz, Qualität statt Quantität, treu bleiben will, nur so ist ein Bewältigen von Krisen möglich, dann benötigen wir Menschen, die bereit sind, in dieser Branche längerfristig zu arbeiten. Dies wird aber nur dort eintreten, wo die Arbeitsqualität annehmbar ist. Derzeit sind sie in dieser Branche meist unattraktiv, und so fehlt auch der qualifizierte Nachwuchs.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Entlohnung. Noch immer gibt es Löhne um 9000 Schilling. Viele Beschäftigte erreichen nur durch Trinkgelder und Überstundenarbeit ein existenzsicherndes Einkommen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch ein paar Antworten erwähnen, die Frauen gegeben haben, die im Gastgewerbe beschäftigt sind, als man sie fragte, wie es ihnen so gehe: „Ewig kann man das nicht machen, aber ich bin ja noch jung“ oder: „Ich denke mir immer, die Saison geht vorbei, und nachher gehe ich stemmeln. Das braucht man, sonst könnte man nicht so durchhalten, das hält niemand aus“ oder: „Der Verdienst ist schlecht, und ein bißchen Trinkgeld, aber das darf man ja nicht rechnen, das ist ein Geld für mein Lächeln.“ Diese Worte sollten uns zu denken geben. (Beifall bei der SPÖ. – 17.52 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Löcker. Nach ihm folgt das Schlußwort der Frau Landesrätin.

Abg. Ing. Löcker (17.52 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Von Vorrednern wurde schon auf die ökologische und soziale Verträglichkeit des Tourismus hingewiesen, es sind dann später noch arbeitsrechtliche Aspekte dazugebracht worden. Der Kollege Dr. Flecker sagte zum Beispiel: „Durch den Tourismus verdienen wenige gut daran, und viele haben Nachteile“. Wenn dem so wäre, ja, dann müßten wir in der Steiermark die Verhinderung des Tourismus erschaffen, denn die Gefahr, daß wenige dann noch mehr verdienen, wäre größer. Das müßte Ihrem Anliegen entgegengesetzt sein. Ich glaube nicht, daß Sie das wirklich wollen. Ich meine vielmehr, daß wir gewisse klassenkämpferische Töne vom Tourismus weggeben sollten. (Abg. Dr. Flecker: „Ich will klarstellen: Ich meine damit, daß die Arbeitskräfte, die daran verdienen, nicht aus der Region kommen, sondern vielfach aus dem Ausland. Darum ist die Wertschöpfung für die eigenen Leute nicht sehr groß!“) Ich habe diese Diktion schon so gesehen, aber trotzdem sind sehr viele Bereiche angesprochen worden, die eben auch eine Erwiderung verdienen würden, oder vielleicht hat die Kollegin Minder völlig recht, wenn sie sagt, daß so manche Mitarbeiter sagen: „Jetzt bin ich noch jung, jetzt halte ich es aus.“ Es ist wirklich ein harter Beruf. Ich darf nur darauf verweisen, die Inhaberin, die Wirtin, die kann das nicht sagen, die muß wirklich alt werden mit ihrem Betrieb und dort stehen. Also, auch andere Menschen haben es in dieser Branche nicht leicht. Ich möchte nur der Gerechtigkeit halber auf diesen Ausgleich hinweisen.

Und nun zur Steiermark und ganz kurz:

Als ich mich um den Tourismus seit einigen Monaten näher gekümmert habe, konnte ich einige Sonder-

heiten feststellen. Und zwar ist es in der Steiermark, daß wir uns rühmen, eine vielfältige Landschaft zu haben, vom Gletscher bis zum Rebenland. Wir haben ein sehr vielfältiges Angebot, und daraus ergibt sich schon eine Schwierigkeit für die Bewerbung, denn der eine will alpin gefordert werden, und der andere legt größeren Wert auf ein Glas Wein. Und trotzdem muß man jede Zielgruppe ansprechen. Und aus dieser Vielfalt des Angebotes ergibt sich auch eine Vielfalt des Interesses der im Tourismus tätigen Personen. Im Tourismus tätige Personen haben zum Beispiel im Buschenschankgebiet in der Südsteiermark ganz andere Vorstellungen von einer Tourismuswerbung wie etwa jemand aus dem Dachstein-Tauern-Gebiet, und dort wiederum gibt es die Unterscheidungen, daß ein Ramsauer lieber den Langlauf beworben haben will und ein Schladminger die Alpindisziplin. Und nun wollen wir ein Gesetz finden, das alle diese ganz unterschiedlichen Interessen befriedigen kann. Und das ist ein sehr, sehr schwieriger Punkt.

Das Zweite ist auch die Struktur der im Tourismus Tätigen und in der Werbung des Tourismus auf der Basisebene. Es sind hier sehr, sehr viele Idealisten dabei, die wahnsinnig viel Freizeit opfern, um sich oft ehrenamtlich damit zu beschäftigen, aber umgekehrt fehlt natürlich manchmal die Professionalität. Hier sind wir – glaube ich – auch einer Meinung, Herr Kollege Dr. Flecker. Nur wollen wir diese Idealisten in Zukunft durch ein Gesetz auch nicht ausschließen von ihrem Engagement, sondern wir müssen sie einbinden.

Das ist ebenfalls eine Forderung an das Gesetz. In der Steiermark finden in nur 2,5 Prozent der gesamten Gemeinden 50 Prozent der Nächtigungen statt. Das allein erklärt die Schwierigkeit dieser Gesetzgebung. So sind wir der Meinung, daß man den Tourismus in erster Linie dort fördern soll, wo er erstens einmal ansatzweise wenigstens besteht oder wo eine Entwicklungsmöglichkeit ist. Es wäre verfehlt, die Kriterien so zu senken, die Prämissen, daß einfach das ganze Land überzogen wird von einem Zwangsapparat zur Tourismusförderung, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Es geht nicht nur um die Voraussetzungen, sondern wenn auch, natürlich infolge der mangelnden Voraussetzung, die Tourismusgesinnung der dort lebenden Menschen nicht gegeben ist. Man kann mit keinem Gesetz den Menschen eine Gesinnung verordnen, die muß auch wachsen. Die Aufgabe dieses Gesetzes wird so sein, zumindest die Gesinnung abzudecken und vielleicht um eine Latte höher zu sein, um sie herauszufordern, aber auch nicht, um sie zu überfordern.

Dann glauben wir auch, wenn die Wirtschaft dieses Gesetz zur Gänze finanzieren soll, dann wird sie auch etwas mitreden müssen können. Ich meine das jetzt nicht kapitalistisch, daß man es nach dem Sprichwort „wer zahlt, schafft an“ zu beurteilen hat, sondern ich glaube einfach deshalb daran, daß jene, die also auf Grund ihrer Tourismuskäuflichkeit mehr zahlen müssen, auch mehr Sachkenntnis über den Tourismus besitzen.

Jetzt komme ich schon zum Schluß. Ich bin überzeugt, wenn wir ein gutes Tourismusgesetz zusammenbringen, und die Grundabsicht ist, glaube ich, überall vorhanden, dann wird es nicht – jetzt komme ich wieder zum Anfang – wenige geben, die dann bes-

ser verdienen, denn infolge eines besseren Geschäftsganges werden auch die Mitarbeiter ihre Vorteile haben. (Allgemeiner Beifall. – 18.00 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bitte die Frau Landesrätin um ihr Schlußwort.

Landesrat Klasnic (18.00 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Referent ist es eigentlich ein sehr gutes Gefühl zu merken, daß es den Kollegen in allen Fraktionen gelungen ist, einen Erfolgskatalog des steirischen Tourismus darzustellen. Ich bedanke mich heute zum zweiten Mal für eine solche Variante der Zusammenarbeit. Am Vormittag war es zum Beispiel der Verkehrsverbund, wo man gemeint hat, es ist gut, daß es so geschehen ist. Wenn Sie heute über die Arbeit der Steiermark-Werbung gesprochen haben, dann ist auch sehr viel Gutes aufgezählt worden, aber natürlich gab es auch eine andere Seite.

Ich komme aber dorthin zurück, wo der Herr Dr. Flecker gesagt hat, „wir sind uns im Ziel einig“. Wir haben ein großes Ziel: In dieser Steiermark und für diese Steiermark alles zu tun, damit sich die Menschen, die hier leben, und auch jene, die hierher als Gäste kommen, wohl fühlen. Und dazu wurde wirklich Jahrzehnte hindurch in diesem Hause der Weg festgelegt, manches vorbereitet, aber ich möchte dazusagen, zum Guten auch nicht alles umgesetzt, weil darum ist in unserem Land vieles nicht passiert, worüber sich andere Bundesländer und andere Staaten heute den Kopf zerbrechen.

Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, daß Sie auch gesagt haben, „es wurde dem Tourismus bisher zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet“. Ich freue mich darüber, wenn es mehr Aufmerksamkeit gibt, und ich freue mich auch über diesen Aktivitätenbericht der Mitarbeiter der Steiermark-Werbung, und wenn man genau durchschaut, dann werden Sie vielleicht in der Osterwoche die Möglichkeit haben, beim Durchlesen zu merken, es ist alles drinnen, was man in eine solche Rede einpacken sollte, nur, ich werde es Ihnen heute ersparen.

Auch die Aussagen zum Tourismusförderungsgesetz geben mir sehr viel Optimismus und lassen mich daran glauben, daß wir mit jenem Weg vor allem richtig sind, wo wir sagen, das Geld in diesem Gesetz ist nicht das wichtigste, es ist die organisatorische Struktur für das umfassende Marketing. Ich möchte mich besonders bedanken bei jenen, die im Unterausschuß auch sehr viel an Kleinarbeit geleistet haben, bei den Abgeordneten, die viele Tage und Stunden beisammengesessen sind, und für die gesamte Arbeit im Jahr beim Herrn Hofrat Hermann und seinem Team in der Abteilung. Es war vieles umzusetzen, es war vieles vorzubereiten, aber ich glaube, wir stehen vor einer nächsten Debatte hier in diesem Haus, nämlich vor der Debatte Tourismusförderungsgesetz, dann werden ähnliche Themen wie heute sicherlich noch besprochen.

Auch über Umschichtung wurde geredet. Aber da sollten wir umfassend auch nicht nur die 167 Millionen, die angeführt wurden, in diesem Ressort sehen. Ich möchte gleich dazusagen, es ist auch unendlich viel, was über die Landesholding geleistet wird, das ist

die Tourismusinfrastruktur, und das ist einfach Zusammenarbeit, und an der Zusammenarbeit liegt uns in allen Bereichen sehr.

Wenn die Kollegin Minder über die Mitarbeiter im Tourismus gesprochen hat und der Kollege Ing. Löcker in der Ausführung auch die Gastwirte, die Unternehmer in diesem Bereich dazugestellt hat, dann sehe ich dazu ein positives Bild, über das wir uns alle auch sehr, sehr freuen. Über die Ausbildung, die unsere Berufsschüler haben, daß zum Beispiel jetzt vor drei Wochen von acht möglichen Medaillen die Steiermark nicht nur Bundessieger geworden ist, sondern daß unsere Lehrlinge auch sechs Gold- und zwei Silbermedaillen gewonnen haben. Das ist es einfach.

Der Kollege Vollmann hat die Auszeichnungen im Rahmen der Werbung aufgezählt. Ich freue mich darüber, aber ich glaube, ich brauche es jetzt auch nicht wiederholen, weil man kann ja auch Arbeitsteilung vornehmen.

Wir haben auch in dieser Vorbesprechung zum Tourismusgesetz darüber beraten, ob wir nicht auch über das Landesabgabengesetz im Bereich Tourismus nachdenken sollen. Das wird ein nächster Schritt sein. Ich möchte aber schon etwas dazusagen, um das eine wenigstens klarzustellen, weil ich das ehrliche Gefühl habe, daß es dieses gibt: Wir wollen über den Journalismus in der Öffentlichkeit erreichen, daß über den Tourismus zugunsten der Menschen, die dort arbeiten, und zum Wohle und zur Freude der Gäste, die in unser Land kommen, positiv berichtet wird.

Da habe ich nur eine einzige Bitte: Wenn Sie eine Information bekommen, das und das ist geschehen, es genügt ein Anruf, ich geben Ihnen eine ehrliche Antwort, ob ich zum Beispiel etwas unterschlagen oder erst später unterschrieben habe, um jemandem zu schaden. Arbeiten wir zusammen, es ist zum Wohle jener, die die Zeitung lesen, weil sie lesen manchmal auch gerne etwas Gutes, ich kann es mir zumindest vorstellen.

Es ist auch angesprochen worden, wie es mit dem Tourismus weitergehen soll, in Zwischenrufen „Wie schaut es aus?“. Es muß uns bewußt sein, daß sich die Gästegruppen geändert haben, daß wir unsere Angebote immer verändern und darstellen müssen, daß wir aber vor allem auf unserer Linie bleiben sollten. Die Grazer Tourismusgesellschaft sagt: „Klasse statt Masse“. Ich sage für das Land immer: „Wir wollen nicht die Größten sein, aber wir wollen zu den Besten gehören.“ Das heißt, wir werden auch in Zukunft sehr viel an Vorbereitungsarbeit haben, um darstellen zu können, daß die Qualität in diesem Land an erster Entscheidung ist. Qualität, intakte Landschaft und vor allem auch eine saubere Natur, das ist das, was sich die Gäste wünschen, das ist aber auch das, was sich die Menschen hier in diesem Land wünschen, nicht nur im kinderfreundlichen, familienfreundlichen Tourismus, sondern auch für jene, die allein unterwegs sind, die sich einfach erholen wollen.

Einen Satz möchte ich zur Österreich-Werbung sagen, weil ich das einfach jenen schuldig bin, die heute nicht hier sind und in diesem Zusammenhang sich auch nicht selbst wehren könnten. Es findet immer eine jährliche Besprechung vom Herrn Finanzminister mit den Landesfinanzreferenten statt, und die Österreich-Werbung wird bitte nur mit einstimmigem

Beschluß der Finanzreferenten dotiert. Ich glaube auch, daß die Österreich-Werbung richtig ist und gut ist. Im Großen bringt sie uns auch sehr viel.

Drei Beispiele aus dem heurigen beziehungsweise vergangenen Jahr:

Die Auslandsjournalisten waren drei Tage in der Steiermark, 160 Auslandsjournalisten aus aller Welt, und es gibt einen solchen Katalog der Ergebnisse. (Abg. Vollmann: „Das ist kein Verdienst vom Lukas gewesen, sondern von anderen!“) Das ist Ihre Äußerung, Herr Kollege Vollmann, ich weiß, wie sehr sich der Herr Dr. Lukas um die Steiermark bemüht, und ich sage Ihnen noch etwas dazu: Was mich bewegt, ist, daß Menschen, wenn sie einen anderen, wie zum Beispiel den Herrn Lukas, bei Gericht anzeigen, dies anonym tun. Das ist feig, das ist hinterhältig, und so etwas verachte ich. (Abg. Vollmann: „Wieviele zahlt die Österreich-Werbung dem Land Steiermark?“) Das Zweite ist, daß ich zum Beispiel die Deutsche Bundesbahn nenne. Sie hat Reiseverkäufer in diesem ganzen großen Bereich, jetzt große Bundesrepublik Deutschland. Sie sind das zweite Mal hintereinander in den Semesterferien zu uns gekommen, haben in Graz gewohnt. Zweimal 300 Reiseverkäufer im Vorjahr, zweimal 300 heuer, und gleichzeitig haben sie gesagt, das, was sie an Gastfreundschaft und Herzlichkeit in der Steiermark erlebt haben, war so großartig, daß sie wohl '93 auslassen müssen, aber '94 gerne wiederkommen. (Abg. Vollmann: „Nicht die Deutsche Bundesbahn – ich möchte wissen, wieviel die Österreich-Werbung zum Beispiel für das Zeughaus zahlt!“) Die Österreich-Werbung hat sich finanziell daran beteiligt. Oder denken wir daran, daß es Freunde von Österreich in der ganzen Welt gibt, die auch wieder zu einem Kongreß zu uns in die Steiermark kommen sollten, oder wenn Sie gestern dem Herrn Landeshauptmann zugehört haben, San Francisco – Zeughausausstellung, auch in diesem Zusammenhang ist uns die Österreich-Werbung ein wertvoller Begleiter, und das wäre nur ein Teil der Rückkoppelung, um die Sie gefragt haben. (Abg. Vollmann: „Zahlt sie auch?“) Es wird gezahlt auch!

Das kann man in dem Sinne nicht vergleichen, es sind verschiedene Projekte. Ich nehme die Deutsche Bundesbahn, eine Million Projektkostenzuschuß zum Beispiel. (Abg. Vollmann: „Nicht die Deutsche Bundesbahn – wieviel für das Zeughaus?“)

Nein, sie zahlen nicht für das Zeughaus, sondern sie helfen drüben in der Werbung in Amerika. Und das ist die Aufgabe der Österreich-Werbung. Das ist der wirkliche Beitrag, das nennt man dann Umwegrentabilität. Die Frau Dr. Hochkofler war da und hat so ein Paket gebracht und hat gesagt, 25 Millionen Haushalte haben diese Unterlagen bekommen. Das ist Mitaufgabe der Österreich-Werbung. (Abg. Vollmann: „Damit wir uns klar verstehen: Ich möchte wissen, was mit den Millionen geschieht! Wenn es sich bewahrheitet und wir haben einen großen Vorteil, dann ist es gut!“) Herr Kollege, ich gebe Ihnen gerne eine Statistik vom nächsten Tätigkeitsbericht der Österreich-Werbung, und Sie können nachschauen, Sie werden nur nicht „Steiermark“ lesen, sondern Sie werden „Österreich“ lesen, und wir sind ja gute Österreicher. Ich glaube, das sollten wir auch dazusagen.

Grundsätzlich möchte ich – nachdem der Tourismus immer zwischen der Landwirtschafts- und Wirtschaftsdebatte ist – sagen, daß es einfach auch ohne Landwirtschaft in diesem Land nicht ginge und ich mich bei all jenen bedanke, die das Land pflegen, die das Land gestalten und die es so gestalten, daß die Gäste gerne zu uns kommen. Weil es ist nicht genug, wenn wir nur wollen, daß die Menschen zu uns kommen, wir müssen auch etwas dafür tun. Und weil für die Mitarbeiter der Steiermark-Werbung von allen Dank ausgesprochen wurde, selbstverständlich ich als Referent bedanke mich ganz besonders bei allen verantwortlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Steiermark-Werbung, und ich bedanke mich bei Peter Merlini, der damals was anderes vorgehabt hätte, der zu diesem sehr, sehr schwierigen Zeitpunkt die Geschäftsführung übernommen hat. Es hat sich beruhigt, es läuft gut, und ich glaube, daß man sagen kann, es ist in diesem Land viel Zukunft drinnen. Wir müssen aufbauen, verbessern, der Zuwachs allein wäre es gar nicht. Und wenn ich mich bei der Abteilung bedankt habe, fällt mir zum Beispiel jene Aktion ein, wo wir in drei Wochen wieder danke sagen dürfen zu 33.000 Menschen, stellvertretend einigen einen Preis überreichen, Blumenschmuckwettbewerb, oder wenn ich an die Qualitätsverbesserungen denke, die uns auch im Privatzimmervermietungsgebiet gelungen sind, wo es schon 60 Privatzimmervermieter gibt, und diese Organisation hat sich vor zwei Jahren erst konstituiert, die ein sogenanntes Auszeichnungsschild vor der Tür haben, wo nicht nur Gastfreundschaft groß geschrieben ist, sondern wo auch das Wort „Herzlichkeit“ groß geschrieben ist.

Und das führt mich zum Schlußsatz, zu einem Schlußsatz, nachdem einige gemeint haben, wir sollen nachdenken. Wir haben den Prospekt vor uns. Sie haben ihn auch. Und Folke Tegethoff, der als einer der bedeutendsten Märchenerzähler beschrieben wird, schreibt zehnmal im Fragesatz „irgendwann“, und zum Schluß schreibt er: „Und irgendwann wird man ganz einfach nichts mehr anderes wollen als das eigene an das Grüne Herz zu verlieren.“ Ich füge dem hinzu: Und irgendwann wurde es uns allen – ich bin überzeugt, jedem, der hier ist – schon bewußt, daß es eine Gnade ist, in diesem Land Steiermark leben zu dürfen und zusätzlich noch politische Verantwortung zu haben. (Allgemeiner starker Beifall. – 18.14 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu diesem Kapitel Fremdenverkehr liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich hoffe, daß Folke Tegethoff auch der größte Märchenerzähler bleibt.

Wir kommen jetzt zum Kapitel Wirtschaftsförderung. Die Debatte wird eröffnet durch den Herrn Abgeordneten Schleich, den ich ans Rednerpult bitte. Nach ihm der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Schleich (18.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Wenn ich hier über die Wirtschaft Steiermark spreche, möchte ich gleich voraussetzen und feststellen, daß die Steiermark neue Impulse für die Wirtschaft braucht. Sie sind dringend notwendig. Es ist erfreulich, daß Finanzlandesrat Ing. Hans-Joachim Ressel diese Tatsache in seinem Budgetvorschlag

berücksichtigt hat und für eine effiziente Wirtschaftsförderung finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. Die Ausgliederung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft soll ein Garant sein für eine schnelle und konstruktive Förderung der Unternehmen. Damit diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft erfolgreich arbeiten kann, bedarf es eines neuen Gesetzes. Einen Entwurf für ein eindeutiges Wirtschaftsförderungsgesetz hat die SPÖ als Antrag bereits eingebracht. Ein Gesetzesbeschluß könnte also gefaßt werden. Diese Gesellschaft hat nun die Aufgabe, den Erwartungen zu entsprechen. An dieser Stelle möchte ich dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner, der in dieser Angelegenheit enormen Weitblick bewiesen hat, besonders danken. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Gibt es da auch andere Verantwortliche?“) Ich hoffe, Herr Abgeordneter! Das wissen Sie, daß es da mehr Verantwortliche gibt. Aber ich habe den einen eben hervorgehoben. Die Landesräte werden sicher dazu zählen. Ich hoffe, daß Sie das wissen!

Die zusätzlichen 100 Millionen Schilling, die der Wirtschaft nun zur Verfügung stehen, ermöglichen eine besondere Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, dies ist wohl eine wichtige Maßnahme im Hinblick auf die EG. In dieser Gemeinschaft sind ja Klein- und Mittelbetriebe wegen ihrer Flexibilität von besonderer Bedeutung. Die Finanzmittel sind auf folgende Teilbereiche zu verteilen:

Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie; Betriebsberatung; Lehrplatzförderungsbeihilfen; Förderung von wirtschaftlich benachteiligten Regionen; Jungunternehmerexistenzgründungsaktion; Risikokapitalbeschaffung; Investitionen im Umweltbereich.

Allgemein kann gesagt werden, daß alles getan werden muß, um die Steiermark aus der derzeitigen Schlußposition herauszuführen. Die Tatsache, daß die Steiermark an letzter Stelle hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung steht, muß für uns wohl eine Herausforderung sein, der Wirtschaft den Stellenwert einzuräumen, der ihrer Wichtigkeit entspricht. Wohl noch niemals ist die österreichische und damit auch die steirische Wirtschaft vor einer so großen Herausforderung gestanden, wie sie nun die europäische Integration darstellt. Der Zug in Richtung EG ist ins Rollen gekommen. Offen bleibt nur noch die Frage, wann es zu diesem Beitritt kommen wird. Eines ist jedenfalls klar, wir dürfen uns der wirtschaftlichen Dynamik Europas nicht verschließen, denn das Wirtschaftswachstum Österreichs darf hinter den anderen europäischen Ländern nicht zurückbleiben. Österreich hat am 17. Juli 1989 den Antrag auf Vollmitgliedschaft an die EG gestellt und hofft somit auf die Verwirklichung der vier Freiheiten: Freier Warenverkehr – keine Import- und Exportbeschränkungen, keine Zollkontrollen; freier Personenverkehr – Wegfall von Grenzkontrollen, keine Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitsbewilligungen; freier Dienstleistungsverkehr – keine Beschränkungen für Handel, Banken und Fremdenverkehr, dies bedeutet die Niederlassungsmöglichkeit für selbständige und freie Berufe; freier Kapitalverkehr – keine Hindernisse für Direktinvestitionen, Beteiligungen, Devisenverkehr und Wertpapiere. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Mir gefällt es, daß du mich ermahnst. All diese Punkte können als Gründe für einen EG-Beitritt ge-

nannt werden, als Probleme, die die Umwelt betreffen oder die Entwicklung eines gemeinsamen Verkehrsmarktes nur überregional lösen. An dieser Stelle, wenn es um Umwelt und Verkehr geht, möchte ich mich ganz besonders – und wenn wir hier auch im Landtag sind – beim ehemaligen Verkehrsminister Dr. Rudolf Streicher bedanken, denn er hat einen wichtigen Punkt für die EG eingeleitet.

Es ist zu bemerken, daß der durch den EG-Beitritt steigende Konkurrenzkampf auch als Herausforderung betrachtet werden kann. Eine Vorbereitung auf den europäischen Markt ist natürlich notwendig. Mir persönlich erscheint eine ausreichende Information der Bevölkerung oder die Auswirkungen des bevorstehenden EG-Beitrittes als wichtig. Fragen, die sich mit der Informationstätigkeit im Hinblick auf Europa und die EG beschäftigen, sind in den Vordergrund zu rücken. Denn nur durch Information können Befürchtungen vermindert und Hoffnungen bestärkt werden.

Die Grenzlandoffensive, ein Schwerpunkt unseres Programmes der Sozialdemokraten, wurde damit unterstrichen, daß zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden. Großen Wert legt man mit Recht auf die Eröffnung benachteiligter Regionen. Der Umbruch in unseren Nachbarländern öffnet speziell auf diesem Gebiet neue Möglichkeiten, das heißt aber auch, daß hier ein wesentlich größerer Bedarf an Finanzmitteln herrschen muß für den Bereich des Straßenbaues. Ganz besonders hervorheben möchte ich hier den Autobahnanschluß an Gleisdorf, denn durch die Öffnung der Grenzen muß mit einer höheren Frequenzierung gerechnet werden.

Auf Grund unserer regionalen Gegebenheit muß der Ansiedelung von kleinen und mittleren Gewerbebetrieben, welche ein Abwandern der jungen Bevölkerung verhindern, ein großer Stellenwert eingeräumt werden.

DDr. Peter Schachner hat unmittelbar nach seinem Amtsantritt begonnen, die Gemeinden in einer Betriebsansiedlungspolitik finanziell zu unterstützen, und damit wurde der Bürgermeister der erste Ansprechpartner der Wirtschaft für Betriebsansiedlungen.

Auch ist die Schaffung von Gewerbeparks, um einer gezielten Raumordnung gerecht zu werden, von Bedeutung. Denn Wohnungen, Gewerbe, Industrie und den für uns in der Thermenregion so wichtigen Tourismus müssen wir vereinbaren lassen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn vorher einige gemeint haben, wenn ich hier das herunterlese, ich glaube, ich wollte hier sehr gezielt darauf eingehen. Aber ich werde auch versuchen, ein bißchen dazu direkt Stellung zu nehmen, daß niemand den Eindruck hat, ich tue mich da sehr schwer, Herr Kollege. Aber ich werde es auf jeden Fall versuchen, wenn es mir gelingt – ich bin noch nicht so lange da wie Sie –, aber ich glaube, ein bißchen werde ich es versuchen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt natürlich ganz speziell auf ein Problem eingehen, und zwar auf Bad Gleichenberg. Sie alle wissen, daß es in Bad Gleichenberg Probleme gibt mit dem Kurort, aber nicht nur das ist entscheidend, meine

sehr verehrten Damen und Herren, sondern es gibt weiters Probleme mit der Landesbahn.

Im Moment ist das Gerücht im Raum, und leider ist es nach wie vor vorhanden, daß die Landesbahn beziehungsweise daß der Personenverkehr eingestellt werden soll. Aber ich glaube, es kann doch nicht sein, wenn wir in einem Kurort sind, wo es Probleme gibt, wo wir in der Hoffnung sind, daß wir diese lösen können, daß sich hier Möglichkeiten anbieten, daß wir dann dort die Landesbahn einstellen, wo das noch eine Landesbahn ist, die wirklich relativ gut dasteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf ja nicht übersehen, daß diese Landesbahn eine Auslastung von 69 Prozent hat, und das ist immerhin mehr wie viele andere. Das kann ich auch hier aus Unterlagen bestätigen. Ich hoffe, daß Sie Verständnis haben, daß man diese Landesbahn nicht zusperrt, denn wenn man hier den Personenverkehr einschränkt – wir alle wissen, daß nach Gleichenberg wenig Güter fahren –, daß dann bis Gnas nur die Güter fahren – das wäre auf der Hälfte der Strecke, dann ist sie über kurz oder lang überhaupt tot. Sie ist elektrifiziert, sie ist neu ausgebaut.

Es wurden in letzter Zeit dort größere Investitionen getätigt, und ich hoffe, daß man hier wirklich Rücksicht nimmt. Aber ich nehme und ich schenke dem umso mehr Augenmerk – es gibt ja auch ein Gutachten darüber –, weil ich feststellen mußte, daß bereits für den nächsten Finanz-Ausschuß vorliegt, hier ein Grundstück zu verkaufen an die Firma Roth, das ist immerhin ein Teil dieser Landesbahn. Das ist dort dieses Gebäude, wo man bis jetzt die Ablagerung der Bahn hatte und auch noch die Bahnlinien darauf sind, das sind fast 3000 Quadratmeter zu einem Preis von immerhin 900.000 Schilling. Ich kenne keinen Grund, daß dort die Firma Roth eine größere Investition vorhat, um hier wirklich gerecht dieses Grundstück zu erwerben. Aber ich kenne etwas, daß sich hier ein Unternehmer schon einmal interessiert hat und daß es geheißt hat, die Möglichkeit gibt es, daß sie verkaufen. Also ich möchte wirklich sagen, hier könnte eine Spekulation vorhanden sein. Ich glaube, dem soll man nicht zustimmen, denn wenn wir dort schon einen Teil vom Bahnhof verkaufen, dann können wir wohl nicht mehr auftreten und sagen, die Bahn bleibt trotzdem. Das ist eines der Probleme.

Ja, ich möchte auch noch ein zweites Problem aufzeigen, und zwar das möchte ich deshalb aufzeigen, weil ich glaube, daß es einfach wichtig ist, daß wir mit den Förderungsmitteln vorsichtig umgehen. Wenn man auch jetzt ein höheres Budget hat, dank dieser Landesregierung hier, dann möchte ich aber trotzdem sagen, ich möchte etwas aufzeigen, und das ist immerhin in St. Stefan die Firma Loidl. 1989 – soweit ich es hier habe – wurde mit der Mehrheit der ÖVP beschlossen – ich möchte das wirklich hier sagen –, diese Firma, die ehemalige Schuhfabrik, an die Firma Loidl zu einem Preis von über 5 Millionen Schilling zu verkaufen. 3 Millionen Schilling mußte er in bar aufbringen.

Man hat damals gesagt – es gab so eine Statistik – zehn Personen 1989 in Beschäftigung, und jetzt müßten es eigentlich im Jahr 1992 90 Personen sein. Aber leider sind es noch immer nur zehn, und das ohne Produktion. Damals hat es schon geheißt, es könnte

sein, daß das nur eine Spekulation ist. Diese Firma hat in Weiz ihren Sitz, hat dort über 100 Beschäftigte, es steht auch in diesem Antrag drinnen, daß man umschichten wird. Ich glaube, zum Umschichten soll man nicht so große Förderungen hingeben, wenn man damit auch die Gemeinde verleitet, daß sie dort 7 Millionen Schilling investiert hat, und diese 7 Millionen Schilling fehlen natürlich der Gemeinde. Es gibt keine Lohnsummensteuer, so daß die erwarteten Gelder wieder rückfließen. Ich hoffe natürlich, daß sich demnächst etwas tut, vielleicht erst vor der nächsten Gemeinderatswahl. Vielleicht ist es eine Taktik, ich hoffe nicht.

Aber ich möchte dazu folgendes sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte dazu eines aufzeigen, daß dort nicht nur die Lohnsummensteuer fehlt, keine Arbeitsplätze sind, sondern daß man dort einen Betrieb verkauft hat, wo man mit einem Weitblick vielleicht bis zu fünf, sechs Betriebe ansiedeln, dieses Areal hätte aufteilen können, und dann wären heute dort Betriebe. Daß es im Bezirk Feldbach Gewerbetreibende gibt, die nach wie vor Standorte suchen, das ist kein Geheimnis, das wissen wir.

Das kann ich Ihnen auch auf Grund offizieller Beweise vorlegen, denn ich habe schriftlich zirka 30 Bewerbungen in meiner Gemeinde, wo wir einen Gewerbepark gegründet haben. Auch mit Hilfe unseres Landeshauptmannstellvertreters – mit Bedarfszuweisungen – habe ich dieses Grundstück, ein ehemaliges Ziegelwerk, angekauft und haben wir dort bereits vier Betriebe angesiedelt in den letzten zwei Jahren. Es sind dort bereits über 60 Arbeitsplätze, und wer Bairisch Kölldorf kennt, der weiß, daß wir vorher nur 15 Arbeitsplätze in Bairisch Kölldorf gehabt haben. Ich möchte damit noch etwas vorzeigen, man kann auch Gewerbeindustrie mit dem Fremdenverkehr verbinden. Das kann man deshalb, wir hatten 3500 Nächtigungen vor drei Jahren, heute haben wir 8500. Also wir haben gezeigt, daß es möglich ist, daß man nicht einem Großen verkaufen muß – warum, weiß ich nicht, daß das passiert ist –, aber damit hat man dieser Gemeinde nicht geholfen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollte ich eigentlich zur Wirtschaft einfließen lassen. Aber ich möchte am Schluß nicht so weggehen und diese Kritik im Raum stehen lassen, sondern ich möchte dazu folgendes sagen: Ich glaube, der wichtige Punkt ist damit, daß wir Arbeitsplätze schaffen, daß wir unseren Gewerbetreibenden die Möglichkeit geben, daß sie wirklich auch überleben und damit auch der Region etwas Gutes tun, daß natürlich dort auch die Kaufkraft gestärkt wird. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir gesamt – ob es im Grenzland ist oder in der Obersteiermark – hier wirklich vorsichtig vorgehen und nicht unbedingt einen Großen dorthin geben, wo man genau weiß, er hat einen Betrieb, der zu klein ist, viele Stockwerke hat, sich nicht realisiert und dadurch einen großen Betrieb sucht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.28 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich bin in der Zwischenzeit gerügt worden, daß meine Bemerkung bezüglich des Märchenerzählers auf jemanden gemünzt gewesen sein sollte. Das war nicht der Fall, Adressaten sind wir alle, mich eingeschlossen. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Purr zum Wort.

Abg. Purr (18.28 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Jänner dieses Jahres hat es einen Sonderlandtag gegeben in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung in der Steiermark. Und wer sich das angehört und angesehen hat, mußte den Eindruck mitnehmen, daß es wirklich ein Anliegen ist, einiges in Schwung zu bringen und einiges zu verändern. Und da hat es Fragen gegeben an die Frau Landesrätin, welche Maßnahmen getroffen wurden seitens des Landes und der Bundesregierung, welche steirischen Forderungen an die Bundesregierung gegangen sind. Und, meine Damen und Herren, es ist eigentlich die Lösung an verschiedenen Zahlen ablesbar, nur wurden sie erfreulicherweise viel vorher getroffen, denn man kann sich nicht erwarten, daß man etwa Mitte Jänner hier wirtschaftliche Weichenstellungen vornimmt und dann im Monat März und Anfang April die entsprechenden Früchte dieser Weichenstellung aufgehen. Grundsätzlich ist es so, daß all diese wirtschaftlichen Prozesse eine viel längere Zeit in Anspruch nehmen, und Gott sei Dank ist hier auch einiges im Laufe von Jahren und gemeinsamem Bemühen und nicht zuletzt auch der Sozialpartnerschaft gelungen und vorangetrieben worden. Und wenn Sie sich die Entwicklung im Monat März anschauen, im Bereich der Arbeitslosenziffern, so merkt man, daß allmählich auch die Baukonjunktur wieder eingesetzt hat und daß einiges wirklich sich zum Besseren entwickelt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Anliegen muß sein eine umfassende Steuerreform. Das ist, glaube ich, die wesentliche Weichenstellung für die Wirtschaft unseres Landes. Finanzstaatssekretär Titz plant diese für 1994, und die beinhaltet auch die Abschaffung der Gewerbesteuer, aber etwas ganz Wesentliches, was in die breite Masse geht, was die meisten Menschen trifft, die Dienstnehmer, alle Lohnbezieher, das ist die Senkung der Lohnsteuer, die auf breiter Front erfolgen soll und die auch längst überfällig ist, denn man darf nicht übersehen, daß auf Grund der steigenden Lohnkosten natürlich die Lohnempfänger in eine höhere Lohnstufe gekommen sind und viel von dem, was in der ersten Lohnsteuerreform möglich war, jetzt in der Zwischenzeit wieder weggesteuert wird. Das heißt also, daß die erste Lohnsteuerreform direkt im Interesse der Betroffenen eine zweite Reform verlangt. Wie ich erfahren konnte, soll durch diese Reform im Bereich der Löhne und der Einkommen eine Entlastung eintreten in der Größenordnung zwischen 15 und 17 Milliarden Schilling. Es ist verständlich, daß bei dieser Lücke, die natürlich dadurch im Bundesbudget entsteht, es Begleiterscheinungen gibt, die natürlich nach gewissen Maßnahmen verlangen, und so müssen auf Grund dieser Tatsache Ausnahmeregelungen gestrichen werden, aber es ist eines wichtig, es wird eine Steuerfreiheit für Einkommen bis zu 10.000 Schilling geben. Absolut richtig, ebenfalls längst überfällig, und ich bin überzeugt davon, daß das auch in der zweiten Steuerreform realisiert werden kann. Und vor allem eines, es ist geplant, den Spitzensatz für Lohn- und Einkommensempfänger von derzeit 50 Prozent auf 45 Prozent abzusenken. Und eines ist natürlich Anliegen der Wirtschaft seit langem, der Wegfall der Vermögenssteuer, so möglich. Ersatzlos wird es nicht möglich sein, aber das wäre natürlich ein wesentlicher Fortschritt. All diese Maß-

nahmen sind andererseits mit gewissen Belastungen verbunden, dennoch glaube ich, ist es wesentlich, daß es auch kommt zum Abschaffen eines Investitionsfreibetrages und zu einer Neukonstruktion der Gemeindeabgabe, so quasi als Ersatz für eine zu reduzierende Lohnsummensteuer, die jeweils an die Gemeinden entrichtet wird. Eines steht in diesem Zusammenhang erfreulicherweise außer Diskussion, das ist die Kapitalertragssteuer für das Eckzinssparbuch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber all das müßte vollzogen werden, und es darf eines nicht vergessen werden, daß die vielen Klein- und Mittelbetriebe auch danach verlangen, daß es endlich einmal zu einer Steuerpauschalierung kommt für kleinere Unternehmer. Denn dort sind die Steuerberatungskosten für Kleinunternehmer, die dieselben Aufzeichnungen wie die Großbetriebe zu führen haben, oft gleichzusetzen – die Steuerberatungskosten – mit der zu erbringenden Steuerleistung. Das ist natürlich auf die Dauer nicht tragbar, und ich bin überzeugt davon, daß die kompetenten Leute der Wirtschaft in der Regierung das nun einmal endlich realisieren. Ich hoffe es. Es muß unser Anliegen sein im Interesse der vielen Klein- und Mittelbetriebe, die nach wie vor neben der Industrie, die wir natürlich in unserem Lande brauchen, und niemand hat einen Zweifel daran, das Rückgrat der heimischen Wirtschaft bilden. Endlich eine einfachere Lohnverrechnung ist fällig. Und man stellt sich die Frage, ob es nicht jetzt auch Anlaß wäre, Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeträge von derselben Bemessungsgrundlage aus zu berechnen, vor allem, es muß um Kosteneinsparungen gehen und um einen Bürokratieabbau, Vereinfachungen im Finanzbereich kommen dem Steuerzahler entgegen und sparen Kosten bei den Behörden. Weniger Steuerbürokratie beim Wohnungs- und Grundstückskauf, moderne Gebührenfestsetzung und -einhebung, Personaleinsparungen eventuell bei Verwaltungsbehörden, Notaren und Rechtsanwälten, Rationalisierungen im wahrsten Sinne des Wortes. Und nicht zuletzt, es ist das zu überdenken, eine Einhebung der Kfz-Steuer, eventuell Vorschlag von dieser Stelle aus bei den Versicherungen. Aber wenn ich Klein- und Mittelbetriebe nenne, so muß die Nahversorgung uns sehr am Herzen liegen. Und wenn man einen Blick auf die Statistik wirft, so kann man ablesen, daß wir in Österreich 1972 noch 20.000 Nahversorger hatten, und 20 Jahre später hat sich die Zahl halbiert, 10.000 sind es geblieben.

Einen Blick bei der Gelegenheit auf die Nahversorger in der Steiermark: 1985 waren es noch 1846, fünf Jahre später um 230 weniger, nämlich 1610 oder 1615. Meine Damen und Herren, es muß unser gemeinsames Anliegen sein, überall dort, wo wir Möglichkeiten haben, in den Gemeinden, aber auch in den Kammern Weichenstellungen vorzunehmen im Interesse der vielen Klein- und Mittelbetriebe. Wenn man die Entwicklung sieht, ist festzustellen, daß im Lebensmittelbereich 94 Prozent des Gesamtumsatzes bereits durch Lebensmittelketten gemacht werden, während die restlichen 6 Prozent, und das sind immerhin 8 Milliarden Schilling, werden durch 2300, 2400 Einzelhändler in Österreich erreicht. Die Neuordnung der Getränkesteuer war fällig, sie kann nicht der Weisheit letzter Schluß sein, weil sie natürlich wie alles zwei Seiten

hat, Vorteile für den einen, Nachteile für den anderen bringt, und dasselbe spielt sich auch bei der Gewerbeordnungsnovelle ab. Wenn ich daran denke, daß sie vorsieht, daß zum Beispiel für jede einzelne Filiale, die Frischfleisch verkauft, ein Fleischermeister verlangt wird, der dort angestellt wird. So viele Fleischermeister gibt es im Moment in Österreich gar nicht, wie wir dort in den Filialstellen bräuchten, die Frischfleisch verkaufen.

Meine Damen und Herren! Das Kapitel heißt Wirtschaftsförderung, und ich sehe seit Jahren dieser Wirtschaftsförderung aber im allgemeinen mit großer Skepsis entgegen, denn ein Satz in aller Offenheit: „Jede Förderung ist ein Betrug an dem, der keine bekommt.“ Und wenn Sie sich diesen Satz auf der Zunge zergehen lassen, dann wissen Sie genau, was ich meine. Denn auf der einen Seite haben es natürlich die Großbetriebe, die sie dann und wann brauchen, einfacher, weil sie über das Büro verfügen, über die Leute verfügen können, die sie brauchen, um rasch ihre Anträge zu stellen, um von einem Amt zum anderen zu sausen. Andererseits ist es nirgends geregelt und niemals geregelt bis dato, wie oft kann man eine Anforderung stellen, um eine Unterstützung eben zu bekommen, und andererseits scheint es mir auch wirtschaftlich gerade absolut nicht nobel zu sein, permanent Förderungen in Anspruch zu nehmen. Ich bekenne mich aber vollinhaltlich zu einer Standortförderung, weil es sehr oft nicht möglich ist, Betriebe anzusiedeln auf Grund der Lage, die sie dann dort haben, und mit einer Standortförderung könnte man das auch attraktiv gestalten.

Ein weiteres Anliegen in diesem Zusammenhang ist es, zu überdenken, ob es mit den Zinsenzuschüssen auch in Zukunft so weitergeht, wie das bisher gegangen ist. Denn sehr oft passiert es, daß Zinsenzuschüsse bei den Betrieben in den Geschäftsjahren einen zusätzlichen Gewinn darstellen – einen außerordentlichen Ertrag bilden, um es zum Ausdruck zu bringen –, und in diesem Moment ist wieder Steuer zu entrichten. Das heißt, auf der einen Seite der Zinszuschuß, damit man auf der anderen Seite dem Fiskus mehr abliefern kann. Das kann nicht im Interesse der Wirtschaft sein.

Ein konkreter Vorschlag wäre: Kredite der Wirtschaft anzubieten zu einem niedrigeren Zinssatz. Das, glaube ich, wird jedem einleuchten, der einmal damit zu tun hatte oder der mit den wirtschaftlichen Vorgängen und mit der Buchhaltung so einigermaßen auf du und du ist.

Meine Damen und Herren, übersehen wir bitte nicht, es sind die Klein- und Mittelbetriebe, und damit meine ich das Gewerbe und den Handel landauf, landab, die eigentlich dafür sorgen, daß unsere Märkte, unsere Orte, unsere Bezirksstädte attraktiv sind. Sie sind die Garanten der Lebensqualität, sie bieten den Arbeitsplatz in den meisten Fällen vor der Haustür, sie sind die Steuerzahler der Gemeinden und nicht zuletzt die permanenten Investoren, denn jeder Unternehmer ist stolz, wenn er Investitionen vornehmen kann, ist stolz darauf, wenn er einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen kann. In diesem Sinne bitte ich, bei all den Wirtschaftsförderungen, wo der Topf natürlich immer zu klein ist – und diesmal ist er im Budget besonders klein ausgefallen –, so darf ich sagen, aber

auch das zu überdenken, weil es kann nicht so sein, daß ein vom Land Steiermark geschaffener Topf dann in erster Linie von den großen und größten Betrieben ausgeräumt wird. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.37 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Bleckmann, nach ihr Günther Prutsch.

Abg. Bleckmann (18.37 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

In diesem Jahr sind für Wirtschaftsmaßnahmen 44,634.000 Schilling im, ordentlichen Haushalt und 343,695.000 Schilling im außerordentlichen Haushalt vorgesehen. Wenn man die 2 Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes, die in den Ermächtigungen zugestanden werden, dazurechnet, sind das zusätzlich zirka 712 Millionen Schilling. Somit kommen wir wieder, wie jedes Jahr, auf die Wirtschaftsmilliarde.

Und es stellt sich die Frage, wenn wir die Wirtschaftslage betrachten, ob so ein Milliärdchen ausreicht, die kommende Konjunkturkrise aufzufangen. Sogar schon der Kollege Purr hat bemerkt, daß die jetzige Wirtschaftsförderung scheinbar nicht so sinnvoll ist. Laut Arbeitsmarktvorschau 1992 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales folgt Österreich mit beträchtlicher Verzögerung dem weltweiten Konjunkturabschwung:

Von der internationalen Wirtschaft und der deutschen Wiedervereinigung sind nur sehr schwache Impulse zu erwarten.

Das Arbeitskräfteangebot an Unselbständigen wird um 56.000 Personen steigen, das sind 1¾ Prozent mehr.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird aber stark abflauen.

Die Arbeitslosenrate wird weiter ansteigen, das Vorjahresniveau wird um 11.000 überschritten und einen Jahresdurchschnitt von 196.000 erreichen. Die Arbeitslosenquote wird somit 6 Prozent betragen. Laut diesem Bericht ergeben sich vor allem in der Steiermark Arbeitsmarktprobleme.

Also wirkt sich dieser Konjunkturrückgang im Vergleich zu anderen Bundesländern in der Steiermark wesentlich ungünstiger aus. Die konjunkturelle Abhängigkeit der steirischen Wirtschaft, insbesondere der steirischen Industrie, steht im kausalen Zusammenhang mit offenbar noch ungelösten strukturellen Problemen in unserem Land. Wenn wir die Ergebnisse der jetzigen Förderung betrachten: steigende Arbeitslosenzahlen, vermehrte Konkurse und weniger Innovationskraft, so frage ich nochmals, ob sich diese Geldsumme überhaupt lohnt und ob sie sinnvoll eingesetzt ist.

Natürlich ist die gesamte schlechte Wirtschaftskonjunkturlage mitverantwortlich, doch es war auch nicht möglich, in den besseren Jahren für magere Zeiten vorzusorgen.

Wenn wir in der Steiermark eine wirkliche Verbesserung erzielen wollen, also eine Umstrukturierung, würde diese einzige Milliarde bei weitem nicht aus-

reichen. Und anstatt sich Gedanken zu machen und Gesamtkonzepte zu entwerfen, werden dagegen Millionen, und um genau zu sein 35,501.000 Schilling, in eine Pseudoausgliederung hineingesteckt.

Sicherlich hat die Frau Landesrätin Klasnic erkannt, daß das bisherige Konzept nicht sehr effektiv war und vorhandene Probleme nicht gelöst werden konnten. Man muß lobend erwähnen, daß sie versucht hat, eine Änderung zu bewirken.

Die bisherige Wirtschaftsförderung war in zwei Bereiche aufgeteilt, die Förderung der Klein- und Kleinstbetriebe sowie die Förderung der mittelständischen und Großindustrie. Dafür standen einerseits der Fonds für gewerbliche Darlehen, die Jungunternehmerförderung, die Regionalprämienförderung, die Nahversorgungsaktionen und andere für die Klein- und Kleinstgewerbe mit insgesamt 2370 Förderungsfällen zur Verfügung. Für die Mittel- und Großbetriebe waren es 170 Firmen. Zusätzlich versuchte die Förderbank Ges. m. b. H., eine möglichst breite Wirkung zu erzielen, um die Umstrukturierung bei Klein- und Mittelbetrieben zu unterstützen. Hier gab es 1260 Förderungsfälle.

Zwar gab es immer gewisse Richtlinien, die nach wie vor noch ein großes Geheimnis sind, doch eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip konnte nicht verhindert werden. Genauso wurde die bisherige Förderung von politischen Einflüssen getragen und konnte so weder rasch noch unbürokratisch vonstatten gehen.

Doch das eigentliche Problem der Wirtschaftsförderung liegt in der Frage, ob ein Unternehmer die Investition nicht sowieso durchgeführt hätte, ohne die Förderung in Anspruch zu nehmen. Es gibt drei Gründe für Förderungen:

Erstens, vorhandene Wettbewerbsnachteile der heimischen Unternehmer gegenüber anderen auszugleichen, zweitens, bei bestehenden Wettbewerbsverhältnissen der heimischen Wirtschaft zusätzliche Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, und drittens wollen wir sie einmal „außerökonomische Gründe“ nennen.

Der neue Weg, den die Frau Landesrätin gehen will, um diese Probleme zu beseitigen, ist eine neue steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die SFG. Diese soll einen Aufsichtsrat besitzen, der wieder politisch besetzt wird und zu 100 Prozent wieder dem Land gehört. Dazu soll es zwei Untergesellschaften geben, die Innofinanz und die Steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft, bei denen Projekte eingereicht werden können, die dann wiederum nach Richtlinien ausgesucht werden. In den Genuß einer solchen Förderung sollen vor allem Firmengründer, Unternehmer im Wachstum, Investoren und Regionen kommen mit Schwerpunktbildung im Innovationsgrad, Außenhandelsorientierung und Wachstumspotential. Also wieder soll die gesamte Steiermark mit nur einer Milliarde gefördert werden.

Das einzige Problem zur endgültigen Übernahme liegt darin, daß die jetzige Abteilung für Wirtschaftsförderung nicht miteingegliedert wurde und anscheinend auch die 40 Beamten nicht in dieses Konzept miteinbezogen wurden, so daß wir auf einige Jahre hinaus doppelgleisig fahren werden und mit zwei Instituten zu rechnen haben, die für die Wirtschaftsförderung

zuständig sein werden. Damit verbunden nicht nur einen Verantwortlichen, sondern drei.

Ich bin gespannt, wie sich diese Konstruktion im nächsten Budget auswirken wird und wie diese veranschlagt wird! Und wenn Sie jetzt sagen, daß das alte Institut für alte Fälle zuständig ist und das neue Institut für die neuen zuständig sein wird, dann frage ich, wie lange denn die alten Fälle andauern werden und was mit diesen 40 Beamten geschehen wird, die ja dann ohne Arbeit sein werden.

Damit so eine halbherzige Ausgliederung mit unsinnig vermehrter Bürokratie und nach wie vor bestehendem politischem Einfluß nicht vonstatten geht, müssen wir von vorne beginnen und uns fragen, was erwarten wir eigentlich von einer Wirtschaftsförderung?

Erstens wollen wir nur gesunde Betriebe unterstützen. Zweitens müssen wir überbetriebliche Maßnahmen schaffen, das heißt Umfeldbedingungen, also Strukturmaßnahmen, eine Verbesserung der Infrastruktur, Beratung, Information und Hilfe für die Zusammenarbeit mit dem Ausland oder den universitären Gremien.

Welche Bereiche wollen wir denn überhaupt fördern? Innovative Unternehmen, die das Know-how sichern, gesunde Unternehmen, die einen Innovationsschub brauchen, Jungunternehmen, Neugründungen, aber keine Sterbehilfe für marode Betriebe.

Teilweise werden in der neuen SFG gerade diese Bereiche für förderungswürdig angesehen. Doch wenn, dann bitte ohne politischen Einfluß im Aufsichtsrat und an den Aufsichtsrat ohne weisungsgebundene Beamte. Und nun stellt sich noch die Frage der Finanzierung. Bis jetzt wurde aus dem Budget finanziert. Doch ich glaube, für das, was unternommen werden müßte, wird auch das im Budget Veranschlagte, also die Milliarde, nicht ausreichen.

Die zweite Möglichkeit ist die Finanzierung vom Bund aus. Doch da müßten erst die Koordinationsprobleme gelöst werden und auch die Kommunikation sich verbessern, damit alles in einer gemeinsamen Richtung läuft. Das bedeutet also, wir müssen ein Instrument schaffen, das dotiert werden muß analog dem ERP, der wie ein Perpetuum mobile sich selbst finanziert. Deshalb schlage ich Ihnen vor, die Vorschläge des Herrn Josef Steyrer über eine Wirtschaftsförderungs-AG. zu diskutieren. Er schlägt die Gründung einer Wirtschaftsförderungs-AG. vor. Hier werden alle Geschäftsfelder, wie Fremdenverkehr, Finanzierung von Umstrukturierungsmaßnahmen, Energieprojekte und Umweltprojekte, vereint. Hier wird das brachliegende Landeskapital dieser WFAG zugeführt. Das heißt, daß das steirische Landesvermögen, zum Beispiel die STEWEAG, die Landeshypobank, die Seilbahnen oder auch andere Substanzwerte, wie die Landesforste, das notwendige Kapital zur Finanzierung der anstehenden Maßnahmen aufbringen. Der Grund für diese notwendige Einbringung der Vermögenswerte in die AG. liegt natürlich im Vorhandensein eines sicheren Vermögens für private Anleger. Doch diese Förderung soll nur unter folgenden Grundsätzen, die auch mit den freiheitlichen Grundsätzen übereinstimmen, möglich sein: Die WFAG darf zu keiner Pleiteholding umfunktioniert werden; Beteiligungen nur an gewinnorientierten Unternehmen; nach Prinzipien der Mindestbeteiligungen; Führung nach

marktwirtschaftlichen Prinzipien; „Going public“ mit dem Ziel, die erforderlichen Finanzierungsmittel zur Bewältigung der Strukturprobleme aufzubringen.

Liebe Frau Landesrätin, mit allem Respekt, ich fordere Sie auf, nicht nur halbherzige Ausgliederungen mit politisch besetzten Gremien zu konstruieren, sondern sich richtige Alternativen zu überlegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am besten wäre es, ganz von vorne zu beginnen und zu überlegen, ob die jetzigen Gesetze und auch die Entwürfe, die es bereits gibt, überhaupt noch den Ansprüchen genügen und ob es keine anderen völlig neuen Konzepte gibt, die die vorhandenen Probleme lösen, so wie das des Herrn Steyrer. (Beifall bei der FPÖ. - 18.48 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Nach ihm die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Günther Prutsch (18.48 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte einige ergänzende Anmerkungen zum Kollegen Schleich machen: Der Sonderlandtag vor einigen Wochen hat bereits ausreichend Gelegenheit gegeben, die wirtschaftliche Situation unseres Bundeslandes umfassend zu beleuchten. Und auch ich habe in dieser Sitzung auf die besondere Situation des Grenzlandes hingewiesen, und ich möchte Sie auch heute neuerlich auffordern, den Sorgen der Grenzlandbevölkerung mehr Beachtung zu schenken. Einerseits werden unsere Wirtschaftsprobleme von den großen Problemen der Industriezentren überdeckt, und andererseits sehe ich aber in weiten Bereichen oft noch immer nicht und nach wie vor keine Bereitschaft, die Realitäten im Grenzland zu erkennen. Neuester Hit der meiner Meinung nach sicherlich bewußten Fehlinterpretationen: „Aus dem heutigen Grenzland wird Kernland“. Meine Damen und Herren, das wird nicht sein! Es wird viele Jahre noch lange nicht sein, ob in der EG oder ob außerhalb der EG, es wird Strukturverbesserungen geben müssen, und die sind meiner Meinung nach auch nicht aufschiebbar. Ein diesbezüglicher Resolutionsantrag bezieht sich ja auf diese angeführte Problematik. Meiner Meinung nach ist auch die Regionalisierung der Wirtschaftsförderung die einzige Chance für unser Grenzland. Es ist wirklich höchste Zeit, und Kollege Hirschmann hat gesagt, daß wir einen Offenbarungseid leisten müssen. Ich gebe ihm recht. Wir müssen hier etwas tun! Und für mich ist es auch keine Frage, daß wir hier noch professioneller arbeiten müssen. Wirtschaftsförderungsregionalteams, ein Schlagwort, aber sie stehen in einem Resolutionsantrag und werden auch gefordert. Ich glaube, daß eben diese Teams in Gemeinsamkeit mit den Gemeinden, mit den Bürgermeistern und den örtlichen Institutionen, daß gerade sie in diesem Zusammenhang zu einer spürbaren Qualitätsverbesserung beitragen können. In der angesprochenen Sonderlandtagssitzung habe ich auch einige der drückendsten Probleme aufgezeigt und erläutert. Die Themenbereiche Arbeitslosigkeit, Pendlerproblematik, Abwanderung, sinkende Lebensqualität, Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, Niedriglöhne und sinkendes Selbst-

wertgefühl möchte ich heute in diesem Zusammenhang nicht mehr näher behandeln.

Doch einige andere Fakten muß ich aber zur Komplettierung der Gesamtschau noch aufzeigen. Zum Beispiel die ständige Verunsicherung der Bevölkerung, Schließung von Gendarmeriedienststellen, Schließung von Zollwachdienststellen und nun ein neuer Hit, jetzt sperren wir ganz einfach wieder einige Bezirksgerichte zu. Dann der Ärztekammerpräsident, Krankenhäuser eventuell zusperrten, oder wir degradieren oder führen sie zurück in den Standard von Buschambulatorien. Das darf mit uns nicht geschehen, meine Damen und Herren!

Ein nächstes Problem, die Abwasserproblematik, sie ist heute hier im Hause sehr eindringlich diskutiert worden, diese Abwasserproblematik wird zu einem immer komplexeren Problem, und besonders erschwerend wirkt sich hier unter anderem die Niedrigeinkommenssituation, die niedrigen Steuerkraftquoten im Grenzland aus. Ein Beispiel aus meinem Bezirk, der Bezirk Radkersburg rangiert auch hier mit 5.355,92 Schilling pro Kopf an letzter Stelle. Der Landesdurchschnitt beträgt 7378,94 Schilling. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns alle bewußt, ohne Hilfe von Land und Bund sind diese Probleme für diese Region unlösbar. Unterstreichen möchte ich neuerlich die Wichtigkeit des weiteren Ausbaues der Thermen gemeinsam mit der Entwicklung von vernünftigen Tourismuskonzepten. Ist zwar kein unmittelbares Wirtschaftsthema, aber regionalpolitisch doch sehr wichtig, die fachärztliche Versorgung. Wir haben in diesem Bereich größten Nachholbedarf. Kurz einige Anmerkungen zur Verkehrsproblematik. Die rasche Anbindung an den Ballungsraum Graz ist oberstes Gebot. Ich glaube, allein die Pendlerproblematik ist Grund genug dafür, die Fragen des Verkehrsverbundes zügig zu lösen.

Und ein Zweites in diesem Zusammenhang: Der slowenische Verkehrsminister Marja Krajnc hat diese Woche das starke Interesse seines Landes bekundet, die Verkehrsverbindungen nach Österreich zu verbessern. Und als sehr wesentliches Ziel hat er auch den Ausbau der Bahnlinie Murska Sobota, das nur wenige Kilometer von Bad Radkersburg entfernt ist, nach Szentgotthard an die österreichische Grenze angeführt. Meine Damen und Herren, hier besteht die einmalige Chance, die heutige Nebenbahn Spielfeld-Straß-Bad Radkersburg an diese neue Nord-Süd-Verbindung anzubinden. Mit dieser Anbindung wäre eine langjährige Forderung der Region endlich realisiert.

Bei allen Bahnausbaukonzepten darf auf den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Spielfeld-Straß-Graz nicht vergessen werden. Kollege Dipl.-Ing. Getzinger hat sich damit ja eingehend heute schon hier in diesem Hause befaßt.

Abschließend möchte ich noch einen kurzen Blick auf die aktuellen steirischen Arbeitsmarktdaten richten. Meine Damen und Herren, Ende März waren bei den steirischen Arbeitsämtern nicht weniger als 35.609 Arbeitslose vorgemerkt. Zwar um 7898 weniger als im Vormonat, aber immerhin um 985 oder 2,8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Geschätzte Damen und Herren, wir dürfen uns damit nicht abfinden. Wir müssen uns meiner Meinung nach künftig noch stärker um diese Probleme annehmen,

und ich denke hier auch an die bereits angesprochene Arbeitsstiftung oder auch an die in Schwierigkeit befindlichen sozialökonomischen Projekte.

Werte Damen und Herren, mit dem Argument zu arbeiten, ein großer Teil dieser Arbeitslosen ist ja doch nur saisonarbeitslos, das halte ich für nicht gut. Ich möchte eher sagen, das halte ich für verwerflich. Bedenken Sie bitte, daß zur Zeit noch Tausende Bauarbeiter saisonarbeitslos sind, saisonarbeitslos seit fünf Monaten und noch länger. Bedenklich halte ich auch Beiträge der letzten Tage, die undifferenziert – und ich betone undifferenziert – mit Schlagworten wie „freiwillige Arbeitslosigkeit“ und „Mißbrauch“ Stimmung machen wollen. All diese Dinge möchte ich auf das schärfste zurückweisen.

Eine andere Facette in diesem Bereich. Sehr bemerkenswert finde ich daher in diesem Zusammenhang aber auch eine Aussage der ÖVP-Generalsekretärin Korosec – ich glaube, sie ist noch Generalsekretärin.

Dazu eben ein „Kurier“-Zitat: „Auf rund eine Milliarde Schilling Schaden pro Jahr werden die Scheinanstellungen von Familienmitgliedern durch Freiberufler und Gastwirte geschätzt.“ – Korosec-Zitat. Eine Aussage, die ich nicht kommentieren möchte. Nur, ich meine, auch diese Facette der Arbeitslosigkeit muß – wie alle anderen natürlich auch – aber endlich offen diskutiert werden.

All jenen, die zu oberflächlicher Interpretation der Probleme am Arbeitsmarkt neigen – manche glaube ja, daß durch die Privatisierung der Arbeitsvermittlung die Probleme vom Tisch sind –, eben diesen möchte ich entgegenhalten – der Kollege Ussar hat das gestern schon gesagt –, daß nicht weniger als 50 Prozent der Arbeitslosen ungelernt sind, über keine berufliche Ausbildung verfügen. In diesem Zusammenhang gebe ich zu bedenken – der Kollege Schützenhöfer wird mir recht geben –, daß Österreich für die Aus-, Um- und Weiterbildung der Arbeitslosen eigentlich verhältnismäßig wenig aufwendet. Man bedenke, daß in Schweden doppelt soviel Mittel ausgegeben werden und in Dänemark mehr als das Vierfache.

Die Facharbeiterproblematik ist meiner Meinung nach in erster Linie ein bildungspolitisches und gesellschaftspolitisches Problem, das als solches erkannt werden muß und auch nur in dieser Richtung zu lösen ist.

Die gesellschaftliche Stellung der Lehrlinge und Facharbeiter muß verbessert werden. Noch immer heißt es – und ich höre das sehr oft auch in meinem Bekanntenkreis – in Aussagen zu Kindern: „Wenn du nicht lernst, dann mußt du arbeiten gehen.“ Das ist sicher nicht der richtige Weg, das sind sicher nicht die richtigen Startvoraussetzungen.

Ein kurzes Wort noch zum Kollegen Schinnerl, er hat sich gestern mit dieser Problematik befaßt. Es ist wirklich nicht so, Herr Kollege, daß die Arbeitsämter die gesuchten Facharbeiter horten und sie nicht hergeben. Es gibt sie nicht, und wenn es sie gibt, dann leider nicht in dem Alter, das sich die Betriebe wünschen. Aber es gibt eben leider nicht für uns ständig ein Idealalter, das ist ein großes Problem.

Auch zur Frage der Ausländerbeschäftigung nochmals eine kurze Anmerkung. Wir müssen sehr genau auf die Sensibilität der Bevölkerung achtgeben. Die Vernunft muß vorrangig vor allen anderen Interes-

sen stehen. Denn mit einer Radikalisierung ist ja letztlich wohl niemandem gedient, und konfuse Reaktionen, wie wir sie jetzt in der BRD finden, sind meiner Meinung nach zu spät. Wir sollten rechtzeitig darauf reagieren. Dazu zum Nachdenken noch ein paar Zahlen des Statistischen Zentralamtes:

Die Gastarbeiter verdienen in Österreich um rund ein Fünftel weniger als ihre österreichischen Kollegen.

In der Bekleidungsbranche erhöhte sich das Durchschnittseinkommen der Österreicher um 5 Prozent und jenes der Ausländer fiel um 10 Prozent. Die Zahl jener Ausländer, die weniger als die ominösen 10.000 Schilling verdienen, stieg von 15.500 auf sage und schreibe 58.000 an.

Das sind auch Realitäten, meine Damen und Herren, mit denen wir uns zu befassen haben, und vor allem auch zum Schutz der inländischen Arbeitnehmer. Wir haben keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, und meiner Meinung nach ist nämlich jeder einzelne Arbeitslose zuviel. Arbeitslosigkeit dürfen wir nicht einfach hinnehmen, auch nicht, wenn sie angeblich ohnehin nur saisonal ist! (Allgemeiner Beifall. – 19.04 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch, nach ihm Frau Dr. Bachmaier, nach ihr, ich bitte um Verzeihung.

Abg. Dr. Karisch (19.05 Uhr): Nachdem wir alle männliche und weibliche Eigenschaften in uns haben, fühle ich mich nicht gekränkt. (Präsident Mag. Rader: „Solange Sie nicht ‚Frau Präsident‘ zu mir sagen, ist alles bestens! Danke!“)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Europa steht vor großen Veränderungen im Wirtschaftsbereich. Vor Veränderungen, die auch Auswirkungen auf die steirische Wirtschaft und die steirischen Konsumenten haben werden. In wenigen Monaten wird der europäische Binnenmarkt der EG wirksam werden, ein Markt von 340 Millionen Menschen. Österreich wird voraussichtlich gemeinsam mit sechs EFTA-Ländern in der Form des Europäischen Wirtschaftsraumes an diesem Großmarkt teilnehmen. Damit werden die vier Freiheiten des Binnenmarktes, nämlich die Freiheit des Warenverkehrs, des Personenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und des Kapitalverkehrs, auch für Österreich wirksam.

Welche Auswirkungen wird der Europäische Wirtschaftsraum für den österreichischen Konsumenten haben? Haben wir mit Vorteilen oder mit Nachteilen zu rechnen? Ich möchte drei Bereiche nennen, in denen es zu Veränderungen kommen wird, nämlich erstens die Preise, zweitens das Lebensmittelrecht und drittens Bestimmungen des Konsumentenschutzes.

Zu den Preisen: Viele Österreicher hoffen auf eine Senkung der Preise. Eine verständliche Hoffnung, wenn man unsere Preise mit dem Ausland vergleicht und feststellen muß, daß Österreich in vielen Bereichen ein Hochpreisland ist. So hat ein Preisvergleich zwischen Wien und München gewaltige Preisunterschiede ergeben. Bei Spielwaren zum Beispiel war Wien um 37 Prozent teurer, bei Unterhaltungselektronik um 18 Prozent, bei Elektrogeräten und Fotoartikeln um 14 Prozent, bei Nahrungsmitteln um

10 Prozent. Unsere Lebensmittel, meine Damen und Herren, sind im Vergleich zum Durchschnitt der EG sogar um 16 Prozent teurer, eine Belastung vor allem für unsere Mindestrentner.

Viele Österreicher erhoffen sich, daß es durch den Europäischen Wirtschaftsraum zu mehr Wettbewerb und damit zu Preissenkungen kommen wird.

Diese Preissenkungen werden sich aber nicht von allein einstellen. Unsere Regierung und unsere Wirtschaft werden dazu Wettbewerbshemmnisse abbauen müssen. Es gibt in unserem Land noch manche Hindernisse und Zäune, die den freien Wettbewerb beeinträchtigen, jenen freien Wettbewerb, von dem man so gerne spricht. Wir Österreicher sind Meister in versteckten Schutzbestimmungen, nichttarifären Handelshemmnissen und offenen und verschleierte Monopolen, die eine freie Konkurrenz behindern.

Wir haben noch etliche Hausaufgaben in unserer Wirtschaft zu erfüllen, und ich bin überzeugt, daß unser Wirtschaftsminister Schüssel das tun wird, er hat es schon angekündigt, damit es auch bei uns zum vielgepriesenen freien Wettbewerb kommt. Manche Schritte wurden bereits gesetzt, wie zum Beispiel die neue Kehrgebieteinteilung unserer Wirtschaftslandesrätin für die Rauchfangkehrer, die die Auswahlmöglichkeit für die steirischen Konsumenten verbessert. Weitere Schritte der Liberalisierung werden vor allem auf Bundesebene noch folgen müssen. Ein wesentlicher Schritt in Richtung mehr Wettbewerb, meine Damen und Herren, ist auch ein neues Kartellgesetz, eine Hausaufgabe für die Bundesregierung, an der sie bereits arbeitet. Unser heute noch geltendes Kartellrecht ist im Entwicklungsstadium der Nachkriegszeit steckengeblieben und heute weder zeitgemäß noch europareif. Vor allem die Banken und Versicherungen haben in den letzten Jahren auf Kosten der Konsumenten von der Zahnlosigkeit des österreichischen Kartellgesetzes profitiert. Hier ist im Interesse der Konsumenten eine Veränderung dringend nötig, mit oder ohne EWR und EG.

Zum Zweiten: Was haben unsere Konsumenten im Lebensmittelrecht zu erwarten? Hier ist die Unsicherheit in der Bevölkerung groß. Es werden auch ganz bewußt von gewisser Seite Ängste mit Horrorprodukten, wie zum Beispiel einer Blutschokolade, geschürt. In der EG, meine Damen und Herren, gilt für die Zulässigkeit einer Ware und damit eines Lebensmittels das Recht des Herkunftslandes. Das bedeutet, daß Waren, die nach dem Recht des Herkunftslandes zulässig sind, auch in allen anderen Ländern der Gemeinschaft auf den Markt gelangen dürfen. Sie könnten nur dann verhindert werden, wenn sie gesundheitsschädlich wären. Es wird in Zukunft eine Vielzahl neuer Produkte in Österreich angeboten werden, die der österreichische Konsument nicht kennt. Lebensmittel nach ganz anderen Rezepturen. Das EG-Recht sieht allerdings zum Schutz des Konsumenten eine strengere Kennzeichnung für die Produkte vor. Die EG setzt auf den mündigen Konsumenten, den Konsumenten, der sich eine Ware genau ansieht, bevor er kauft. Auf einen mündigen Konsumenten, der die Kennzeichnung liest, versteht und entsprechend entscheidet. Für viele unserer österreichischen Konsumenten wird das eine Umstellung bedeuten. Waren sie doch bisher mit Kennzeichnungen nicht verwöhnt und sind daher

nicht gewöhnt, darauf zu achten. Lebensmittelzusatzstoffe zum Beispiel müssen in Österreich noch immer nicht namentlich genannt werden, obwohl dies von Konsumentenseite seit Jahren gefordert wird. Es genügt ein Pauschalhinweis, wie „chemisch konserviert“, „aromatisiert“ oder „gefärbt“! Die Kennzeichnungsvorschriften sind in Österreich wesentlich schwächer ausgebildet als in den Ländern der EG und dienen bisher oft eher dem Schutz des Unternehmers vor unlauterem Wettbewerb, als dem Recht des Konsumenten auf Information. Der österreichische Konsument wird sich also umstellen müssen, die Kennzeichnung mehr beachten und dann auswählen müssen. Österreich wird als Hausaufgabe vor der Öffnung unseres Marktes für fremde Waren auch noch strengere Kennzeichnungsvorschriften erlassen müssen. Auch zum Schutz unserer eigenen Produkte, vor allem unserer landwirtschaftlichen Qualitätsprodukte. Ich bitte sowohl die Vertreter der Wirtschaft als auch der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften, sich für die Erlassung europareifer Kennzeichnungsbestimmungen in Österreich einzusetzen.

Zum Dritten: Der Beitritt Österreichs zum EWR wird auch Impulse für die Verbesserung so mancher österreichischer Konsumentenschutzbestimmungen bringen. Unser Konsumentenschutzrecht ist absolut nicht schlecht. Allerdings sind noch manche Verbesserungen denkbar. Im Produktsicherheitsgesetz fehlt uns eine Rückrufpflicht zum Umtausch oder zur Vernichtung gefährlicher Waren. So etwas gibt es in der EG. Unser österreichisches Produkthaftungsgesetz gilt nur für Waren, nicht für Dienstleistungen. Im Interesse der Konsumenten wäre auch für Dienstleistungen, vor allem für die ärztlichen Kunstfehler, eine Umkehr der Beweislast nötig. In der EG gibt es bereits den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie. Österreich wäre gut beraten, ähnliche Bestimmungen einzuführen, und ich habe gehört, daß man bereits in Vorarbeiten ist. Verbraucherkredite, meine Damen und Herren, sind in der so wirtschaftsfreundlichen EG wesentlich strenger geregelt als im Bankenschlaraffenland Österreich. Reisebüros in den EG-Ländern müssen ihre Kunden besser informieren und bei Nichterfüllung der Versprechungen mehr Schadenersatz leisten. Bei einer Ratifizierung des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum ist Österreich verpflichtet, EG-Recht national nachzuvollziehen. Dies wird zu manchen rechtlichen Verbesserungen für die österreichischen Konsumenten führen. Aber auch, wenn der EWR-Vertrag nicht ratifiziert werden sollte – und wir wissen das heute noch nicht –, muß gefordert werden, daß den österreichischen Konsumenten Europa-standard im Konsumentenschutz gewährt wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 19.15 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Wenn wir heute in der Budgetdebatte über Wirtschaft und Arbeit sprechen, so erscheint es mir von

großer Wichtigkeit, auch über die Situation der Frau in bezug auf Arbeit einiges anzumerken:

Die Zeiten, in denen der Mann das Haupt der Familie und die Frau für Haushalt und Kindererziehung zuständig war, sind heute, wo Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und partnerschaftliches Denken immer mehr in den Vordergrund getreten sind, längst vorbei. Die Rolle der Frau hat sich grundlegend geändert. Sie hat sich emanzipiert, sie wurde aus dem „Manzipium“ – das ist das Eigentum – entlassen. Die Emanzipation ist sogar so weit fortgeschritten, daß zukünftig das Pensionsanfallsalter von Mann und Frau gleich sein soll. Aber die Gleichberechtigung darf nicht erst bei der Pension beginnen. Die Gleichstellung von Mann und Frau hat leider in weiten Bereichen lediglich auf dem Papier stattgefunden. Trotz formaler Gleichstellung der Geschlechter ist die inhaltliche Realisierung dieses Postulates noch nicht umgesetzt worden. Am Beispiel Frauenarbeit möchte ich demonstrieren, welche gravierende Nachteile Frauen Männern gegenüber noch immer haben. In Österreich sind etwa 200.000 Arbeitnehmer, die unter 10.000 Schilling verdienen, davon drei Viertel Frauen. Auf Steiermark umgelegt bedeutet das, 50.000 Arbeitnehmer unter 10.000 Schilling, davon 39.000 Frauen und „nur“ 11.000 Männer. Obzwar der Kollektivvertrag keinen Unterschied zwischen Mann und Frau macht und formell gleicher Lohn für gleiche Arbeit zu bezahlen ist, ist es dennoch so, daß die Verdienstmöglichkeiten in den typischen Frauenberufen weit niedriger sind als in den typischen Männerberufen.

So verdient zum Beispiel eine gelernte Kellnerin einen Monatsbruttolohn von 9000 Schilling, eine gelernte Schneiderin 9186 Schilling und eine gelernte Friseurin 9006 Schilling brutto monatlich, hingegen ein Hilfsarbeiter in der Metallbranche 11.506 Schilling brutto monatlich, ein Hilfsarbeiter in der Chemieindustrie 11.643 Schilling und ein Bauhilfsarbeiter sogar 13.061 Schilling brutto.

Betonen möchte ich nochmals, daß es sich bei diesen Beispielen bei den Frauen um gelernte Kräfte, bei den Männern jedoch um ungelernete Kräfte handelt. Jeder weiß, wie schlecht die Arbeitszeiten im Handel sind, und gerade in dieser Branche arbeiten hauptsächlich Frauen. Hier haben wir den geforderten Mindestlohn von 10.000 Schilling mit einem Betrag von 10.560 Schilling brutto gerade überschritten. Das bedeutet für eine gelernte Verkäuferin ein Nettogehalt von monatlich 8302 Schilling dafür, daß sie an sechs Tagen pro Woche zu arbeiten hat und zudem einmal monatlich auch am Samstag nachmittag. Wie familienfeindlich diese Ladenöffnungszeiten sind, brauche ich nicht besonders zu betonen.

Wenn man sich dagegen die Statistik der Spitzenverdienste in Österreich ansieht, dann muß man feststellen, daß sich jeder siebente männliche und jede 26. weibliche unselbständig Beschäftigte im obersten Einkommenszehntel befindet. Konkret stehen in Österreich 259.000 männliche Arbeitnehmer im obersten Einkommenszehntel nur 49.000 weiblichen Arbeitnehmern gegenüber.

Man darf sich eigentlich darüber nicht wundern, lasten doch die familiären Hauptaufgaben an der Frau, die – und das wissen wir alle – in erster Linie für Haushalt und Kindererziehung neben ihrem Beruf verant-

wortlich ist. Daß es die Frau durch bei weitem noch nicht flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen zusätzlich schwer hat, neben diesen Pflichten berufstätig zu sein, liegt auf der Hand. Die Situation ist vielleicht für jene Frauen, die auf Arbeit finanziell nicht unbedingt angewiesen sind, noch nicht so schlimm. Aber es gibt leider noch genügend Frauen, die arbeiten gehen müssen zur Sicherung ihrer Existenz. Man denke da zum Beispiel an die Alleinerhalterinnen oder Alleinerzieherinnen.

Leider hat die Wirtschaft sehr rasch begriffen, daß es eine Vielzahl von Frauen gibt, die Arbeit brauchen, um überleben zu können. Eine derartige Gruppe war und ist in der Wirtschaft stets hoch willkommen, weil sie gezwungen ist, auch Arbeiten zu schlechtesten Bedingungen anzunehmen. Und jeder von Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, weiß, daß ein niedriges Einkommen eine niedrige Pension nach sich zieht.

Ein Beispiel auch hier verdeutlicht die schlechte Situation der Frau: 50 Prozent der Frauen, die eine eigene Pension erhalten, haben eine Pension, die unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegt – und das ist derzeit 6500 Schilling monatlich.

Eines zum Abschluß stimmt mich persönlich traurig: Anlässlich des Sonderlandtages hat Frau Landesrätin Klasnic eineinhalb Stunden über die wirtschaftliche Situation in der Steiermark gesprochen. Als Frau hat sie aber nicht ein einziges Mal die Situation der Frau angesprochen. Müßten die Frauen nicht über alle Parteigrenzen hinweg ihre Solidarität bekunden? Wäre es nicht längst an der Zeit, Frau Landesrätin Klasnic, den Antrag betreffend regionaler Frauenförderungsprogramme in den Bezirken Bruck an der Mur und Leoben endlich in die Regierungssitzung einzubringen? Liegt Ihnen das Schicksal von etwa 100 Frauen, die dadurch einen Arbeitsplatz finden könnten, nicht am Herzen?

Die Situation der Frau am Arbeitsplatz muß darüber hinaus als Problem der gesamten Gesellschaft, und nicht nur als eines der Frauen gewertet werden, meine Damen und Herren Abgeordneten.

Müßten nicht in Zukunft mehr Budgetmittel für Frauenförderungsprogramme vorgesehen werden? Ich erwarte mir dies bei der kommenden Budgeterstellung! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.23 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (19.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir ein paar Gedanken zur derzeit geplanten Form der Ausgliederung von Teilen der Wirtschaftsförderung in eine Wirtschaftsförderungsges. m. b. H.

Von allen politischen Gremien wurde die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in einen von politischen Einflüssen relativ unabhängig agierenden Bereich als sinnvoll erachtet.

Die Organisationsform sollte ähnlich der sein, wie sie derzeit in Wien beim ERP-Fonds strukturiert ist: Beamte werden im Rahmen eines Überstellungsvertrages

in der neuen Gesellschaft tätig oder die neue Gesellschaft leiht sich vom Land Steiermark die entsprechenden Mitarbeiter aus.

Mit der jetzigen Form der Ausgliederung wird folgendes erreicht: Erstens eine Aufblähung des Verwaltungsapparates um rund 10 Millionen Schilling. Zweitens wurde bisher die Wirtschaftsförderung von einem beamteten Chef geführt, sind es jetzt insgesamt drei Chefs. Sämtliche Chefs sind Beamte und keine unabhängigen Manager.

In der jetzigen Form der steirischen Wirtschaftsförderung gibt es ein Gefilz von verschiedenen Einrichtungen und Institutionen, die untereinander mehr oder weniger freiwillig kooperieren.

Es ist dies erstens die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung für die Bereiche Abwicklung der alten Förderungsfälle, Ausfallhaftungen, für die Sanierungen, die Konsolidierungen, die Kleingewerbeförderungen, die Fremdenverkehrsförderung, die Liegenschaftsverwaltung mit immerhin 40 Baulichkeiten, volkswirtschaftliche und realpolitische Belange.

Es ist dies zweitens die Steirische Wirtschaftsförderungsges. m. b. H. mit den Bereichen Gründungsprämie, Seed-Financing, Projektkostenzuschüsse, Beteiligungen und Infrastrukturmassen.

Es ist dies drittens die Innofinanz, zuständig für kleine innovationshaltige Projekte.

Weiters ist viertens die BEA, die Steiermärkische Gesellschaft für Betriebserweiterung und Betriebsansiedlungen, zuständig für die Akquisition und Marketing.

Fünftens der Steirische Technologiepark, zuständig für Gründung von Technologieparks, wobei der Ankauf von Liegenschaften für Großprojekte wiederum in die Agenden der Fachabteilung fällt. Die Gründung von Gewerbe- und Industrieparks für Großprojekte, und zwar über 120 Millionen Schilling, fällt in den Bereich der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, die für kleine und mittlere Bereiche in den Bereich der neuen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Sechstens ist dann noch die Steirische Grundstücksbeschaffungsgesellschaft. Diese ist ein an sich gutes Instrumentarium, wurde bisher politisch nicht unterstützt und führt daher ein kümmerliches Verwaltungsdasein.

Und schließlich siebentens die Steirische Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H., zuständig für Beteiligungen für Projekte bis 120 Millionen Schilling, und – wie gesagt – darüber hinaus ist dann wieder die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung zuständig.

Die dafür zu übernehmenden Ausfallhaftungen in allen Bereichen bleiben auf alle Fälle bei der Fachabteilung.

Daraus sieht man, daß das Kompetenzwirrwarr und die sich daraus ergebenden Kommunikationsbruchstellen einfach vorhanden sein müssen, weil in jeder Gesellschaft andere Personen sitzen. Es ergibt sich daraus, daß vor allem keine einheitliche Meinungsbildung bei Förderungsprojekten entsteht und in dem Hin- und Herschieben von Fällen, die keiner haben will. Das Förderungsprojekt der Steirischen Wirtschaftsförderungsges. m. b. H. ist sachlich gesehen viel zu eng, um echte Restrukturierungsmaßnahmen durchzuziehen. Das bestehende Dienstleistungspaket

ist insofern gegenüber den bisherigen Förderungsmaßnahmen ineffizienter, als abgabenrechtliche Belange überhaupt nicht berücksichtigt wurden, das heißt, die indirekte Steuerpflicht der Förderungsmaßnahmen. Das Dienstleistungspaket der Steirischen Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. ist darüber hinaus so unglücklich konzipiert, daß Überschneidungen mit Förderungsmaßnahmen des Bundes zwangsläufig gegeben sind. So sind zum Beispiel die Voraussetzungen für die Gewährung von Förderungsmitteln im Rahmen der Seed-Financing dieselben wie die Finanzierungs- und Förderungsvoraussetzungen bei der Bundeseinrichtung „Innovationsagentur“. Dies führt entweder zu Überschneidungen oder sogar zur Substitution von Förderungsmitteln des Bundes durch Landesmittel. Eigentlich sollte es umgekehrt sein, nämlich so, daß nach dem strengen Subsidiaritätsprinzip die Bundeseinrichtungen verstärkt angezapft werden sollten und erst subsidiär bei Vorliegen besonders förderungswürdiger Umstände die Landesförderung zugeblendet werden soll oder überhaupt neue Maßnahmen gesetzt werden sollen, die vom Bund nicht abgedeckt werden. Neben den ohnehin überzähligen Gesellschaften wurde mit der Steirischen Finanzierungsgesellschaft eine weitere gegründet, die quasi als Holding für die dem Land Steiermark vorgelagerten Förderungsinstrumentarien fungieren soll, wobei bei Zusammenzählung sämtlicher Verwaltungskosten keine vernünftige Relation besteht zwischen den Verwaltungskosten und dem Förderungsnutzen der zersplitterten, oft voneinander unabhängig fungierenden Teilbereiche. Besonders kraß wirkt sich die halbherzige Ausgliederung von Teilen der Wirtschaftsförderung in die neue Steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. aus. In einem Fall schafft man bei gleicher Budgetstruktur, wenn nicht sogar bei geringerem Budgetumfang neues Verwaltungspersonal und damit zusätzliche Kosten, während auf der anderen Seite das bestehende Verwaltungspersonal in der verbleibenden Fachabteilung für Wirtschaftsförderung parallel, allerdings leer, mitläuft. So wurden beispielsweise sowohl in der neuen steirischen Förderungsgesellschaft als auch in der Steirischen Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H. neben den beiden Geschäftsführern zusätzliches Personal im Sekretariat sowie ein neuer Prüfer aufgenommen, obwohl fachlich qualifizierte Beamte in der Fachabteilung jahrelang in diesem Bereich tätig waren. Bei dieser Form der Zersplitterung der steirischen Wirtschaftsförderungspolitik feiert das Parkinsonsche Prinzip fröhliche Urstände.

Konsequenzen daraus müßte man folgenderweise zusammenfassen:

Erstens: Die Zusammenlegung aller Wirtschafts- und Förderungsangelegenheiten in ein zentrales Wirtschaftsförderungsgefüge, wobei die Voraussetzungen dafür die Errichtung eines zentralen Wirtschaftsgefüges wären. Voraussetzung dafür wäre die Errichtung eines zentralen Wirtschaftsförderungsgesetzes.

Zweitens: Wenn ausgegliedert wird, dann ganz und mit voller Übernahme der Mitarbeiter. Die rechtlichen Grundlagen zu schaffen dürfte dabei sicherlich kein Problem bereiten.

Drittens: Der Einsatz eines über betriebswirtschaftliche Kenntnisse verfügenden Koordinators für alle Förderungsbereiche.

Viertens: Die Beachtung des Subsidiaritätsprinzipes bei Förderungsmaßnahmen und darüber hinaus eine Schwerpunktsetzung, die eine Abgrenzung der Förderung von Bundeseinrichtungen klar umreißt.

Fünftens: Die Schaffung neuer Förderungsvoraussetzungen für die Zuführung von Risikokapital für die mittelständische Wirtschaft. Ich kann Ihnen sagen, daß die Broschüre, die wir vor kurzem vom Herrn Präsidenten Dr. Tropper bekommen haben, von Herrn Steirer einigies wiedergibt.

Sechstens: Die steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. ist in der derzeitigen Form unbrauchbar. Sämtliche Auflagen dieser Gesellschaft könnten auch zum überwiegenden Maße von der Fachabteilung ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand geführt werden, zumal derzeit ohnedies die politische Einflußnahme durch den installierten Beirat beeinträchtigt ist, ein Beirat, der ja sicherlich auf Grund der Wahlergebnisse gegenüber früher eine andere politische Zusammensetzung und Mehrheitsbildung hat.

Sollte die neue Gesellschaft die ihr nach den ursprünglichen Konzepten zugeordneten Aufgaben erfüllen wollen, müßte der gesamte Wirtschaftsförderungsbereich in die neue Gesellschaft übergeführt werden oder man betraut die Gesellschaft mit zusätzlichen Funktionen und wertet sie zu einer AG. auf, von der aus zum Beispiel über einen Börsengang die für die Umstrukturierung der steirischen Wirtschaft so notwendigen Mittel geschöpft werden können. (Beifall bei der FPÖ. – 19.32 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (19.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist wohl naheliegend, daß ich mich bei dieser Wirtschaftsdebatte zur Obersteiermark, zu den strukturschwachen Regionen hier zu Wort melde. Wir haben zwar in einer Sondersitzung unsere Argumente und unsere Vorschläge ausgetauscht, aber ich glaube, es gehört auch bei dieser Budgetdebatte dazu, daß wir dieser Region eine besondere Bedeutung zumessen. Ich werde auch nicht, um den Menschen in dieser Region immer in die Augen schauen zu können, aufhören, für diese Region und die Menschen, die in den strukturschwachen Gebieten beschäftigt sind, mit Vehemenz auf Grund meiner Verantwortung hier vertreten. Wir müssen aber auch unterscheiden, um nicht allgemein direkt von Krisenregionen und vielleicht schlechten Regionen zu reden, daß wir zwischen Industrie sehr wohl genau unterscheiden müssen, weil wir im Gewerbe eine sehr gute Auslastung feststellen und wir eben in der Industrie durch die Umstrukturierung in der Industrie große Probleme haben. Sei es die verstaatlichte Industrie, aber auch die private Industrie. Und mein Beitrag soll auch nicht dazu führen, daß wir uns diese Region oder diese Betriebe schlecht machen, aber wir haben uns damit auseinanderzusetzen, weil eben dieser Strukturwandel und damit der Abbau von Beschäftigten nicht nur in Österreich, sondern international auch in Zukunft weitergehen wird. Ich bin daher, ich würde fast sagen, wenn man die Wortmeldungen über die Obersteiermark gehört hat, entsetzt,

und ich habe hier die Budgetrede des Klubobmannes Dr. Hirschmann mit, die 38 Seiten beinhaltet, und für die Obersteiermark sind es genau neun Zeilen, da habe ich manche als ganz gezählt, neun Zeilen, meine Damen und Herren, widmet die steirische ÖVP durch ihren Generalredner, Herrn Dr. Hirschmann, dieser Obersteiermark, wo ein Satz nur heißt: „Obersteiermark, verstaatlichte SPÖ-Verantwortung, verabschieden wir uns.“ Meine Damen und Herren, gegen diese Vorgangsweise muß ich mich mit aller Deutlichkeit aussprechen! Diese Lippenbekenntnisse, die bei der Sondersitzung für diese Region abgegeben wurden, es ist für mich unerhört den Beschäftigten gegenüber, wenn ich bei einer Generalrede, wo ich über wirtschaftliche oder wichtige Probleme der Steiermark rede, einer Region, wo die Leute um ihre Arbeitsplätze in der Industrie bangen, neun Zeilen zuwende, und wenn auf der zweiten Seite noch steht: „Wir haben nach der schweren Verstaatlichtenkrise in der Obersteiermark einige erfreuliche Neuinitiativen zustande gebracht.“

Keine einzige Initiative, die wirksam nach außen für eine größere Bevölkerungsgruppe initiiert worden wäre, wird hier angeführt, weil es kaum eine gibt! Wir wissen das, und wir freuen uns nicht darüber, weil die Initiativen, die gesetzt wurden, leider nicht den Erfolg hatten, den wir uns wünschen würden. Ich suche jetzt auch keine einzelnen Schuldigen, weil keiner davon etwas hat, aber bei einer so wichtigen Budgetdebatte diesem Punkt nur diese Aufmerksamkeit zuzuwenden, finde ich in Wirklichkeit auf gut Steirisch als eine Sauerei, wenn man das vielleicht in dieser Form ausdrücken könnte. (Abg. Grillitsch: „Du bist ein linker Schächer!“ – Abg. Trampusch: „Der Linke ist aber in den Himmel gekommen!“ – Abg. Grillitsch: „Das Links beziehe ich auf den Charakter!“) Ich freue mich darüber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß in der Folge steht, daß Tichy schreibt, daß im Grenzland – und ich gratuliere dem Grenzland, und die Kollegen im Grenzland werden das überprüfen – 40.000 Arbeitsplätze nach dem Anschluß, dem Strukturwandel – von dem Hirschmann spricht – geschaffen wurden. Ich bin überzeugt, hätten wir ähnliche Erfolge in der Obersteiermark aufzuweisen, würden sie auch hier drinnen stehen. Ich glaube, daß es das wert ist, daß man das hier aufzeigt und daß man auch sagt, daß in der Budgetrede der Obersteiermark jene Bedeutung zugewendet wurde, zumindest sichtbar nach außen, wie auch in den Initiativen für diese Region in der Vergangenheit. Es wurde ihr nämlich – obwohl anders gesprochen wurde – keine Aufmerksamkeit zugewendet. Man hat sich damit begnügt: Für die verstaatlichte Industrie ist der Bund zuständig, der hat hier versagt, der hat seine Verantwortung nicht wahrgenommen.

Meine Damen und Herren, ich gebe schon zu und ich würde mir wünschen, wenn der Bund auch nachdenken würde darüber oder die AI, wie sie auch neue Strukturen, wie sie neue Betriebe mit hoher Technologie in die Obersteiermark bringt. Ich bin nicht zufrieden mit dieser Entwicklung. Aber auch die wirtschaftlich Verantwortlichen haben ansehen müssen, wo in ganz Europa die Beschäftigungszahlen in der Industrie zurückgehen, und im EG-Raum werden die Industriearbeitsplätze bis zum Juni um 15.000 weniger sein, und weitere Zahlen könnte man anführen. Da

hätte ich mir schon erwartet, daß man sich nicht damit begnügt, daß man an den Bund die Verantwortung abschiebt, sondern daß man sehr wohl darüber nachdenkt, was machen wir dann, wenn diese Entwicklung eintritt? Diese Vorschläge und diese Ideen fehlen mir, meine Damen und Herren. Das ist schade, denn die Betroffenen in der Region sind die Leidtragenden.

Noch einige Vorschläge, meine Damen und Herren. Ich habe in den letzten Tagen erfahren, und auch hier habe ich geglaubt, ich traue meinen Ohren nicht, weil ich ja angenommen habe auf Grund der Aussage der Frau Wirtschaftslandesrätin, daß alle Bemühungen im Gange sind, hier zu helfen. Ich höre, und ich bitte, Frau Landesrat, das sofort überprüfen zu lassen, weil ich es nicht nachvollziehen kann, aber ich höre, es gibt im Land Salzburg, weil es zu eng geworden ist, weil die Ausweitung der Betriebe nicht mehr möglich ist, eine Betriebsaussiedlungsaktion, wo sie gemeinsam mit dem Land Oberösterreich versuchen, Ansiedlungsplätze, Industrieparks für ihre Betriebe zu finden. Die sind Gott sei Dank für sie in einer besseren Situation.

Aber ich hätte doch angenommen, daß alle Landeshauptleute und alle Zuständigen, in der Regierung Verantwortlichen informiert sind, wenn es solche Aktionen gibt, daß wir dabei berücksichtigt werden, und da kann auch die Bemühung nicht eine sehr große sein, wenn man in dieser Frage nicht aktiv geworden ist. Ich habe der Frau Landesrat einen Brief geschrieben, ich habe ihn auch zur Kenntnis dem Herrn Landeshauptmann Schachner und dem Finanzreferenten Ressel geschrieben, hier zu überprüfen, ob wir nicht auch einen Teil dieses Kuchens für die obersteirische Region bekommen können, aber nicht zuwarten. Der zuständige Referent in der Salzburger Landesregierung ist der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Gastiger und, nachdem es ja ein Fraktionskollege von Ihnen ist, hoffe ich doch, daß wir hier ein Stück des Kuchens – ich wiederhole mich jetzt – bekommen können. Wir brauchen diesen Kuchen. Wir können die Anstrengungen noch so groß ansetzen, wenn wir aber diese so entscheidenden Dinge auslassen, werden wir keinen Erfolg haben.

Ich komme jetzt zurück zu unseren Vorschlägen, die ich das letzte Mal bereits angedeutet habe. Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir nicht in der neuen Wirtschaftsförderung Regionalteams, die heute vom Kollegen Prutsch schon angesprochen wurden, einsetzen, die sich ausschließlich mit den strukturschwachen Regionen befassen, werden wir nicht weiterkommen. Die Bürgermeister, die die Hauptlast der Betriebsansiedlung tragen, brauchen diese Unterstützung. Sie brauchen diese Teams, um vorzubereiten. Die Handelskammer hat in einer Broschüre das sehr eindringlich verlangt, wir brauchen diese Teams, um Grundstücksbewirtschaftung zu machen, Industrieparks aufzubereiten, um leerstehende Industriehallen zu erfassen, die bereits genehmigt sind, denn wenn die Betriebsansiedler hier kommen, daß wir beste Bedingungen anbieten.

Sie wissen alle, in der ganzen EG wird heute versucht, Betriebe anzusiedeln. Und die werden nur ansiedeln, wenn sie bessere Bedingungen vorfinden. Wenn dieser Sonderlandtag auch geschrieben wurde, er hat nicht sehr viel gebracht, aber es hat am nächsten

Tag in der Landesregierung den Beschluß gegeben, den Vorschlag des Landeshauptmannes Schachner und Landesrates Ressel, 100 Millionen Schilling zusätzlich für diese Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Wir werden mit diesem Geld, so hoffe ich, auch für diese Maßnahmen einen Kuchen abbekommen. Wir müssen dieses Bekenntnis ablegen, und wir haben einen Resolutionsantrag eingebracht, daß wir diese Teams einsetzen. Ich bin dankbar, daß die Volkspartei hier ein Signal gesetzt hat und diesem Resolutionsantrag zustimmen wird. Ich bedaure aber, Kollege Vesko, daß Ihre Fraktion diesem Resolutionsantrag nicht zustimmt. Es ist die zweite Maßnahme bei dieser Landtagssitzung, wo Sie dagegenstimmten, Semmeringtunnel, hier Regionalteams für strukturschwache Regionen, brauchen wir auch nicht, obwohl wir in dieser Frage kaum weiterkommen und obwohl viele Studien uns sagen, wie die Entwicklung sein wird in der Obersteiermark.

15 Prozent Rückgang der Bewohner, 14 Prozent Rückgang der Beschäftigten, und wir kommen also mit – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir können die Arbeitslosen nicht mit Kammern auffangen!“) Nein, was diese Regionalteams, Kollege Vesko, noch tun sollen, ist, daß sie die gesamten Studien – die es ja bereits gibt, ob von Tichy, ob von der Arbeiterkammer oder anderen, wir wissen und haben von Studien nachgewiesen, wie der Zustand ist –, was wir jetzt brauchen, ist, daß es Menschen gibt, die auf die Erkenntnisse der Studien eingehen und Vorschläge erarbeiten, wie wir in dieser Frage weitergehen und weiterkommen wollen. Für mich als Politiker einer Region ist es nicht selbstverständlich zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Entwicklung so ist, wie sie in der Studie steht. Wir haben entgegenzusteuern, entgegenzuwirken. Ich weiß aber auch, daß die Wirtschaft eine Eigendynamik braucht, aber für die Eigendynamik brauchen wir in regionschwachen Gebieten besondere Rahmenbedingungen, und diese Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, müssen wir schaffen.

Abschließend noch eines. Ich habe mich gestern auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr zu Wort gemeldet, aber wenn wir auch – das ist wieder so ein Zeichen – in dieser Region nicht zusammenbringen, daß wir die Böhler-Berufsschule, die wir als dislozierte Klassen auf Grund des Vorschlages des Landes weiterführen sollen, um sie in zwei, drei Jahren zuzusperren, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist das wiederum eine Maßnahme, die uns auch nicht weiterbringt. Ich bin nicht einverstanden, daß die Firma Böhler diese Berufsschule zusperrt, und ich habe das auch hinterlegt, aber die Firmenleitung argumentiert, sich von den Randbereichen zu lösen, Berufsschule sei Landessache, und sie können diese 5 Millionen Schilling bei einem Betriebsabgang im Vorjahr von 700 Millionen Schilling nicht mehr leisten. Aber soll es uns auf die 5 Millionen Schilling ankommen, haben wir diese 5 Millionen Schilling nicht für die technisch hervorragend ausgestattete Berufsschule, wo bereits seit ihrem Bestehen fast 7000 Lehrlinge ausgebildet wurden? Ich glaube, hier müssen wir noch reden, und wenn die Firmenleitung, Frau Landesrat, bereits geschrieben hat, sie brauche nicht mehr disponieren, weil sie die Hallen anderweitig verwenden wollen und die dislozierten Klassen nicht wollen, so dürfen wir uns

aber nicht damit abfinden, sondern wir müssen in Verhandlungen eintreten und Lösungen suchen.

Ich erwarte mir, weil ich weiß, daß Sie es ernstnehmen, Frau Landesrat, daß Sie in dieser Frage Verhandlungen aufnehmen und daß wir noch zu einer Lösung kommen. Sie haben bei einer Anfrage von mir erklärt, es wird bei der Berufsschule in Kapfenberg eine Lösung geben, wo auch die Kapfenberger und die Obersteierer zufrieden sein werden. Die vorgeschlagene Lösung ist nicht die, was diese Zufriedenheit auslöst. Ich hoffe aber, daß Sie heute bei Ihrem Schlußwort diese Lösung anbieten, wo wir zufrieden sein können und wo wir auch ein Signal in die Obersteiermark legen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.47 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (19.47 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das, was der Herr Abgeordnete Schrittwieser hier gemacht hat, ist in der Ungeheuerlichkeit eigentlich nicht zu übertreffen. Die Adressaten für das, was seit mehr als 20 Jahren in der verstaatlichten Industrie an Arbeitsplatzvernichtung geschieht, die sind nicht in der ÖVP zu suchen beim Dr. Gerhard Hirschmann, beim Herrn Landeshauptmann oder bei der Frau Landesrat. (Abg. Schrittwieser: „Das habe ich auch nicht gesagt!“) Die Adressaten heißen Sinowatz, Vranitzky, Streicher. Als wir 1970 die Verstaatlichte übergeben haben, hat sie einen Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling erbracht. Jetzt habt ihr Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet und die Verstaatlichte in Wahrheit in den Ruin geführt. Sich hier herstellen und zu sagen, zwar bin ich schuld, aber du trägst die Verantwortung, das ist ein Spiel mit den Arbeitsplätzen und mit jenen, die Arbeit suchen, das unzulässig ist. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Was du jetzt sagst, hat früher der Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger immer gesagt!“) Wer hat denn vor Jahren die Kraftanstrengung unternommen, als die VEW nahezu zu Grunde gegangen ist? In einer außerordentlichen Kraftanstrengung hat Landeshauptmann Dr. Josef Krainer 200 Millionen vom Landesbudget zur Verfügung gestellt. Er ist in der ersten Reihe in Judenburg marschiert, neben dem Arbeiter, neben dem Gewerbetreibenden, weil es um die Region gegangen ist. Damals ist weder ein Minister Sekanina als Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschafter in Judenburg erschienen, noch ein ÖGB-Vorsitzender dieses Landes, noch ein Verstaatlichtenminister – die Sozialisten haben die Obersteiermark im Stich gelassen, nicht wir! Wir kämpfen seit Jahren und Jahrzehnten redlich um diese Menschen. Ich lasse es einfach nicht zu, ich bin lange genug als Arbeitnehmervertreter hier tätig, und ich habe in der Arbeiterkammer es miterlebt, wie niedergeschrien und niedergestimmt wurde und wie Schuldige gesucht worden sind, obwohl wir alles getan haben. Und zum Schluß haben sie noch den Paul Burgstaller und das Forschungsinstitut, eine Zukunftseinrichtung, einfach vernichtet, weil das ein Schwarzer ist. Und das Pro-Obersteiermark-Konzept hat er vor zehn Jahren entwickelt. Sie haben es abgelehnt, schubladisiert, und

nun stellt sich der Mann her und sagt, ihr seid schuld. Da tun wir nicht mit!

Und hören Sie sich folgende Zahlen an, Herr Schrittwieser, damit wir uns das einmal vergegenwärtigen. Ich habe mich auch auf dieses Thema vorbereitet, und ich habe vorgehabt, es ein wenig anders zu behandeln. Aber solange ich die Möglichkeit habe, die Freiheit des Wortes und die Freiheit der Gesinnung auszuüben, hier habe ich sie. Ich habe miterlebt in der Arbeiterkammer, daß das nicht möglich ist, bei Ende der Rednerliste hat man mich und andere nicht reden lassen. Hier kann ich widersprechen, wenn einer etwas behauptet, was mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. (Abg. Schrittwieser: „Das ist eine alte Platte, die du da auflegst!“) Laß dir folgende Zahlen sagen, Herr Schrittwieser und meine Damen und Herren von der SPÖ: in Österreich von 1980 bis 1990 ist die Zahl der Arbeitnehmer in der Verstaatlichten – dem Herzstück sozialistischer Ideologie, wie du weißt – von 109.000 auf 61.000, das ist ein Verlust um 44 Prozent, gesunken. Ihr Anteil an den Beschäftigten in der Industrie beträgt gerade noch 11,2 Prozent, und in der Steiermark waren es 1970 noch 36.000 Arbeitnehmer und Angestellte. (Abg. Schrittwieser: „Ich frage, wie das in der Agrosserta ist!“ – Abg. Grillitsch: „Dort ist ja nichts passiert!“) Ich habe das Konzept „Pro Obersteiermark“ vor mir, heute – Herr Abgeordneter Schrittwieser – sind es noch gerade 18.000.

Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich ein paar Sätze jetzt so sagen, daß mir die Mehrheit auch zuhört.

Meine Damen und Herren, Kollege Schrittwieser, höre mir ein paar Sätze zu, das ist nicht das Ende der Verstaatlichten, aber, meine Damen und Herren, die Relationen haben sich verändert. Ich will nicht behaupten, daß der sogenannte Mischkonzern am Ende ist, aber der Obersteiermark hat er keine neuen Arbeitsplätze gebracht, im Gegenteil, eine Neuausrichtung – jetzt darf ich etwas vorlesen –, eine Neuausrichtung des Unternehmens ist erfolgreich verhindert und eine Sanierung in den Hochkonjunkturjahren 1988 bis 1990 ist verschlampt worden. Das ist mein Text. Darf ich Ihnen jetzt den von mir geschätzten ÖGB-Vorsitzenden Landesrat Hans-Joachim Ressel vorlesen, gestrige „Kleine Zeitung“, Gastkommentar: „Der Strukturwandel im Verstaatlichtensektor, wo der gute Konjunkturwind der letzten Jahre nicht optimal für die Umstrukturierungen genutzt wurde, muß zügig fortgesetzt werden. Vom Konzernvorstand und von der AI und vom Eigentümer ist zu fordern, welche Produktionen und Standorte in der Obersteiermark unverzichtbar sind. Diese Betriebe müssen das betriebswirtschaftlich bestmögliche Ergebnis erzielen, was der Eigentümer durch realistische“ – der Eigentümer, das ist der Bund, das ist der Verstaatlichtenminister, und der Herr Vranitzky ist der Eigentümer – „was der Eigentümer durch realistische Ziele definieren mußte.“ Nicht schreien, das ist Ressel, nicht Schützenhöfer. (Abg. Dörflinger: „Ressel ist ein gescheiter Mensch!“) Und jetzt darf ich Ihnen noch vorlesen den Prof. Gunther Tichy, der in seiner Analyse feststellt: „Der Beschäftigungsabbau wird erst 1993/94 zum Stillstand kommen und die Sanierungskrise dann möglicherweise beendet werden, weil vom Eigentümer“ – Vranitzky, Streicher, sage ich jetzt dazu –

„weil viele Maßnahmen vom Eigentümer verspätet getroffen und viele Aktiva verlorengegangen sind, die jetzt mühsam wieder aufgebaut werden müssen.“

Meine Damen und Herren, das ist die Tatsache. Und Tatsache ist auch, daß der Steuerzahler in seiner unendlichen Geduld mit dem Sozialismus zahlt und zahlt und zahlt. Von 1981 bis 1987 sind 59 Milliarden in die verstaatlichte Industrie gepumpt worden, für Tilgungen und Zinsen sind bis zum Jahr 2011 mehr als 105 Milliarden Schilling zu berappen. Das sind rund 30.000 Schilling für jeden Steuerzahler, zwischen 1988 und 1990 sind weitere 40 Milliarden durch Abverkäufe, Geschäftserlöse und Personaleinsparungen zusammengekommen. Meine Damen und Herren, wo ist dieses Geld? Kein einziger Schilling ist in der Steiermark investiert worden, Arbeitsplätze wurden vernichtet, aber nicht gesichert. Und das, meine Damen und Herren, ist die Realität, vor der Sie stehen. Und wenn dieser Weg von Streicher und Sekira weitergegangen wird, dann sagen uns die Prognosen unabhängiger Fachleute schon für die Verstaatlichte 1993 und 1994 einen weiteren Finanzbedarf von bis zu 10 Milliarden voraus. Und schauen Sie sich das erste Quartal des heurigen Jahres an. Da kündigt sich das Unheil schon wieder an. Es drohen Betriebsstandortschließungen. Und trotz aller Beteuerungen sind 1992 bis zu 10.000 Arbeitsplätze in der Verstaatlichten gefährdet, allein – ich entnehme das dem Obersteiermark-Aktionsprogramm der Arbeiterkammer, falls Sie einen Zwischenruf machen wollen (Abg. Schrittwieser: „Ich weiß das leider, da müssen wir etwas tun!“), 4000 in den bekannten steirischen Problemstandorten, die es hier bei uns gibt.

Meine Damen und Herren, und weil der Herr Abgeordnete Schrittwieser schon, offensichtlich beauftragt vom Generaldirektor Schachner, gemeint hat, zum Schluß der Budgetdebatte müssen wir noch mit dem Kübel kommen, habe ich mir gedacht, ich möchte in aller Sachlichkeit Stellung nehmen. (Abg. Schrittwieser: „Das sagst gerade du!“) Es ist mir nicht mehr ganz möglich, obwohl die Zahlen für sich sprechen, denn das ist der ungeschminkte Zustand der Verstaatlichten, wie Sie ihn zu verantworten haben.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines, ich weiß, wie es Leuten geht, die wenig verdienen, denn ich komme aus bestimmten Verhältnissen, und da lasse ich mir überhaupt nichts einreden. Ich sage Ihnen nur eines, ich werde, wo ich kann, meine Stimme erheben, wenn in einer solchen Zeit, in einer solchen Form, wo um die Ecke die Zweidrittelgesellschaft besteht, es sind nicht lauter Arbeitslose das andere Drittel, aber es sind Menschen, die mit dem Einkommen in Wahrheit nicht mehr auskommen können. Wenn in einer solchen Zeit des Zustandes der Verstaatlichten die roten Manager ungeniert wie nie zuvor mit dem Geld prassen, denn mit der sogenannten Entpolitisierung haben sie zwar das Diktat der Parteisekretariate aus dem Haus gebracht, aber jetzt diktiert nur mehr das, und nicht die Parteisekretariate, weil die Verstaatlichte ist unter das Kuratel der SPÖ gestellt. Das wissen Sie so genau wie wir. Die SPÖ ist unter sich und kann tun und lassen, was sie will, es gibt überhaupt keine Kontrolle! Es ist für mich unfassbar, daß der das Amt des Bundeskanzlers moderiere-

rende SPÖ-Bundesparteivorsitzende diesem Treiben ebenso zuschaut wie die steirische SPÖ.

Schrittwieser, Sie haben mir gesagt „ich kann in die Augen schauen“, möglich, du wirst schon irgend jemandem in die Augen schauen können. Kann Schachner-Blazizek einem obersteirischen Arbeitnehmer in die Augen schauen, meine Damen und Herren? Das Nettoeinkommen eines obersteirischen Arbeiters – ich entnehme es aus der Obersteiermark-Studie der Arbeiterkammer – beträgt 10.770 Schilling, aber ein Vorstand der VOEST-Alpine Stahl bekommt 1990 5,3 Millionen Schilling im Jahr. Die Zahl der Beschäftigten in der Verstaatlichten geht ständig zurück, die Gehälter der Manager steigen rasant. (Landesrat Tschernitz: „Herr Abgeordneter, was bekommt einer in der Privatindustrie? Ein renommiertes Privatunternehmen, macht Gewinn und wirft 300 Leute hinaus!“) Ja, aber Ihr macht ja keinen Gewinn, in der Verstaatlichten gibt es ja keinen Gewinn. Rege dich nicht auf, lieber Tschernitz, eines kann ich dir sagen, einen solchen Zynismus bringt in diesem Lande nur die SPÖ zusammen. Sie hat offensichtlich jedes Maß verloren und vergessen, daß sie einst, Tschernitz, als Arbeiterpartei gegründet wurde. (Landesrat Tschernitz: „Scheinbar weißt du nicht, was die Manager verdienen!“) Aber was heißt heute schon Arbeiter und Angestellte für die SPÖ? (Landesrat Tschernitz: „Ich würde dir raten, das anzuschauen, was sie in der Privatindustrie verdienen!“) Darf ich dir eine kleine Antwort geben: der Kinzl verdient 4 Millionen! (Abg. Schrittwieser: „Das ist ohnehin zuviel!“) Richtig, er kommt aber aus deinen Reihen, ist ein Gewerkschafter. Der Kinzl hat jetzt gesagt, er macht das Vizepräsidentenamt – Schrittwieser, der Kinzl hat jetzt gesagt, jetzt macht er das Vizepräsidentenamt ehrenhalber, weil er als Pensionist als Generaldirektor auch 4 Millionen Schilling im Jahr bekommt. (Abg. Dr. Wabl: „Sauerei!“) Ja, Sauerei, dann stehen Sie auf und beendet das in Ihren Reihen. (Abg. Dr. Wabl: „Schaumayer ist ein Schwarzer und bekommt 8 Millionen!“) Meine Damen und Herren, das ist doch die Tatsache, und euer Genosse, der Verstaatlichtengeneraldirektor Hugo Michael Sekyra, der übrigens mit der Autonummer HMS 1 unterwegs ist, bekommt mehr als 6 Millionen Schilling im Jahr, das ist übrigens doppelt so viel wie der Alois Rechberger, der hat mit 3 Millionen Schilling, sprich 250.000 Schilling im Monat, sein Auskommen fristen müssen.

Meine Damen und Herren, jetzt eine ernste Frage an die SPÖ. Ihr habt euch doch früher gemeldet. Wabl, wie du dich erinnerst, auch Schrittwieser, der alte Loidl, der Prensberger, nein, bei denen hätte es das nicht gegeben, die wären da jetzt gestanden, wo ich stehe, da hätte ich mich nicht melden brauchen, um das aufzuzeigen. Ja, ich werde das Gefühl nicht los, daß diese nicht mehr vorhandene Sensibilität solchen Verdiensten, die mit Verdiensten nichts zu tun haben, sondern ist halt ein Geld, das man bekommt, damit zusammenhängen, daß ihr selber mit dem Schachner-Blazizek einen Generaldirektor an der Spitze der SPÖ habt und nicht mehr wißt, wo den Menschen wirklich der Schuh drückt.

Deshalb sage ich Ihnen, meine geheime Hoffnung ist, und ich sehe das am Horizont eigentlich schon ein wenig. Wabl, eine Hoffnung, die du wahrscheinlich

auch hast. (Abg. Dr. Wabl: „Erinnerst du dich, was Dr. Dorfer verdient hat?“) Wabl, ich sehe am Horizont, die Zeit ist möglicherweise nahe, da die Führung der SPÖ in der Steiermark wieder ein gestandener, guter Gewerkschafter übernimmt. Ich würde es auch wünschen, weil es diesem Lande viel brächte, wäre da wieder einer vorne, der Kompetenz gerade auch in Arbeitnehmerfragen aufweist, denn wundern Sie sich nicht – ich habe mit obersteirischen Arbeitnehmern auch soviel Kontakt wie Sie –, wenn Ihnen die eigenen Mitglieder davonlaufen (Abg. Dr. Wabl: „Aber euch auch, Schützenhöfer!“) und sagen „weit habt ihr es gebracht, Genossen, schämt euch“. Das ist es, meine Damen und Herren, was hier in aller Form zu sagen ist.

Deshalb sage ich noch einmal, wir bekennen uns zur Verstaatlichten. Sie war lange genug Wasserträger der Nation, aber zuerst muß in diesen Dimensionen des Schaufelns von Einkommen bei gleichzeitigem Verlust der Arbeitsplätze der einfachen Menschen Ordnung gemacht werden. Dann ist das vorzulegen, was wir unablässig fordern, nämlich ein Gesamtkonzept für die verstaatlichte Industrie. Ja, Schrittwieser, warum sagst du hier nicht, daß du von Sekyra, Streicher und Vranitzky wissen willst, wie sehen die detaillierten Fünf-Jahres-Pläne für die einzelnen Holdings aus? Auf welche Kernbereiche, von denen immer wieder gesprochen wird, will sich die Verstaatlichte zurückziehen? Welche Bereiche sollen aufgelassen werden, welche Strategie wurde für jene Arbeitnehmer entwickelt, die künftig in anderen Bereichen tätig sein müssen? Wie sieht der überarbeitete Fahrplan für den Börsengang aus? (Landesrat Tschernitz: „Das würden wir in der Privatindustrie auch gerne wissen, Herr Abgeordneter!“) Landesrat Tschernitz, du schau, du weißt es ja viel besser als ich! Ich darf es dir sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das sind keine Steuergelder!“) So ist es, Herr Klubobmann, mit Ihnen ist ein vernünftiger Mensch da hereingekommen, es freut mich! War bei euch auch selten früher, aber es ist in Ordnung!

Der Quereinsteiger hat mir gesagt, er ist 20 Jahre sozialistischer Gewerkschaftsfraktionschef in der Verstaatlichten, er ist ein guter Mann an sich, glaube ich, für die SPÖ dort immer gewesen. Wenn also der neue Verstaatlichtenminister mit seiner ÖMV, aus der er kommt, an die Börse gehen darf, da kommt es ja ohnehin zum Offenbarungseid, dann werden wir sehen, ob es dem Herrn Bundeskanzler die Rede verschlägt und ob er gemeinsam mit dem Verstaatlichtenminister – und das hätte ich mir erwartet, Schrittwieser, daß du hier formulierst – für die obersteirischen Standorte ähnliche Klarstellungen, um nicht zu sagen Garantieerklärungen trifft, wie er das für Linz getan hat. Denn da verweise ich noch einmal auf Resel, der in seinem Gastkommentar gesagt hat „der Eigentümer muß einmal sagen, was er eigentlich mit den Standorten vorhat“.

Das muß geklärt werden, damit wir wissen, was die, denen die Betriebe gehören, zu tun gedenken. Dann werden wir alle Anstrengungen übernehmen und unternehmen, so wie bisher, und nie zuvor haben wir für die Verstaatlichte in der Steiermark so viel getan wie unter diesem Landeshauptmann. Wer einen Anstand hat, würde das auch als Gegner hier einmal feststellen, wem es um das Land und um die Region und nicht nur um seine Partei geht. Wir können nichts

dafür, daß Ihr mit Schachner-Blazizek das seit 1945 schlechteste Ergebnis in die Scheune gefahren habt. Mit der Politik werdet Ihr noch weiter hinunterkommen! (Landesrat Tschernitz: „Ihr aber auch!“) Jawohl, wir haben auch ein bißchen verloren, Ihr habt gewonnen. Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko, das war auch bei Ihren Dankadressen, die Sie heute gemacht haben, der einzige Dank, der Ihnen bei der Verbeugung gefehlt hat, Sie haben dem Haider nicht gedankt, weil dem müßten Sie danken, daß Ihr neune seid. Unsere 26 sind hausgemacht. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Es waren einmal 30 Hausgemachte!“) Wenn Ihr wieder selber arbeitet, wird es euch geben, wir werden wieder ein bißchen weiter da sitzen.

Und daher sage ich jetzt zum Schluß, meine Damen und Herren! Ich habe mir das alles aufgeschrieben, aber ich mache es mir nicht einfach, sage es aber ganz konkret, daß gerade auch das, was die Arbeiterkammer hier im Obersteiermark-Programm fordert, ich bekenne mich von der ersten bis zur letzten Zeile dazu, und der Herr Landeshauptmann hat es mir selber und uns im Klub gesagt, daß dieses Programm eine brauchbare Grundlage ist für die gesamte steirische Politik, und er hat es sofort den Regierungsmitgliedern zugemittelt. Hat es einer erzählt von euch, haben Sie es bekommen? (Abg. Schrittwieser: „Ich habe es selber!“) Du hast es selber. Das ist schön, sonst hättest du es bis heute nicht.

Das ist eine Grundlage, und es ist gut, daß die Arbeiterkammer in diesem Programm selber sagt, parallel zur Verstaatlichten sind insbesondere die Wirtschaft, die Klein- und Mittelbetriebe zu fördern. Wir wollen insgesamt 100 Betriebe dort ansiedeln. Ich stehe zu dieser Lehrwerkstätte, gar keine Frage, wir brauchen die Verkehrswege, die Ausbauten. Es braucht nicht wiederholt zu werden, was alles zu geschehen hat im Bildungsbereich.

Und, meine Damen und Herren, vielleicht darf ich so schließen, wie ich eigentlich anfangen wollte. Wenn wir uns den Arbeitsmarkt anschauen, brauchen wir ihn nicht dramatischer machen als er ist. Aber es ist Sorge angebracht, denn wenn man sich die Zahlen auch ohne die saisonale Winterspitze anschaut, steigen sie im Verhältnis zum Vorjahr, nur, das ist ein Vergleich, eigentlich ständig. Wir sind im Begriff, ältere Arbeitnehmer auszugrenzen und in die Isolation zu treiben. Wir wissen nicht recht, wie wir es wirklich mit den Ausländern angehen sollen. Sie werden teilweise ausgespielt, und es wird der junge mit dem älteren Arbeitnehmer ausgespielt. Da gilt es zu sagen, wehret den Anfängern, und tun wir alles, daß das soziale Klima im Lande, das meines Erachtens ein bißchen rauher geworden ist, wieder ins Lot kommt. Ich denke, daß wir dann zur Gemeinsamkeit zurückfinden sollten. Nur, uns etwas in die Schuhe zu schieben, wofür wir nicht verantwortlich sind, wofür wir kämpfen, ich bin auch einer im großen Wagen davon als kleines Rädchen, das möchte ich nicht gerne zulassen! (Beifall bei der ÖVP. – 20.10 Uhr. – Abg. Schrittwieser: „Noch ein Satz, Herr Kollege: Ich habe den Zustand der Verstaatlichten nie der steirischen ÖVP zugeschoben, auch nicht bei meiner Rede! Du hast mir unterstellt, ich hätte das getan!“)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (20.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Dame und sehr geehrte Herren der Steiermärkischen Landesregierung!

Ich komme aus der Obersteiermark, bin in der Obersteiermark geboren. Ich glaube, unsere Diskussion hier soll vor allem den Sinn haben, daß die Menschen in dieser Region, in einer einst blühenden Region, die momentan wieder Tritt gefaßt hat, wo die Menschen wieder in Aufbruchstimmung sind, wo die Menschen wieder spüren, daß es aufwärts geht, daß wir gerade auch in diesem Hohen Haus die Verpflichtung haben, dieses Bewußtsein, das die Menschen haben, auch durch unsere Haltung und durch unsere Wortmeldungen zu verstärken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Landesfinanzreferent hat in seiner Budgetrede ausführlich zur steirischen Wirtschaftslage Stellung genommen. Er hat gesagt, daß die steirische Wirtschaftslage beim Betrachter ambivalente Gefühle auslöst. Er drückte damit aus, daß wir zum einen eine Rekordbeschäftigung haben, zum anderen aber auch in der Arbeitslosenstatistik nicht die Werte aufzuweisen haben, die wir uns wünschen. Er hat in seiner Budgetrede auf die Jännerwerte hingewiesen, wo es in der Steiermark noch 45.000 steirische Arbeitslose waren, inzwischen hat ja der Kollege Prutsch in seinem sehr interessanten Beitrag die neuen Zahlen genannt, die Gott sei Dank signalisieren, daß diese Zahl zurückgeht. Die Situation in der Obersteiermark wurde vom Landesfinanzreferenten, auch von unserem Bezirk Leoben, noch mit 13,5 Prozent der Arbeitslosen angegeben, inzwischen ist Gott sei Dank diese Zahl auch zurückgegangen auf über 12 Prozent. Aber noch immer sind diese 12 Prozent sehr viel, und noch immer ist jeder einzelne Arbeitslose, wie es Prutsch auch nannte, einer zuviel. Ich darf Ihnen sagen, sehr geehrte Damen und geehrte Herren, daß vor allem auch – und die Frau Abgeordnete Dr. Geltewa hat das ausgedrückt – die Beschäftigungssituation für Frauen gerade in unserem Raum ungünstig ist und wir alles unternehmen müssen, um dieser Situation Rechnung zu tragen. Ich schließe mich auch der Bitte an die Frau Landesrat an, daß wir uns hier bemühen, vor allem auch auf diesem Sektor Programme zu entwickeln, die diesen Umstand verändern. Was mich aber ganz besonders sorgenvoll stimmt, eine echte Sorge ist, daß wir noch immer Jugendliche, und zwar 570, im Alter von 15 bis 25 Jahren ohne Arbeit haben. Ich muß sagen, hier muß uns ganz einfach etwas einfallen. Hier muß uns etwas einfallen, und ich bitte hier wirklich, daß wir uns alle zusammen ganz einfach Gedanken machen, wie wir diesen jungen Menschen helfen können, damit sie Hoffnung haben, nach ihrer schulischen Ausbildung einen Arbeitsplatz anzutreten, eine Lehre anzutreten, ganz einfach Zukunft zu haben. Ich muß auch sagen, wenn vor kurzem im ORF eine Sendung über die Menschen war, die über 50 Jahre alt sind und nun also arbeitslos geworden sind. Und wenn die Situation hier im ORF von diesen Menschen gezeichnet wurde, so haben wir auch gespürt, daß es nicht einfach ist, wenn man in diesem Alter plötzlich nicht mehr gebraucht wird. Ich glaube, es wird eine Aufgabe von uns allen sein, daß nicht ganz einfach Menschen schon ab dem 40. oder 50. Lebensjahr die Berechtigung abgesprochen wird, im Arbeitsprozeß tätig zu sein. Es sind sehr viele

Frauen und Männer dabei, die geholfen haben, Industrieunternehmen aufzubauen, Privatunternehmen aufzubauen. Ich glaube, hier geht es um die Würde des Menschen, die wir uns auch hier im Hause einmal bewußt machen müssen. Ich sage immer in Diskussionen, wenn man über Menschen ohne Arbeit redet, soll man so diskutieren, als wenn es einen selbst treffen würde, als wenn man selbst momentan ohne Arbeit wäre, nach Hause kommt zu seiner Familie und sagen muß, bitte, ab morgen bin ich vom Arbeitsprozeß ausgeschlossen. Ich glaube, das ist eine Diskussionsbasis, die wir uns alle sehr angeeignet lassen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben noch immer auch eine Abwanderungsrate, die uns keine Freude bereitet. Ich glaube, auch hier müssen wir gemeinsam eine Situation schaffen, daß wir diese Abwanderungsrate nicht nur vermindern, sondern zum Stillstand bringen, und im Gegenteil, daß es wieder zu Ansiedelungen von Menschen in unserem Raum kommt. Und wenn gerade früher von der verstaatlichten Industrie gesprochen wurde, ich habe, seitdem ich die Ehre habe, in diesem Hohen Haus zu sein, auch immer wieder die Situation des Hüttenwerkes Donawitz gebracht, dieses Hüttenwerkes, das über ein Jahrhundert hindurch den Menschen Brot und Arbeit gegeben hat. Ich habe schon einmal hier gesagt, wir singen immer sehr gerne die steirische Hymne, aber die zweite Strophe vergessen wir immer, wo es geheißen hat, „wo durch Kohlenglut und des Hammers Kraft, starker Hände Fleiß das Eisen zeugt“. Diese Region ist sogar in unserer Landeshymne festgehalten und birgt auch eine Verpflichtung mit dem Singen dieser Hymne, daß ich in einer Zeit, wo es eben nicht mehr so gut geht, hier besonders auch Initiativen zeige.

Wenn ich nun zur Alpine in Donawitz komme, so wissen Sie, daß ich einmal eine Artikelserie mitgebracht habe, wo nur immer negativ über dieses Werk berichtet wurde. Heute kann ich sagen, das Unternehmen hat im vorigen Jahr ausgeglichen bilanziert, die Menschen dort haben wieder Hoffnung, haben wieder Vertrauen in das Unternehmen gewonnen. Wenn man jetzt die Pressemeldungen liest, die besten Schienen werden im Hüttenwerk Donawitz erzeugt – Schienen von 60 Meter oder 120 Meter Länge, die auf der Welt einmalig sind –, so sehen wir, daß die Menschen ganz einfach in der verstaatlichten Industrie mit ihren Managern in der Lage sind, auch hier ganz Großartiges zu leisten.

Die Frau Landesrat Klasnic hat heute schon einmal gesagt, daß wir uns in einer Umstellungsphase befinden, in einer Phase, wo es eben von der Straße zur Schiene geht, und wenn ich Ihnen sagen darf, daß vom Jahr 1990 bis zum Jahr 2015 in Europa Hochgeschwindigkeitsstrecken in der Bahn geplant sind, daß hier 30.000 Kilometer gebaut werden und daß hier 1400 Milliarden zur Verfügung stehen werden, so sehen wir, daß wir gerade auf diesem Sektor auch in unserem Raum Hoffnung haben können.

Aber nun auch ein Wort zu Förderungen, weil manchmal anklingt, ja, in der Verstaatlichten ist keine Förderung mehr möglich. Ich sage immer, ob privat oder staatlich, wenn uns die Menschen brauchen, haben wir hier die Verantwortung wahrzunehmen, daß wir eben fördern, wenn es notwendig ist. Wenn in

Zukunft vielleicht Umweltauflagen einer Firma erteilt werden, so dürfen wir nicht fragen, ist sie staatlich oder privat, wenn das aus Eigenleistungen nicht möglich ist, wird man auch schon im Interesse auch der Bevölkerung in die Tasche greifen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek hat sich vor kurzem auch mit den Betriebsgründungen ausführlichst befaßt und hat hier die Bürgermeister in den Vordergrund gestellt. Wir alle – und viele sind ja da, die in Gemeinderäten tätig waren und noch tätig sind – wissen, daß bei Betriebsansiedlungen eigentlich in Wirklichkeit die Bürgermeister diejenigen sind und waren, die also hier Besonderes geleistet haben. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir von seiten des Landes die Unterstützung in der Hinsicht erweitern, daß wir ganz einfach sagen in der Betreuung von Ansiedlungen, daß der Betrieb von der Ansiedlung bis eben zur Inbetriebnahme die Unterstützung braucht. Unterstützung im Bereich der amtlichen Erledigung braucht, vor allem aber werden die Gemeinden die Unterstützung brauchen in bezug auf Anschaffung von Grundstücken und vor allem auch in bezug auf Aufschließung von Grundstücken. In dieser Hinsicht werden wir unsere finanzielle Verpflichtung wahrnehmen müssen.

Ich nenne hier vor allem auch das Areal Leoben-West, die Frau Landesrat ist informiert. Hier stehen also 120.000 Quadratmeter sofort bereit, und ich bitte, die nötigen Schritte auch zu unternehmen und die nötigen Förderungen, wenn es dann notwendig ist, einzuleiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ganz kurz nur, es ist heute in der Verkehrsdebatte ja auch unser Raum besonders besprochen worden, aber mir ist ein Punkt zu kurz gekommen. Der Kollege Maitz hat hier eine sehr schöne Tafel aufgestellt, er hat uns gezeigt, wie also die Planung ist bezüglich des Verkehrsverbundes Graz, und er hat hier vier Farben gezeigt. Die Farbe grün hat den Verkehrsverbund Graz gezeigt, und dann hat er eine Zone blau, eine gelb und eine orange uns dargebracht. Ich muß halt sagen, wir sind ein Steiermärkischer Landtag, und ich erwarte mir einen Verkehrsverbund Steiermark, und nicht nur einen Verkehrsverbund Graz, denn – wie er uns geschildert hat – dann wird man mit einer Karte also überall hinfahren können. Ich glaube, wenn die Frau Landesrat, wie sie angekündigt hat, ein Gespräch mit dem Herrn Minister hat, daß sie auch die Obersteiermark, die in anderer Farbe dargestellten Verkehrsverbünde, mit in das Gespräch bringt.

Ich komme schon zum Schluß. Eine Forderung, die für uns wirklich wichtig ist und die sofort – ich habe es schon einmal gesagt – 40 Arbeitsplätze bringen würde, ist die Errichtung einer Zentralwäscherei im Raum Leoben. Es ist notwendig, daß der Schenkungsvertrag, der bereits in Graz bei der Krankenanstaltengesellschaft aufliegt, unterzeichnet und daß mit dem Bau begonnen wird. Unsere Aufgabe, sehr geehrte Damen und Herren, muß es sein, dieses traditionelle Industriegebiet, diese traditionelle Industrieregion ganz einfach in eine moderne Industrieregion umzuwandeln. Es gilt, die Stärken dieser Region – und wir haben sie in Wissenschaft, Technik in qualifizierter Ingenieurs- und Facharbeit – weiterzuentwickeln.

Vor kurzem hat eine Salzburger Zeitung geschrieben „Leobens Leben nach dem Stahl“, das Leben von Leoben nach dem Stahl. Ich möchte sagen „Leobens Leben, wie es immer war mit dem Stahl“, denn der Stahl hat eine Zukunft, und allein, was ich Ihnen gesagt habe, was sich auf dem Schienensektor abspielen wird, wird die Zukunft auch für diesen Raum wieder gewährleisten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.22 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape.

Abg. Kanape (20.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich erstens mit der Finanzierung, der Bildung und Beratung im Bereich der Ausbildungsstätten auseinandersetzen. Die Entwicklung im Bereich der kursmäßigen Schulung, die den Kern der beruflichen Weiterbildung in der Steiermark darstellt, spiegelt sich in folgenden Zahlen klar wider:

Im Jahr 1989 wurden noch 8551 Personen in Schulungsmaßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung einbezogen. Im Jahr 1991 waren es nur 7150. Die Schätzungen des Landesarbeitsamtes Steiermark für das Jahr 1992 liegen bei 5000 Personen.

Stellt man dieser Schulungssituation die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark gegenüber, fällt der Vergleich noch drastischer aus:

Waren im Jahresdurchschnitt 1989 „nur“ 25.284 Personen vorgemerkt, stieg die Zahl 1990 bereits auf 27.161 und im Jahr 1991 auf 30.931 Personen.

Das heißt, bei explodierender Arbeitslosigkeit mußten die Mittel für den wichtigsten Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, nämlich für jenen der Heranbildung von Facharbeitern, zurückgenommen werden, da der Koalitionspartner den beantragten Erhöhungen des Arbeitslosenversicherungsbeitrages durch die jeweiligen sozialdemokratischen Sozialminister nicht zustimmte.

Projiziert man diesen Trend auf das Jahr 1993, so ist eine äußerst triste Situation zu erwarten. Die prognostizierte steigende Arbeitslosigkeit führt dazu, daß die Mittel aus dem Bereich der Arbeitslosenversicherung bei Beibehalten des derzeitigen Beitragssatzes in einem höheren Ausmaß für passive Leistungen, also Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und so weiter, ausgegeben werden müssen und somit die aktive Arbeitsmarktpolitik weiter eingeschränkt werden muß.

Die ausgegliederte Wirtschaftsförderung des Landes könnte subsidiär mit Anstoßförderung einspringen. Beispielsweise könnten Investitionskosten für den Ausbau von Schulungseinrichtungen der beruflichen Erwachsenenbildung gefördert werden, um den freifinanzierenden Erwachsenenbildungsbereich zu stärken trotz der angespannten Budgetsituation des Landes. Ferner wäre bitte überlegenswert, den Bereich der berufsbegleitenden Erwachsenenbildung durch spezielle Förderungsmaßnahmen dynamischer zu gestalten.

Ich glaube, alle Abgeordneten haben sich zur Facharbeiterausbildung positiv geäußert. Auf Grund der vielfältigen Aufgaben kann diese aber im Betrieb

allein nicht erfolgen. Daher muß die weitere Finanzierung der Um- und Weiterbildung gewährleistet sein, und ich bin eigentlich sehr enttäuscht, daß dieser Budgetansatzposten gekürzt wurde.

Meine Damen und Herren, nur dann, wenn der Arbeitsmarkt aus dem Gleichgewicht gerät, besteht die Gefahr, daß hier und dort Vorteile auf Kosten der Schwächeren – in diesem Fall der Arbeitslosen – gesucht werden.

Wir kennen das Verhaltensmuster aus der Vergangenheit: Wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist und gleichzeitig bestimmte Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, werden dafür entweder die Arbeitsunwilligkeit der Arbeitslosen, die Unfähigkeit der Arbeitsämter oder die vermeintlich übersoziale Absicherung durch den Staat verantwortlich gemacht. In kaum einem anderen Bereich ist man mit pauschalen Verurteilungen so schnell bei der Hand, und kaum in einem anderen Bereich kann damit so viel kaputtgemacht werden.

Meine Damen und Herren, wenn man behauptet, daß wir bei der Vermittlung von Arbeitslosen, sowohl bei inländischen als auch bei ausländischen Arbeitnehmern, zuwenig hart reagieren, eine Feststellung meinerseits:

Ich behaupte, daß Österreich und vor allem die Steiermark nicht reich genug ist, um sich freiwillige Arbeitslose leisten zu können. Dazu haben wir als Gewerkschafter immer wieder ein offenes Bekenntnis abgegeben. Österreich ist aber reich genug, meine Damen und Herren, daß Arbeitnehmer, die jahrzehntelang ihre Beiträge eingezahlt haben, die nachweisbar mit hoher Einsatzfreudigkeit ihre Arbeit verrichtet haben, aber von ihrem Arbeitgeber gekündigt wurden, nicht stigmatisiert und als Sozialschmarotzer hingestellt werden dürfen. Die Verpflichtung zur Annahme einer nicht der Qualifikation entsprechenden Arbeit wurde mit gutem Grunde nicht verankert. Es wurde vielmehr festgelegt, daß der Sozialhilfeempfänger mit einer Reduzierung seiner Leistung auf das zum Lebensunterhalt unerläßliche Maß rechnen muß, wenn er trotz Erwerbsfähigkeit und Erwerbsmöglichkeit nicht gewillt ist, seine Arbeitskraft zur Sicherung seines Lebensbedarfes einzusetzen. Nachdem es sich hierbei um eine Kannbestimmung handelt, wird auf die Zumutbarkeit der Arbeitsmöglichkeit wohl Rücksicht genommen werden müssen. Es darf hierbei nämlich trotz aller budgetären Überlegungen nicht übersehen werden, daß ein Berufswechsel nicht immer der Wiedererlangung der Selbsthilfefähigkeit dienlich ist und damit ein Grundsatz des österreichischen Sozialhilferechtes verletzt wird. Es sind Fälle bekannt, wo nur deshalb eine Wiedereingliederung in das Erwerbsleben möglich war, weil durch konsequente berufsbezogene Arbeitsvermittlungen die Qualifikation im gelernten Beruf aufrechterhalten werden konnte. Die im Resolutionsantrag vorgeschlagene Lösung bewegt sich am Rande der auch für das Sozialhilferecht geltenden Grundsätze der Menschenwürde. Sobald ein Zwang zur Verrichtung unangemessener Arbeitsleistungen durch Androhung des Entzuges der Existenzgrundlage ausgeübt wird. Eine weitaus sozialere, aber in ihrer Wirksamkeit deshalb nicht geringere Maßnahme könnte darin bestehen, daß als Anreiz für arbeitslose Hilfsempfänger im Sinne der zu fördernden

Selbsthilfefähigkeit zu einer Arbeitsaufnahme ein Teil des dabei erzielten Einkommens anrechenbar bliebe. Und verzeihen Sie mir bitte den Ausdruck, aber ich halte die Antragsteller für etwas schizophoren! Sie alle haben bei der Bildungs- und Wirtschaftsdebatte den Mangel an den Facharbeitern aufgezeigt. Und die gleichen bitte, die vor zwei Tagen diesen Ruf erschallen ließen, fordern in einem Resolutionsantrag eine gesetzlich verankerte Dequalifizierung.

Meine Damen und Herren! Wer immer in diesem Land, unter welchem Vorwand auch immer, der sozialen Demontage das Wort reden will, der wird in uns keinen Partner vorfinden. (Beifall bei der SPÖ.) Daher werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, zum Dritten möchte ich mir noch einen Appell erlauben: Auf Grund der neuerlichen Schwierigkeiten bei Grazer Großbetrieben – Sie haben es aus der Presse entnommen –, Steyr-Daimler-Puch, Fahrzeugtechnik im Werk Graz-Thondorf, hat 350 Arbeitnehmer im Frühwarnsystem und 800 bitte sollen es im Juni sein, zur Kündigung angemeldet. Bei der SGP konnten weitere Kündigungen gerade noch abgewandt werden. Das ändert aber bitte nichts daran, daß langfristige Konzepte nicht vorliegen. Dies gilt auch für die Firma Waagner-Biró, wo weitere Aufträge in Schweben sind. Um in Zukunft besser reagieren zu können, insbesondere wenn es um Kündigungen geht, fordere ich daher wiederholt die Schaffung der steirischen Arbeitsstiftung. Die bestehenden Konzepte dafür müssen nun schnellstens umgesetzt werden. Ich appelliere als Vorsitzende des Bezirksausschusses Graz und Graz-Umgebung an alle Kräfte dieses Hauses, mitzuhelfen, daß diese Facharbeitskräfte wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 20.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tilzer.

Abg. Tilzer (20.31 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht etwas sachlicher argumentieren wie Kollege Schützenhöfer. (Abg. Grillitsch. „Du warst ja gar nicht da!“ – Abg. Dr. Flecker: „Er hat ja so geschrien, daß man ihn überall gehört hat!“) Gewisse Dinge hört man mit. Aber grundsätzlich bin ich der Auffassung, daß man die Dinge etwas sachlicher betrachten sollte. (Abg. Grillitsch. „Du hast es gar nicht gehört!“ – Präsident: „Zwischenrufe können nur vom Sitz aus erfolgen, wo der Abgeordnete Sitz und Stimme hat!“) Zum Grundsätzlichen und vielleicht zum Sachlichen in dieser Situation: Ich glaube, die grundsätzliche beziehungsweise die besorgniserregende Entwicklung der Insolvenzfälle mit einer österreichweiten Steigerung von 25 Prozent läßt einerseits auf das Abflauen der Konjunktur schließen, andererseits kann man aber auch – glaube ich – auf eine Strukturkrise verweisen, wozu die Öffnung des Ostens hier einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Ich glaube, für unser Bundesland ist festzustellen, daß die aktuellen Daten keine Jubelstimmung zulassen. 37.000 Menschen ohne Arbeit, 209 Konkursfälle im Jahre 1991, 203 Ablehnungen von Konkursanträ-

gen mangels unzureichenden Vermögens. Diese Dinge sind eher im privaten Bereich angesiedelt. Aber wie ich einleitend angeführt habe, ist unser Bundesland nicht nur von konjunkturellen Veränderungen betroffen, sondern es gibt auch das nicht zu übersehende Problem der Strukturkrise, um wieder sachlich zu werden, in manchen Regionen. Dies dürfte sich teilweise aus der Problematik der entstandenen Monostruktur entwickelt haben. Dies ist im Bereich der Landwirtschaft ebenso zu erkennen wie im Bereich der Industrie und im besonderen im Bergbau. Für mich stellt sich die Frage des Stellenwertes des österreichischen Bergbaues, ohne eine Differenzierung vorzunehmen zwischen privatem und verstaatlichtem Bergbau. Aber die Tatsache ist, Rohstofflagerstätten sind an einen Standort gebunden. Eine Verlagerung ist daher nicht möglich. Schlußfolgernd daraus ist die Entstehung einer Monostruktur gewissermaßen vorgegeben. Ein vergleichbares Beispiel – ich glaube, die Kollegen aus dem landwirtschaftlichen Bereich können mich hier unterstützen. Für die Landwirtschaft gibt es ein klares Bekenntnis zur Subventionierung, weil man sich bewußt ist, welche Bedeutung die Landschaftspflege und die Pflege der Kulturen hat. Wenn es aber nach den produzierten Gütern geht, ist der Absatz ohne Basisfinanzierung schwer möglich. Warum ich dieses Beispiel anführe, ist die Tatsache, wie ich festgestellt habe, daß Rohstofflagerstätten mit dem gleichen Problem konfrontiert sind. Im speziellen geht es mir um den steirischen Erzberg als Rohstofflieferant über Jahrhunderte hinweg, auch als steirisches Wahrzeichen unseres Heimatlandes. Anhand eines Beispiels – und das dient wieder der Sachlichkeit – darf ich Ihnen demonstrieren, wie sich die Rohstoffproduktion im Bereich des Eisensteinbergbaues, sprich Erzabbau, entwickelt hat. Der heimische Abbau und vormals Hauptlieferant der österreichischen Stahlindustrie kam in zunehmenden Konkurrenzdruck durch den Import von ausländischen Billigerzen. Zum Großteil konnte diese Entwicklung durch entsprechende Rationalisierungsmaßnahmen der Situation angepaßt werden.

Trotz dieser Maßnahme hat sich die Konkurrenzsituation nicht verbessert, was bedeutet, ohne Basisfinanzierung – sprich Bergbauförderung – ist ein wirtschaftlicher Abbau nicht möglich. Die Region rund um den steirischen Erzberg und dessen Menschen, die dort ihre Existenzgrundlage haben, sind von dieser Entwicklung äußerst bedroht.

Daher ist für mich das volkswirtschaftliche Bekenntnis, wie es auch im Bereich der Landwirtschaft zum Ausdruck kommt, auch für den heimischen Bergbau notwendig. Auf den Punkt gebracht, der heimische Bergbau hat in der Volkswirtschaft einen entsprechenden Stellenwert zu haben und ist mit einer entsprechenden Basisfinanzierung auszustatten.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder „endogene Erneuerung“ kann nur funktionieren, wenn die entsprechende Mithilfe auch von außen gewährt wird. Die Menschen der Region brauchen die Hilfe aller politischen Kräfte, um die auf sie zukommende Umstrukturierung auch bewältigen zu können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.38 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Schinnerl (20.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke, daß Sie mich noch in die Rednerliste aufgenommen haben.

Ich habe mich bei der Gruppe 7, Fremdenverkehr, zu Wort gemeldet, habe die Wortmeldung zurückgezogen, aber inzwischen habe ich in der Zeitung etwas Bemerkenswertes und Wichtiges gelesen. Dazu habe ich mich jetzt noch spontan entschlossen, mich doch noch zu Wort zu melden.

Wir haben heute die Broschüre vom Fremdenverkehr „Sommerfrische Steiermark“ im Landtag bekommen, und da mußte ich lesen über Weiz, über Freizeit – wie heißt das jetzt ganz schnell – über das steirische Thermenland und über das Weizer Ferienland. Über das Weizer Ferienland wird in der Samstagausgabe der „Kleinen Zeitung“ berichtet, daß es eigentlich verhungert ist, daß man das Weizer Ferienland, diese Fremdenverkehrsorganisation, verhungern lassen hat. Ich hätte an Sie, Frau Landesrat, zwei Fragen:

Erstens: Wird gedacht, das Weizer Ferienland finanziell in Hinkunft zu unterstützen? In der „Kleinen Zeitung“ steht heute, daß dort immer wieder angefragt wird, es meldet sich niemand, Schreiben kommen zurück. Dort liegen die ganzen Unterlagen. Es ist mit viel Geld aufgebaut worden, und ich bin der Meinung, daß man das Weizer Ferienland nicht so sterben lassen sollte.

In der „Kleinen Zeitung“ steht das heute beziehungsweise in der Ausgabe für morgen.

Die zweite Frage: Da steht ebenfalls über die Birkfelder Bahn, Feistritzalbahn, in der Zeitung, daß Sie, Frau Landesrat Klasnic, mit der Firma ADA in Anger über eine eventuelle Betriebserweiterung auf dem angrenzenden Landesbahngelände irgend etwas ausgemacht beziehungsweise ein Ruhe- oder Stillhalteabkommen abgeschlossen haben, das bis zum Ende der Landesausstellung Gültigkeit haben soll.

Ich hätte nun die Bitte, daß man heute darüber in der Beantwortung eine Stellungnahme abgibt.

Es steht in der heute erschienenen „Kleinen Zeitung“ für morgen. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 20.40 Uhr.)

Präsident: In der Zielgeraden die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (20.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bald hätte ich jetzt gesagt, das geht schneller als man dachte. Ich hätte den Zeitungsartikel gerne angeschaut, kann ihn mir aber vorstellen, um gleich beim Kollegen Schinnerl einzusteigen.

Ich bin vorige Woche am Nachmittag in St. Kathrein am Offenegg mit ungefähr 120 Gastwirtinnen und Gastwirten beisammen gewesen. Sie haben erzählt von der Entwicklung „Fremdenverkehrsverband Oststeiermark“, der damals unter dem damaligen Fremdenverkehrsreferenten Wegart großartig funktioniert hat. Inzwischen haben sich die Regionen verkleinert, freiwillig zusammengeschlossen, und das Weizer

Ferienland hat sich eigentlich aus dieser Gruppe in Weiz von den Weizer Kaufleuten heraus verstärkt und hat die Region betreut. Das klappt jetzt nicht mehr so ganz, und da haben sich jene Regionen zusammengesetzt, wo auch Sie dazugehören, das ist nämlich diese der Almdörfer, Weizer Almregion, das ist von Passail bis Kathrein und so weiter. Diese Region ist beisammen, die sind finanziell so gut ausgestattet, daß sie im Bezirk die Marketingmittel des Vorjahres noch nicht abgeholt haben.

Das heißt, zu dem Zeitungsartikel, wenn ich ihn dann lese, kann ich gerne etwas sagen. Nur bitte die Initiative, ob es eine Organisation gibt vor Ort, eine freiwillige Gemeinschaft, die kann nur vor Ort entstehen, die kann man nicht vom Land aus verordnen, und dieser Freiwilligkeit möchte ich auch gar nicht entgegenwirken, weil sonst hilft es nichts. Man kann nicht sagen „Du mußt“, wenn er es nicht will und wenn er es nicht braucht. Das ist die eine Antwort, und zur Firma ADA gebe ich folgende, und ich sage jetzt bewußt sehr vorsichtige Antwort:

Es hat der Firmenchef uns vor zirka eineinhalb Jahren verständigt und mitteilen lassen, daß er sein Betriebsareal in einer so ungünstigen Lage hat. Mitten durch seinen Betrieb führt die Landesbahn, aber nicht jetzt im Verkehrsweg Landesbahn, sondern als Tourismusattraktion – sie wird vom Verein Feistritzal geführt und hilft vor allem dem oberen Feistritzal ganz besonders als Fremdenverkehrsattraktion. Wenn die Firma Derler sich erweitern möchte, muß sie sich in irgendeiner Form helfen, sie hat in der einen Richtung keinen Platz, hat in der östlichen Richtung die Kirche, und in der Richtung, wo es gehen würde, ist eben von der Landesbahn dieses Gleis.

Jetzt gibt es zwei Wege:

Der eine Weg ist, daß mit dem Firmenchef gesprochen und vereinbart ist, daß erstens ein Fachmann, sprich ein Ingenieur, der also sagen kann, wo kann man verlegen, was kann man überhaupt anbieten, mit der Firmenleitung gemeinsam einen Weg sucht und daß man dann sagt, wird dieses Areal in dieser Form überbaut, unterführt, wie immer. Aber eine Unterführung der Bahn würde 25 Millionen Schilling kosten, unhaltbar.

Zum Zweiten sage ich: Dort sind 800 Arbeitsplätze, davon 600 aus der Region oberes Feistritzal, das hat einen Stellenwert. Wenn Sie das Gerücht gehört haben, dann gibt es noch ein zusätzliches, und ich hätte auch am Schluß dazu Stellung genommen, aber ich kann es ruhig auch am Anfang sagen. Schwierigkeiten in der Wirtschaft haben wir im ganzen Land. Dort, wo es Billiglohnprodukte gibt beziehungsweise wo nicht qualifiziert erzeugt wird, wandern uns die Arbeitsplätze und vor allem die Produktionen in die Nachbarstaaten, wo man um einen ganz anderen Lohn momentan noch erzeugen kann. Dies gilt auch für diesen Betrieb. Aus diesem Grunde habe ich schriftlich der Firma erklärt, daß wir einen Weg suchen, der mit dem Ende der Landesausstellung 1993 auch gangbar ist. Bis dorthin sind die Vorarbeiten zu leisten. Ich brauche den Tourismus, und ich brauche die Wirtschaft dort draußen, das ist nicht nur meine Meinung, sondern, hoffe ich, auch Ihre.

Ich tue mir ein bißchen schwer, ein Schlußwort könnte kurz sein, flott sein, ich habe es dem Herrn Prä-

sidenten auch versprochen. In der Budgetdebatte hat es ja einiges gegeben, von der Ausbildung, Verkehr über den Tourismus. Ich glaube, zusammenfassend sagen zu können, die Wirtschaft sind wir alle, und wenn wir auf der einen Seite über Arbeitnehmerzahlen reden, dann, glaube ich, sollte man erfreulicherweise dazusagen, daß sich vor allem auch das Selbständigwerden in der Steiermark sehr, sehr verbessert hat und daß wir im Jahr 1991 wieder 893 neue Unternehmer, sprich eine Erhöhung auf 37.197, dazubekommen haben.

Warum sage ich das? Weil ich glaube, daß es gerade die Klein- und Mittelbetriebe in diesem Land sind, die die Strukturen aufrechterhalten, die die Arbeitsplätze sichern. Wenn man die Debatte, die wir vor einigen Minuten eigentlich hier geführt haben, ein bißchen überdenkt, dann muß man sagen, dort, wo der Unternehmer seine Mitarbeiter kennt, geht er auf sie zu, es fällt ihm viel schwerer zu sagen, ich brauche dich nicht mehr, weil es auch eine persönliche Verbundenheit mit seinem Schicksal gibt. Ich sage dazu, wir können die kleinen und mittleren Betriebe in unserem Land nur schützen, ihnen die besten Begleitmaßnahmen geben und ihnen einfach dann beistehen, wenn sie uns brauchen.

Damit komme ich schon zum Thema Wirtschaftsförderung. Auch dafür hätte ich sehr viel vor- und zurückzureden. Eines muß ich nur ganz klar sagen: So, wie es dargestellt wird, nämlich die neue Form der Wirtschaftsförderung in der Steiermark, so ist sie nicht. Ich glaube, wir sollten uns rasch – ich lade den Wirtschaftsausschuß des Landtages zu einem besonderen Gespräch ein – darüber unterhalten. Ich möchte Ihnen wirklich sagen, wie das ganze aussieht. Wir haben einen Wirtschaftskordinator im Land, das ist der Herr Hofrat Feil, der leitet die Abteilung, das ist aber auch der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses in der neuen Gesellschaft. Das heißt, da wird niemand hin- und hergeschickt. Wenn Sie mir bitte eine Firma nennen können – das heißt, eine würde mir einfallen, die hat aber bei der falschen Ecke zu suchen angefangen –, die hin- und hergeschickt wurde in den letzten Monaten, dann bitte ich, mir diese Firma zu nennen.

Zum Zweiten gibt es nicht zwei neue Beamte, sondern zwei Geschäftsführer in der neuen Gesellschaft. Das sind der Herr Dr. Lindner und der Herr Dr. Schick. Und ich habe mir von den ersten Tagen, nachdem die Richtlinien, von denen gesprochen wurde, vor 14 Tagen beschlossen wurden, auch schon eine Liste geben lassen, was geschehen ist. Man kann sagen, es wurde begonnen, und es ist auch in der Vorarbeit einiges geschehen. Ich hätte nur eine Bitte, das gilt für viele Bereiche, das gilt für jene in der neuen Förderungsgesellschaft, man soll sie in Ruhe arbeiten lassen, und man sollte ihnen die Bedingungen geben, die sie brauchen. Die Abgrenzung findet statt. Sie wird am 27. April in die Regierung eingebracht, aber es wird nach dieser Abgrenzung gearbeitet. Das gilt für die neue Gesellschaft. Und von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Abteilung in diesem Land, zur allgemeinen Wirtschaftsförderung, die wir haben. Das ist auch nicht sehr lustig. Ich spreche jetzt für jene Beamten, die sich auch hier nicht melden können. Ich habe es beim Sonderlandtag gesagt. Wenn man immer wieder liest, brauchen wir euch noch, gehört ihr nicht

eigentlich aufgelöst, seid ihr nicht eh unnötig? Und gleichzeitig haben wir heute hier von den verschiedenen Fraktionen aufgezählt gehört, daß wir diese Abteilung brauchen. Und denken wir zurück, was in dieser Abteilung auch wirklich geleistet wurde in den vergangenen Jahren von denen, die schon lange dort sind, von denen, die noch nicht so lange dort sind, dann möchte ich mich nur bei allen bedanken, weil daß sich die steirische Wirtschaft in den letzten Jahren so entwickeln konnte, das war die Zusammenarbeit. Und in der Abteilung ist nichts verzögert worden, sondern da wurde gearbeitet. Nur das Zuarbeiten, bis man zum Beispiel zu einem genehmigten Grundstück und so weiter manchmal kommt, ist halt im ganzen Land nicht immer leicht. Und damit komme ich auch schon zur Regionalförderung, die angesprochen wird. Daß man meint, man sollte die Wirtschaftsförderung regionalisieren. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Es ist jeder herzlich eingeladen, jeder Bürgermeister, jeder Regionalvertreter, mitzuhelfen bei dieser Wirtschaftsförderung, daß wir Betriebe bekommen, daß sie erweitern können. Ja, wir können ohne Bürgermeister sowieso nichts machen, wenn er nicht in der Vorbereitung für die Grundstücke hilft, wenn er nicht seinen Gemeinderat überzeugen kann, daß das nicht alles furchtbar ist, wenn sich dort ein Tischler zum Beispiel ansiedelt, dann werden wir nichts zusammenbringen. Das heißt, die Zusammenarbeit mit Bürgermeistern war für mich und für uns immer schon eine Selbstverständlichkeit. Ich warne nur vor etwas anderem, das ist nur zum Nachdenken. Ich bitte nur, daß wir versuchen, nach einheitlichen Richtlinien auch die Gemeinden ein bißchen auszustatten, weil wenn die Gemeinden dann untereinander, weil sie sich über bestimmte Zuweisungen helfen können, zum Rittern anfangen, dann glaube ich, das kann auch nicht nur der Weg sein. Ein praktisches Beispiel könnte ich jetzt schildern, ich komme gleich dazu. Kollege Schrittwieser, Sie haben über Salzburg geredet. Ich habe mit dem Kollegén Gasteiger darüber gesprochen. Das Pech, das wir haben, ist, daß sich das im nördlichen Raum, vor allem in der Stadt Salzburg und Umgebung, abspielt, und dort ist Oberösterreich wesentlich näher als wir. Wir haben herunter die Grenze bei Tamsweg, wo wir faktisch anrinnen. Die Zusammenarbeit ist gut, die Verständigung gibt es zwischen dem Kollegen Gasteiger und mir, aber ich bedanke mich auch bei Ihnen, daß Sie mir diese Verständigung zukommen haben lassen.

Der Herr Kollege Schleich hat gesagt, in Bad Gleichenberg sollte etwas verkauft werden. Diese Halle, wo vom Verkauf gesprochen wurde, die Verkaufsverhandlungen liefen schon vor meiner Zeit. Ich weiß nicht, wie viele Jahre die Firma dort schon eingemietet ist. Wenn Sie glauben, daß das Anbot unter dem Preis ist, dann weiß ich nicht, wem Sie die Spekulation unterstellen. Ich werde das sofort überprüfen lassen, selbstverständlich. Danke für den Hinweis. Nur, eines ist auch ganz klar, Sie haben im selben Atemzug gesagt, daß die Landesbahn zwischen Feldbach und Gleichenberg elektrifiziert, gut ausgebaut und so weiter wurde. Wir hätten eigentlich einige Möglichkeiten gehabt, Bahnstrecken zuzusperren, die sozusagen – ja – in ein Eck führen und nicht zurück heraus. Und wie schwer es von Feldbach nach Gleichenberg ist, wenn parallel der Bus fährt und der Bus erstens um

etliches weniger kostet und dann noch um zehn Minuten schneller ist, das sind die wirklichen Probleme.

Aber was haben wir gemacht? Wir haben attraktiviert, wir haben die Strecke verbessert. Und wenn Sie Gerüchte vom Zusperrern hören, dann fragen Sie mich. Antwort jederzeit möglich. Ich höre diese Gerüchte nicht. Ich sage trotzdem dazu, daß in einem neuen steiermärkischen Landesbahnkonzept man sicher auch darüber nachdenken muß, wo kann man Strecken verstärken, wo kann man sie verändern. Vor allem glaube ich, daß diese Steiermärkische Landesbahn Zukunft hat, und das nicht nur im Bad Gleichenberger Bereich.

Weil Sie wegen der Firma Loidl gefragt haben, derzeit sind sie noch im Plan. Ich sage auch dazu, daß das Land in diesem Sinne es sich bei der Entscheidung damals nicht leicht gemacht hat. Und weil der Herr Kollege Vesko gesagt hat, wie die Beiräte ausschauen, wir haben in den Beiräten in den vergangenen Jahren trotz absoluter Mehrheit der ÖVP keine Mehrheit gehabt. Nur, daß das ganz klar ist! Die Entscheidung mußte immer in der Regierung herbeigeführt werden. Und die Entscheidung und die Verantwortung hat immer die Landesregierung übernommen. In den Beiräten gab es die Mehrheit nicht.

Und Frau Dr. Bachmaier, Ihnen ist etwas gelungen, was selten jemandem gelingt. Aber seit 22 Jahren hat mir in der Steiermark noch nie jemand gesagt, ich hätte an Frauen nicht gedacht. Es kann sein, und ich gebe das gerne zu, wenn ich in der allgemeinen Wirtschaftsdebatte über Wirtschaftssituation rede, über Betriebe rede, daß ich nicht zwischen Frauen und Männern unterscheide, weil es nicht um die Gehaltsfragen gegangen ist, weil mir das Schicksal des Arbeitsplatzes der Menschen am Herzen liegt. Aber eines, das dürfen Sie mir nicht unterstellen. Ich habe 22 Jahre hauptverantwortlich mitgeholfen, für die Frauen in der Steiermark einiges zu verbessern. Ich werde das auch in Zukunft tun.

Ich darf gleichzeitig als Antwort geben, als ich Ihnen damals im Sonderlandtag, es war am 28. Februar, gesagt habe, es sind noch die Antworten von der Arbeitsmarktverwaltung nicht vollständig. Die sind Mitte März gekommen, ich habe sie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Überprüfung gegeben, und die Antwort werde ich nächste Woche – ich bekomme nur eines, es ist ganz klar, das habe ich auch gesagt, was für diese Region gilt, gilt für andere auch. Das müssen wir uns dann auch überlegen, und das bedarf eines Gesamtkonzeptes, und das sollten wir auch gemeinsam aussprechen.

Ich möchte jetzt nicht mit einer Verstaatlichten-debatte fortsetzen, darf ich Ihnen nur versichern, daß ich beim Gespräch, das ich heute Vormittag schon angesprochen habe, beim neuen Verkehrs- und Verstaatlichtenminister selbstverständlich auch die 200.000-Schilling-Aktion, nämlich jene Bund-Land-Aktion, die sich so besonders in der Obersteiermark bewährt hat, ansprechen werde. Dort hätten wir den Apparat, den wir brauchen, wo man schnell handeln könnte. Ich ersuche Sie dabei nur um volle Unterstützung.

Die Frau Abgeordnete Bleckmann hat über diesen Beitrag von Herrn Josef Steirer gesprochen. Ich habe ihn heute bekommen. Sie haben dann gemeint, man

sollte ganz von vorne beginnen. Ja, im Leben soll man oft von vorne anfangen, aber man darf nicht all das vergessen, was sich an Gutem bewährt hat.

Und da möchte ich schon zusammenfassen: In der steirischen Wirtschaftsförderung hat sich viel bewährt, und es haben sich unendlich viele Menschen eingesetzt. Manche waren dann nicht immer ganz zufrieden. Ja, wenn man etwas arbeitet, muß man auch was falsch machen. Das gilt für jeden. Wir haben aber auch selbstverständlich jederzeit die Bundesmittel als erste angesprochen. Das werden wir auch in Zukunft tun. Und wenn ich letztthin sagen konnte, daß die steirische Wirtschaft der Innovationsieger in Österreich war, nämlich daß wir die meisten Mittel geholt haben im Bereich des Forschungsförderungsfonds, dann ist es ein Zeichen, daß wir auch fortschrittlich gedacht haben.

Und die Frau Kollegin Kanape hat irgendwo von den Zukunftskonzepten gesprochen, die Unternehmer nicht haben, die sie erwarten. Diese erwarte ich mir eben von den privaten und den verstaatlichten Betrieben. Das gilt für beide. Das müssen wir so haben, und ich glaube, daß es auch so sein soll.

Das Wirtschaftsförderungsgesetz war ein Thema, es wurde gestern eines eingebracht. Es haben auch vier Runden, die überparteilich zusammengesetzt sind und ein solches vorbereiten, nach drei vorgelegten Vorschlägen schon getagt. Ich bin überzeugt, daß wir weiterkommen.

Eines darf ich noch sagen, weil wir Sorgen haben im Fonds für gewerbliche Darlehen. Da gibt es eine Absprache mit dem Kollegen Ressel gemeinsam. Wir werden ihm die Unterlagen unterbreiten. Wie es ausgeschaut hat, wie die Entwicklung ist, ich glaube, daß ein solcher Brief schon dort liegt und wir in Kürze hoffentlich die Möglichkeit eines Gespräches und eines Ergebnisses haben.

Zur Wirtschaft selbst möchte ich sagen, daß wir, wenn wir in die sogenannte große Welt hinein, das heißt, wie es auch manchmal angesprochen wurde heute, daß wir in der EG unseren Platz behaupten können, da wird die Entwicklung nicht einfacher sein, sondern wir haben uns vorzubereiten. Vorzubereiten mit begleitenden und vorausschreitenden Maßnahmen. Und man muß immer die Möglichkeit haben, den steirischen Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Mitarbeitern das Gefühl zu geben, daß wir uns dafür einsetzen. In diesem Zusammenhang möchte ich Dank sagen all jenen, die mitgeholfen haben, Sie, die Sie hier im Steiermärkischen Landtag sind. Aber ich muß schon dazusagen, es war nicht immer leicht, manche Entscheidungen herbeizuführen. Ich bedanke mich selbstverständlich bei der gesamten Steiermärkischen Landesregierung, aber auch beim Landeshauptmann, denn als wir keine Mehrheit gehabt haben, haben wir Mehrheitsbeschlüsse – das heißt Mut – herbeiführen müssen dort und da. Ich möchte mich auch dafür bedanken. Und ich bedanke mich ganz besonders bei allen Mitarbeitern bei mir im Büro, ich bedanke mich beim Wirtschaftskordinator und seinem Team, die auch keine leichten Zeiten hinter sich haben, aber es wird halt einfach einmal so und einmal so, und ich wünsche der neuen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsabteilung, der steirischen Wirtschaft und allen, die sie

mögen und die sich verantwortlich fühlen, für die Zukunft alles Gute. (Allgemeiner Beifall. – 20.58 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kinsky: Ich stelle den Antrag auf Zustimmung des Budgetansatzes für das Kapitel 7.

Präsident: Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, Dienstleistungen. Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Hermine Frieß.

Abg. Frieß (20.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gruppe 8, Dienstleistungen: Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude, sonstige Liegenschaften, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Landwirtschaftsbetriebe, Weinbaubetriebe, Forstgärten und Baumschulen, wirtschaftliche Unternehmungen, zusammengefaßte Unternehmungen, wirtschaftliche Unternehmen in der Fortsetzung, Kongreßhäuser, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen.

Die Summe der veranschlagten Einnahmen in der Gruppe 8 ist 88,472.000 Schilling. Die Summe der Ausgaben ist 156,459.000 Schilling.

Auf Grund des Beschlusses des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 zuzustimmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (21.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“ beinhaltet folgende Ansätze:

Gesonderte Verwaltung, Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen, öffentliche Abgaben, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, sonstige Finanzzuweisungen nach dem FVG, Zuschüsse nach dem FVG, Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz, nicht aufteilbare Schulden, aufgenommene Anleihen und Schuldendienst, Haftungen soweit nicht aufteilbar, Verstärkungsmittel, Haushaltsausgleich, Haushaltsausgleich durch Rücklagen, Jahresergebnis, Übergabe und Übernahme des Jahresergebnisses, Abwicklung der Vorjahre.

Gesamteinnahmen 16,311.535 Schilling, Gesamtausgaben 7,775.538 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, die Ansätze anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (21.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich als Abschluß für die Gruppe 9 noch einmal all jenen danken, die an der Erstellung dieses Budgets mitgewirkt haben.

Viele Anregungen habe ich in diesen drei Tagen für die Erstellung des nächsten entnommen. Einige Anregungen haben sich aber auch auf die Technik der Budgeterstellung insgesamt bezogen, und daher möchte ich darauf kurz antworten.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die Budgetdebatte bereits kurz nach dem Sommer zu führen, Generaldebatte und Spezialdebatte zu trennen, eine Vorstellung, die auf den ersten Blick sehr viel Sinn macht. Auf den zweiten Blick müssen wir uns überlegen, ob wir nicht in die Situation eines Bogenschützen kommen, der treffsicher schießen will und sich in diesem Moment trotzdem vom Ziel entfernt. Denn eines ist, glaube ich, selbstverständlich, je früher der Zeitpunkt gewählt wird, um Ansätze zu fixieren, desto ungenauer sind die Ansätze.

Zum Zweiten: Es wurde das Verlangen gestellt, in unmittelbar folgender Zeit eine dreijährige oder vierjährige Budgetprognose zu erstellen. Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß, wenn dieser Forderung Folge geleistet wird, auch hier die Treffsicherheit sehr gering sein wird, denn das Finanzausgleichsgesetz endet mit 31. Dezember dieses Jahres. Niemand weiß, wie das neue Finanzausgleichsgesetz aussehen wird ab 1. Jänner des kommenden Jahres, aber erst dann, wenn es existiert, lassen sich einigermaßen exakte Schätzungen vornehmen.

Der dritte Punkt, der mir ganz besonders am Herzen liegt, ist die immer wieder angezweifelte Mitwirkung der Abgeordneten bei der Erstellung des Budgets. Gestatten Sie mir, daß ich das frei formuliere, das wäre in gewisser Weise ein Akt der Kindesweglegung. Denn wenn über 90 Prozent des Budgets Pflichtausgaben sind, die einerseits durch Ihre Beschlüsse, andererseits aus auf diesen Gesetzen beruhenden Beschlüssen der Bundesregierung bestehen, dann läßt sich nicht ohne weiteres formulieren, daß Abgeordnete auf das Budget keinen Einfluß nehmen, sondern Sie sind es, die in Wahrheit den größten Einfluß auf dieses Budget nehmen. Insofern glaube ich, daß es eine der wesentlichsten Erkenntnisse von uns allen sein soll, daß die Budgeterstellung kein einmaliges Ereignis im Jahr ist, sondern das Budget oder die Budgeterstellung ist in Wahrheit ein Prozeß, der sich von einem Budget bis zum anderen Budget hinzieht. Wir alle sind aufgefordert, mitzuwirken, daß wir eine optimale Gestaltung der Finanzierungsmöglichkeiten erreichen werden.

Wenn hier, insbesondere von der Freiheitlichen Fraktion, die Glaubwürdigkeit des Budgets angezweifelt wird, so stelle ich fest, daß das selbstverständlich legitim ist, sage aber andererseits, eine echte Diskussion darüber hätten wir nur dann führen können, wenn begründete ziffermäßige Alternativen angeboten worden wären.

Im Zuge der Ausschußbesprechungen ist unter anderem die Feststellung erhoben worden, daß dadurch, daß in diesem Jahr die Tilgungen geringer sind als im vergangenen Jahr, Budgetkosmetik betrieben wurde. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen kurz zur Deut-

lichmachung des Problems einige Varianten vorstelle, um das Problem darzustellen:

Variante eins: Das Budget hat keinen Budgetabgang, jedoch eine Tilgung. Die Konsequenz daraus ist, der Schuldenstand des Landes wird kleiner. Variante zwei: Die Tilgung ist größer als der Budgetabgang. Konsequenz wie vorher, der Schuldenstand wird kleiner. Variante drei: Der Budgetabgang entspricht der Tilgung. Die Konsequenz ist, der Schuldenstand bleibt gleich.

Bei der vierten Variante kommen wir zu der Variante, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben:

Die Tilgung ist kleiner als der Budgetabgang. Das bedeutet, der Schuldenstand wächst, das Budget weist eine Nettoneuverschuldung auf.

Geschätzte Damen und Herren, weil ich um die Problematik und Schwierigkeit gerade dieser Theorie weiß und weil ich in den vergangenen drei Tagen erlebt habe, wie eindrucksvoll von der Regierungsbank aus demonstriert wurde, erlaube ich mir, den Rechner der Finanzabteilung einzusetzen und Ihnen dieses Modell noch einmal zu demonstrieren, und zwar die Formel, die lautet: Darlehensaufnahme weniger Tilgung gibt Nettoneuverschuldung.

Ich darf das so demonstrieren: Ich nehme sechs Kugler Darlehensaufnahme, nehme drei Kugler Tilgung – das sind die Ansätze –, und jetzt führe ich diese Rechenoperation durch. Sie haben es hier, sechs weniger der Tilgung gibt die Neuverschuldung mit drei. Jetzt komme ich, um das bildhaft darzustellen, zu dem Vorwurf der Budgetkosmetik, der erhoben wurde. Ich verdopple die Tilgung. (Abg. Mag. Rader: „So, glaube ich, habt ihr das ganze Budget gemacht!“) Ja, Herr Kollege, wenn das klar gewesen wäre, hätten wir uns vielleicht einige Diskussionen erspart.

Ich verdopple die Tilgung um drei Kugler, muß die Darlehensaufnahme um drei Kugler erhöhen.

Ich führe diese Rechenoperation hier durch, nehme die drei wieder weg, und Sie sehen, in beiden Fällen ist es gleichgeblieben.

Man hat nicht immer die Gelegenheit zu zeigen, was man kann. Ich habe sie wahrgenommen und wünsche Ihnen schöne Feiertage! (Allgemeiner Beifall. – 21.06 Uhr.)

Präsident: Die Frage erhebt sich, wozu wir einen Computer brauchen.

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hofrat Dr. Kurt Flecker.

Abg. Dr. Flecker (21.07 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt hat Ausgaben von 1.281,018.000 Schilling und Einnahmen von 1.106,018.000 Schilling. Das ergibt einen Gebarungsbetrag von 175,000.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Zustimmung.

Präsident: Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den 65 Beschlüßanträgen des Landesvoranschlages 1992, die im mündlichen Bericht Nummer 3 zusammengefaßt sind. Ich werde über jeden einzelnen Beschlüßantrag gesondert abstimmen lassen. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung der Beschlüßanträge und werde nach jedem Beschlüßantrag abstimmen lassen. Der Berichterstatter hat das Wort.

Abg. Dr. Flecker: Der Ausschußvorsitz bedeutet auch Arbeit!

Zur Gruppe 0:

Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend ein Raumkonzept für die Dienststellen des Amtes der Landesregierung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Neuorganisation der Sozialhilfeverbände.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die bessere Einbindung der Legislative in die Alpen-Adria.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend ein Steiermärkisches Objektivierungsgesetz.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Gemeindeordnung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten von FPÖ und SPÖ, betreffend einen Förderungsbericht.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker:

Zur Gruppe 1:

Antrag der Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, betreffend die Schließung der Gendarmerieposten und der Bezirksgerichte.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend einen Strahlenmeßwagen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend einen Schutzraumkatalog.

Präsident: Wer dafür ist, Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend das Rettungsdienstgesetz.

Präsident: Wer dafür ist, Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Bevorratung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Integration von Behinderten in der Schule.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Fachhochschulen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Lehrerdienstposten.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend das Kindergarten- und Hortwesen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend das Recht auf einen Kindergartenplatz.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Öffnungszeiten der Kindergärten.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Beibehaltung des Typus HTL.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Objektivierung der Bestellung von Direktoren an Pflichtschulen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Freifahrten für Lehrlinge.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Förderung von Blasmusikkapellen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Landesausstellungen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der ÖVP und FPÖ, betreffend die Einbeziehung von Mariazell in die Millenniumsfeiern.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend das Grazer Altstadterhaltungsgesetz.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP, betreffend die Basisfinanzierung für Kulturzentren.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die fachgerechte Bergung und Sicherung frühgeschichtlicher Funde.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die besondere Förderung typisch steirischen Kulturgutes.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der FPÖ und ÖVP, betreffend private Musikschulen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der ÖVP und FPÖ, betreffend die Einrichtung eines Sozialbeirates.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ, betreffend die Darlehensrückflüsse in der Wohnbauförderung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend ein Ruhegeld für Pflegeeltern.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Novellierung zum Wohnbauförderungsgesetz.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP, betreffend die privatwirtschaftliche Organisationsstruktur der Hauskrankenpflege.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ, betreffend die Novellierung des Sozialhilfegesetzes.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend entsprechende Ausbildungsstätten für Pflegeberufe.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ, betreffend den Neubau des LKH Hartberg.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend eine Umweltlenkungsabgabe.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP, betreffend die Erhaltung der Standorte der Landeskrankenanstalten.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP, betreffend die Stützung der Fahrten von Beamten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Dienst.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP, betreffend die Einrichtung einer zentralen Stelle für Massenpostwurfsendungen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Errichtung von Sammelstellen für Altkleidung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der FPÖ und der SPÖ, betreffend die Änderung der Luftreinhalteverordnung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der FPÖ und ÖVP, betreffend die Anschlußpflicht nach dem Kanalgesetz.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Abwasserentsorgung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend den Bodenschutzbericht.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend eine Mautregelung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten von SPÖ und ÖVP, betreffend den Semmering-Basistunnel.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend den Wasserwirtschaftsfonds.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Noch ein Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend den Wasserwirtschaftsfonds.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP, betreffend den Semmering-Basistunnel und die Süd-Ost-Spange.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend den durchgehenden Ausbau der B 115, Eisenbundesstraße.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend einen gesamtsteirischen Verkehrsverbund.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Ortsdurchfahrten im Rahmen des Straßenausbaues.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Errichtung von Rückhaltebecken.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend den Halbananschluß Lebring auf der A 9.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend den Koralmtunnel.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Errichtung von Technologieparks im Grenzland und im Bezirk Liezen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ, betreffend Konsumentenschutzbestimmungen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend Direktvermarktungssysteme.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend ein Wirtschaftsförderungsregionalteam.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend ein Bädergütesiegel.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Gründe, warum gewisse Bereiche in der direkten Verwaltung des Landes bleiben sollen.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend eine Budgetvorschau.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend ein Konzept über geplante Bauvorhaben.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Flecker: Antrag der Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die Nullbasisbudgetierung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Dienstpostenplan: Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Maria Grabensberger.

Abg. Dr. Grabensberger: Der Dienstpostenplan 1992 weist unter Einbeziehung der Vertretungspost 5200 einschließlich der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie der zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, jedoch ausschließlich der Pflicht- und Berufsschullehrer, insgesamt 16.712,17 Dienstposten aus. Das ergibt gegenüber dem Dienstpostenplan 1991 eine Verringerung um 186,77 Dienstposten.

Hievon entfallen auf die allgemeine Verwaltung, Anstalten und betriebsähnlichen Einrichtungen 8075,68 Dienstposten und die Vertretungspost 5200 297,09 Dienstposten, das ergibt insgesamt 8.372,77 Dienstposten und somit 50,1 Prozent; Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne des Landes 365 und somit 2,2 Prozent; Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfeverbände 477,75, das sind 2,9 Prozent; und die Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen mit 453 Dienstposten und 2,7 Prozent; insgesamt somit eine Zwischensumme von 9.668,52 Dienstposten und 57,9 Prozent.

Dazu kommen dann noch die Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten mit 7.043,65 Dienstposten und 42,1 Prozent. Daraus errechnet sich die Gesamtsumme von 16.712,17 Dienstposten für das Jahr 1992.

Ich stelle den Antrag, dem Dienstpostenplan 1992 in der Form zuzustimmen.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker: Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan sieht für das Jahr 1992 114 Pkw, 283 Kombi, 88 Lkw und 161 Spezialkraftfahrzeuge vor. Namens des Ausschusses ersuche ich um Zustimmung.

Präsident: Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Berichterstatters, mündlicher Bericht Nummer 4, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/1, abzustimmen. Ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker: Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag.

Präsident: Wer mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/1, in der Fassung des mündlichen Berichtes Nummer 4, über den Landesvoranschlag 1992, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1992, einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 231/1.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (21.25 Uhr): Der Antrag liegt allen vor und wurde im Finanz-Ausschuß behandelt. Es handelt sich um die Zuschüsse, um das Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark, in fünf Paragraphen dargestellt. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind beim Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Finanz-Ausschusses, betreffend die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 700.000 Schilling für die weitere Finanzierung des Programmes Export – STIP.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch: Namens des Finanz-Ausschusses darf ich in aller Kürze beantragen, daß die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 700.000 Schilling für die weitere Finanzierung des Programmes Export – STIP beschlossen werden möge.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind beim Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Finanz-Ausschusses, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Theresia Hirschmugl in Graz, Kärntner Straße 50, für das Bauvorhaben Kreuzung Wetzelsdorfer Straße–Kärntner Straße.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch: Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Grund- sowie Objektseinelösung Theresia Hirschmugl in Graz, Kärntner Straße 50, für das Bauvorhaben Kreuzung Wetzelsdorfer Straße–Kärntner Straße, Hitzendorfer Straße und Kärntner Straße, befaßt. Die Entschädigung beträgt 2.758.673 Schilling. Die Kreditmittelfreigabe wurde erteilt. Die Bedeckung ist gegeben. Der Finanz-Ausschuß schlägt daher dem Hohen Haus folgenden Beschluß vor:

Die Grund- sowie Objektseinelösung Theresia Hirschmugl für das Bauvorhaben Kreuzung Wetzelsdorfer Straße–Kärntner Straße der L 301, Hitzendorfer Straße, und L 390, Kärntner Straße, im Betrag von 2.758.673 Schilling zu Lasten 1/611203-0020 wird genehmigt.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 224/1, betreffend die Abschreibung uneinbringlicher Forderungen aus der

Wirtschaftsförderung mit insgesamt 591.991,70 Schilling und die Umwandlung fälliger Tilgungsanteile per 1.248.784,57 Schilling gewährter Investitionsdarlehen in nichtrückzahlbare Beihilfen zum 31. Dezember 1991.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gilbert Frizberg. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Frizberg: Der Antrag beinhaltet die Beschreibung uneinbringlicher Forderungen aus der Wirtschaftsförderung, die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen und die Bedeckung dieser durch Darlehensaufnahmen beziehungsweise sonstige Kredit- und Finanzoperationen. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind beim Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 225/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 466, KG. Oberwölz, um einen Kaufpreis von 3.500.000 Schilling an die Zimmermeisterei Günther Hirner, 8832 Oberwölz, und die Tischlerei Odo Hansmann, 8811 Scheifling.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald: Der Antrag befaßt sich mit der Veräußerung einer Liegenschaft für zwei örtliche Unternehmungen, die damit Erweiterungswünsche abdecken könnten und auch industriell-gewerbliche Betriebe ansiedeln könnten. Seitens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Annahme der Vorlage.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 226/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Hans Warter, 8973 Gleiming Nr. 1, für das Bauvorhaben Umfahrung Gleiming der L 721, Gleimingstraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Tasch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Tasch: Betrifft Grund- sowie Objektseinelösung Hans Warter, Gleiming 1. Als Kenner dieses Grundstückes beantrage ich die Zustimmung zu dieser Ablösesumme.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 228/1, Beilage Nr. 8, Beschluß, mit dem die Satzung für die Landes-Hypothekenbank Steiermark geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker: Es handelt sich um eine Novelle der Satzungen der Landes-Hypothekenbank, mit der die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates festgesetzt wird.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind beim Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 232/1, betreffend Grund- sowie Objektseinslösung Fink, Kleinstübing 31, für das Bauvorhaben Stübinggraben, Teil 3, Ortsdurchfahrt Kleinstübing der L 315, Stübinggrabenstraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz-Johann Glössl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Glössl: Vorlage 232/1: Es handelt sich um die Ablöse von Grundstücken und Objekten für die Umfahrung Stübing. Es geht um den Gesamtbetrag von 1.937.000 Schilling. Ich stelle den Antrag, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind beim Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 234/1, betreffend den Verkauf des Grundstückes 503/9 der EZ. 411, KG. Göß, zum Preis von 1.432.750 Schilling an die Stadtgemeinde Leoben.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar: Die Vorlage liegt vor. Es handelt sich um den Verkauf des Grundstückes 503/9 zum Preis von 1.430.750 Schilling an die Stadtgemeinde Leoben.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind beim Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284/1, Beilage Nr. 11, Gesetz über den Verkauf von Forderungen des Landes Steiermark (Steiermärkisches Landes-Forderungsverkaufs-Gesetz 1992).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nach der Vorlage sind die Modalitäten des Landes-Forderungsverkaufs-Gesetzes 1992 ersichtlich. Im Hinblick auf die Dringlichkeit soll auf ein allgemeines Begutachtungsverfahren verzichtet werden und das Gesetz mit dem Tag nach seiner Verlautbarung in Kraft treten. Der dazu erforderliche Regierungsbeschluß liegt vor. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Ing. Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (21.30 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Zuge der Vorbereitungen dieser Regierungsvorlage ist es zu sehr widersprüchlichen Aussagen über den Inhalt dieser Vorlage gekommen. Ich stelle fest, daß es sich bei dieser finanzpolitischen Maßnahme um eine Kombination zwischen Zession und Zwischenfinanzierung handelt und stelle noch einmal ausdrücklich fest, daß ich als Finanzreferent auf keinen Schilling der aushaftenden Darlehen verzichte, nur sind wir übereinkommend nicht bereit, die Zinsen für diese Zwischenfinanzierung aus dem ordentlichen Haushalt zu zahlen, so daß sie für den uns dann zustehenden Betrag in Abzug gebracht werden. Danke!

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 241/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Maitz, Trampusch, Günther Prutsch, Mag. Rader und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend die Novellierung des Paragraphen 22 a der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zur Verbesserung der Effizienz des Petitions-Ausschusses haben sich Abgeordnete aller Fraktionen gemeinsam mit dem sachverständigen Leiter der Präsidialkanzlei, Hofrat Dr. Heinz Anderwald, auf eine Formulierung geeinigt, wonach die Erstunterzeichner von Petitionen künftig auch im Ausschuß zu einer Anhörung eingeladen werden können und es zu einer Fristsetzung für die Beantwortung durch die Landesregierung kommen wird. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 20 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 und Paragraph 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung Beschlüsse über die Geschäftsordnung des Landtages nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden können. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Das ist das Schlußwort des Landtagspräsidenten!

Nach einer Dauer von 38 Stunden und 40 Minuten haben sich die Abgeordneten und neun Regierungsmitglieder zu insgesamt 179 Wechselreden gemeldet. Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1992 und über die eingebrachten

65 Beschlußanträge sowie über die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte beendet.

Hohes Haus! Wenn ich die heutigen Berichte in den Medien über die Sondersitzung des Nationalrates lese, kann ich nicht umhin, den Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages meinen Respekt für die faire und konstruktive Atmosphäre dieser Budgetdebatte zu danken. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind angewidert und angefressen vom Parteizänk und der Wadelbeißerei. Sie wünschen von den politisch Verantwortlichen Zusammenarbeit und den vollen Einsatz für die Anliegen unseres Landes.

Hohes Haus! Viel Mühe muß von den Damen und Herren des Stenographendienstes aufgewendet werden. Ich darf daher in Ihrem wie in meinem Namen den Damen und Herren dieses Dienstes sowie meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagspräsidialkanzlei Dank und Anerkennung für ihre vorbildliche Arbeit aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 21.35 Uhr.)